



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Das Verhältnis zwischen den illegalen Gewerkschaften
und der Einheitsgewerkschaft im Ständestaat“

Verfasser

Christoph Auer

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Juli 2011

Studienkennzahl lt.
Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt.
Studienblatt:

Geschichte

Betreuerin / Betreuer:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Karl Vocelka

Inhaltsverzeichnis

1.) Einleitung. (3-7)

2.) Die illegalen Gewerkschaften im Ständestaat. (8-26)

2.1.) Vorgeschichte.....	8
2.2.) Entstehung der illegalen Gewerkschaften.....	9
2.3.) Organisation und Struktur.....	24

3.) Der Gewerkschaftsbund der Arbeiter und Angestellten

(„Einheitsgewerkschaft“). (27-41)

3.1.) Vorgeschichte.....	27
3.2.) Entstehung der Einheitsgewerkschaft.....	28
3.3.) Organisation und Struktur.....	38

4.) Das Verhältnis zwischen der Einheitsgewerkschaft und den illegalen Gewerkschaften. (42-84)

4.1.) Herangehensweise.....	42
4.2.) Zeitungen und Flugblätter der illegalen Gewerkschaften.....	44
4.3.) Zeitungen der Einheitsgewerkschaft und der christlichen Arbeiterbewegungen.....	56
4.4.) Resümee.....	68
4.5.) Direkte Kontakte zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften.....	71
4.6.) Resümee.....	82

5.) Endresümee. (85-93)

6.) Bibliografie und Quellen. (94-99)

7.) Anhang. (100-103)

Einleitung

Oftmals wird in der breiten Öffentlichkeit der Teil der österreichischen Geschichte rund um den Ständestaat (1933- 1938) in den Hintergrund gestellt. Ein Großteil der österreichischen Bevölkerung fängt heute mit dem Begriff „Austrofaschismus“ oder „Ständestaat“ nur wenig bis gar nichts mehr an. Dazu nimmt auch der österreichische Historiker Oliver Rathkolb in einem Interview Stellung:

„Laut einer Umfrage aus 2007 kann jeder zweite mit dem Satz „Dollfuß hat 1933 die Demokratie zerstört“ nichts mehr anfangen. Die Zeit des Ständestaats spiele „im öffentlichen Diskurs keine Rolle mehr.“¹

Es soll keinesfalls auf die mannigfaltigen Gründe des „österreichischen Vergessens“ hingewiesen werden, da dies nicht Sinn und Zweck der Diplomarbeit ist. Trotz des geringen Interesses gibt es dennoch viele wissenschaftliche Arbeiten zu den Themen „Austrofaschismus“ und „Widerstand im Ständestaat“. In erster Linie wird zumeist bei der Widerstandsthematik auf die politischen Fraktionen der Sozialdemokraten und der Kommunisten verwiesen. Daneben spielten aber gerade die verschiedenen politisch beeinflussten Gewerkschaften eine entscheidende Rolle in der Illegalität. Oftmals nahmen sie sogar eine gewisse Vorreiterrolle bei einigen Aktionen und Untergrundtätigkeiten in Österreich ein.

Es gibt Unmengen an Literatur bezüglich illegaler Gewerkschaften von 1934-1938. Bei den wissenschaftlichen Arbeiten zur Einheitsgewerkschaft, die vom ständestaatlichen Regime ins Leben gerufen wurde, lichtet sich schon ein bisschen das Feld. Dennoch muss festgehalten werden, dass die Themenbereiche rund um die illegalen und legalen Gewerkschaften zur Zeit des Austrofaschismus wissenschaftlich sehr gut erschlossen sind.

Der Inhalt dieser Arbeit bewegt sich in diesen gewerkschaftlichen Kreisen (1933-1938). Es wird der Versuch unternommen, das Verhältnis zwischen der Einheitsgewerkschaft und den illegalen Gewerkschaften bestmöglich zu skizzieren.

¹ Katharina Schmidt, Märtyrer oder Arbeitermörder. In: „Wiener Zeitung“ (25. Juli 2009), online unter < <http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4103&Alias=wzo&cob=427419> > (20.06.2011).

Im ersten Abschnitt wird auf die Entstehung der Einheitsgewerkschaft und der illegalen Gewerkschaften eingegangen. Über die unterschiedlichen Gewerkschaften in der ersten Republik Österreichs wird auch noch überblicksmäßig berichtet, da es von Relevanz für die gewerkschaftliche Situation im Ständestaat war. Sowohl bei der Einheitsgewerkschaft als auch bei den illegalen Gewerkschaften werden auf die historischen Ereignisse (1933-1938) Bezug genommen. In einem weiteren Unterpunkt werden kurz die unterschiedlichen Organisationsstrukturen beleuchtet.

Danach erfolgt der wissenschaftliche Teil der Arbeit, nämlich die Skizzierung des Verhältnisses zwischen der Einheitsgewerkschaft und den illegalen Gewerkschaften. Dazu werden zwei Zugänge angelegt. Zuerst widmet sich die Arbeit den gewerkschaftlichen Medien. Anhand von Zeitungen beziehungsweise Flugblättern soll die Stellung des jeweiligen gewerkschaftlichen Gegenübers herausgefiltert werden. Am Ende dieser Analyse werden in einem Resümee die wichtigsten Punkte nochmals zusammengefasst. Sich nur auf die mediale Schiene zu begeben, um das gegenseitige gewerkschaftliche Verhältnis im Ständestaat darzustellen, wäre etwas zu einseitig. Oft verfälschten die unterschiedlichen Zeitungen und Flugblätter Tatsachen oder versuchten gewisse Aktionen propagandistisch auszuschlachten.

Daher soll noch ein zweiter Zugang gelegt werden, nämlich die genauere Betrachtung direkter Kontakte zwischen den Mitgliedern der Einheitsgewerkschaft und der illegalen Gewerkschaften, soweit diese stattgefunden haben. Es wird dabei aber nur auf die gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre eingegangen. Dadurch erhält man eine weitere Facette auf die Gewerkschaftsthematik Ständestaat.

Am Schluss der Arbeit werden sowohl die mediale Analyse als auch die Recherchen über direkte Kontakte nochmals zusammengefasst und ausgewertet, um das Verhältnis zwischen den illegalen Gewerkschaften und der Einheitsgewerkschaft genauer skizzieren zu können. Außerdem sollen kurz die Gründe für das gewerkschaftliche Verhältnis beleuchtet werden. Ich werde auch versuchen meine eigene Meinung einfließen zu lassen. Zuletzt soll noch in Aussicht gestellt werden, inwieweit noch wissenschaftliche Vertiefungen zu dieser Themenstellung möglich sind.

Grundsätzlich ist die Thematik der illegalen Gewerkschaften und der Einheitsgewerkschaft im Ständestaat nicht so einfach. Deshalb soll ein kurzer historischer Überblick erfolgen, um besser in die durchaus komplizierte Materie der Gewerkschaften im Austrofaschismus einzudringen.

In der ersten Republik Österreichs gab es verschiedene Gewerkschaftsgruppen mit den unterschiedlichsten Programmen, Zielen und politischen Einflüssen. Der Journalist und zugleich Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) Otto Leichter beschrieb in seiner Arbeit *„Der Versuch einer berufsständischen Gewerkschaft“*² vier Gewerkschaften in der Zwischenkriegszeit: die Freien -, die Christlichen -, die Nationalen - und die Neutralen Gewerkschaften. Dabei spielten die Freien Gewerkschaften, welche aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzt waren, die größte Rolle in der österreichischen Gewerkschaftslandschaft. Daneben gab es noch die der Christlichsozialen Partei Österreichs nahe stehenden Christlichen Gewerkschaften, die aber zahlenmäßig den Freien Gewerkschaften weit unterlegen waren. Weitere Randerscheinungen bildeten die Neutralen und die Nationalen Gewerkschaften. So betrug der Mitgliederstand der verschiedenen Gewerkschaften am 1. Januar 1931 wie folgt:

- Freie Gewerkschaften..... 655.204 Mitglieder
- Christliche Gewerkschaften..... 111.939 Mitglieder
- Nationale Gewerkschaften..... 46.882 Mitglieder
- Neutrale Gewerkschaften..... 39.600 Mitglieder³

Die Freien Gewerkschaften setzten sich zum Großteil aus den industriellen und gewerblichen Arbeitern zusammen, sowie der Mehrheit der Straßenbahnbediensteten, der Eisenbahner und der Bediensteten der Gemeinde Wien. Daneben waren viele Privatangestellte aus dem Handel und dem Versicherungsgewerbe in den Freien Gewerkschaften organisiert. Die Christlichen Gewerkschaften umfassten zum größten Teil die Landarbeiter und Haushaltsgehilfinnen. Des Weiteren gehörten viele Soldaten und einige kleingewerbliche Arbeitnehmer den Christlichen Gewerkschaften an. Die Mitglieder der Nationalen Gewerkschaften fanden sich hauptsächlich unter den Angestellten der Industrie und der Handelsbetriebe. Die Neutralen Gewerkschaften organisierten sich zumeist nur innerhalb der Angestellten. Daneben gab es noch die

² Otto Leichter, *Der Versuch einer berufsständischen Gewerkschaft*. In: *International Review of Social History* IV. (Leiden 1939) 281-356.

³ Leichter, *Der Versuch einer berufsständischen Gewerkschaft*, 282.

Unabhängigen Gewerkschaften, die man zu den Neutralen Gewerkschaften zählte. Die Unabhängigen Gewerkschaften rekrutierten sich zum Großteil aus den Arbeitern der obersteirischen Betriebe und anderen kleineren Betrieben in Österreich. Außerdem erhielt diese Gewerkschaft große Unterstützung von der paramilitärischen Heimwehr, welche eher dem nationalen Lager und der Christlichsozialen Partei nahe standen. In der ersten Republik gab es die Organisations- und Gewerkschaftsfreiheit und man durfte legal Streiks abhalten. Außerdem galt für alle Gewerkschaften und Arbeiterinteressenvertretungen die Selbstverwaltung durch frei gewählte Vertreter. Dies sollte sich jedoch mit den Februarkämpfen vom 12. bis zum 15. Februar 1934 ändern.

Bereits mit der Ausschaltung des Parlaments am 4. März 1933 war Dollfuß in der Lage ohne jegliches demokratisches Prozedere zu regieren. Dabei stützte er sich auf das „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“. Nach und nach wurden die Rechte der Opposition eingeschränkt. Auf Seiten des Bundeskanzlers standen die Christlichsoziale Partei, die Heimwehr und die Katholische Kirche. Bereits am 20. Mai 1933 wurde die Einheitspartei (Vaterländische Front) nach faschistischem Vorbild ins Leben gerufen. Diese undemokratische Ausrichtung Österreichs gipfelte dann in den so genannten Februarkämpfen vom 12. bis 15. Februar 1934. Auf der einen Seite standen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) mit ihrem paramilitärischen Republikanischen Schutzbund und die Kommunisten, auf der anderen Seite kämpfte das Bundesheer, die Polizei, die Gendarmerie und die Heimwehr. Jedoch bezogen sich die Kampfhandlungen nur auf einige Industriegebiete Österreichs. So kam es, dass der Aufstand äußerst schnell von der ständestaatlichen Autorität niedergeschlagen wurde.

Mit der erfolgreichen Niederschlagung der Februarkämpfe wurden die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und alle linksgerichteten Gewerkschaften und Arbeiterinteressenvertretungen verboten. Dies bedeutete zugleich die Geburtsstunde der illegalen Gewerkschaften Österreichs. Die illegale Nachfolgeorganisation der SDAP hieß nun „Revolutionäre Sozialisten“. Es soll noch in aller Kürze auf die Gewerkschaften im Ständestaat eingegangen werden, damit man die verschiedenen komplizierten Namen und deren Abkürzungen einmal gehört hat. Natürlich kann nicht auf alle einzelnen illegalen Organisationen (Fachgewerkschaften, etc) verwiesen werden, da dies den Rahmen der Arbeit bei Weitem sprengen würde. Die Arbeit beschränkt sich daher auf die großen Hauptgruppierungen.

Auf Seite der illegalen Gewerkschaften Österreichs befanden sich:

- „Siebenerkomitee, Zentralkomitee“/ SK, ZK (setzte sich aus ehemaligen sozialdemokratischen Gewerkschaftern zusammen) Vorsitz: Karl Mantler.
- „Wiederaufbaukommission“/ WAK (setzte sich aus ehemaligen kommunistischen Gewerkschaftern zusammen) Vorsitz: Täubler.
- „Freie Angestelltengewerkschaft Österreichs“/ FRAGÖ (setzte sich sowohl aus Kommunisten als auch aus Sozialdemokraten zusammen) Vorsitz: Friedrich Hillegeist und Otto Horn.

Diese unterschiedlichen illegalen Organisationen vereinigten sich im Juli 1935 unter der Führung Karl Mantlers zur „Bundesleitung der Illegalen Freien Gewerkschaften Österreichs“. Auf der anderen Seite stand der vom Regime ins Leben gerufene „Gewerkschaftsbund der Arbeiter und Angestellten“ (GB), Einheitsgewerkschaft (EG) genannt. Der Präsident der EG war der christliche Gewerkschafter Johann Staud.

Die illegalen Gewerkschaften im Ständestaat

2.1.) Vorgeschichte:

In der ersten Republik Österreichs gab es keine große einheitliche Gewerkschaft, sondern gewisse Richtungsgewerkschaften.⁴ Die größte Rolle in der österreichischen Gewerkschaftslandschaft kam den Freien Gewerkschaften zu, deren Spitzenfunktionäre ausschließlich aus der SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) stammten. Daneben gab es auch noch kommunistisch geprägte Gewerkschaften, welche in Österreich eine klare Minderheit bildeten. Sie schlossen sich als eine Art Fraktion den Freien Gewerkschaften an, genannt die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO). Die Freien Gewerkschaften hatten im Gegensatz zu den Christlichen und Unabhängigen Gewerkschaften wesentlich mehr Mitglieder.

Trotzdem befand sich auch die größte Gewerkschaft Österreichs in der Zwischenkriegszeit mehrmals in einer Krise. Oft gingen die Trends der Mitgliederzahlen Hand in Hand mit der jeweiligen Wirtschaftslage. So betrug am 31.12.1927 die Anzahl der Mitglieder 772.762 (597.771 Männer und 174.991 Frauen).⁵ Durch die Weltwirtschaftskrise 1929 und ihre Folgen für die österreichische Wirtschaft verringerte sich der Mitgliederstand Ende 1930 auf 655.204 und Ende 1931 auf 582.587 Mitglieder.⁶ Alles in allem standen die Freien Gewerkschaften den Sozialdemokraten und den Kommunisten nahe. Dementsprechend wurden sie von der Vaterländischen Front als Bollwerk der „Roten“ stigmatisiert und somit kategorisch als Feinde deklariert.

Mit Beginn der Februarkämpfe (12. -15. Februar 1934) änderte sich schlagartig die Situation und Vormachtstellung der Freien Gewerkschaften in Österreich. Den Christlichen und Unabhängigen Gewerkschaften sollte ein Machtmonopol in die Hände fallen, das sie in der ersten Republik Österreichs niemals zuvor gehabt hatten.

⁴ Franz West, Die Linke im Ständestaat. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934 - 1938 (Wien 1978) 33.

⁵ Reinhard Schurawitzki, Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich 1934 – 1938 (Wien 1976) 9.

⁶ Schurawitzki, Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich, 15.

2.2.) Entstehung der illegalen Gewerkschaften:

Mit dem Ausbruch der Februarkämpfe am 12. Februar 1934 durch den Linzer Schutzbundführer Bernaschek, der sich gegen eine Waffensuche der Heimwehr in dem Hotel „Schiff“ wehrte, wurden von Seiten der Regierung die Freien Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und etliche andere Arbeiterorganisationen mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Bereits im Jahr 1933 verbot Dollfuß die Kommunistische Partei Österreichs. Allgemein kann man festhalten, dass die SDAP äußerst verhalten und dürftig auf die sukzessiven Einschränkungen der Arbeiterschaft reagierte. Diese zurückhaltende Politik der Sozialdemokraten sollte sich rächen und ließ einen Teil ihrer Mitglieder zu den Kommunisten überlaufen. Bei den Gewerkschaften verhielt sich dieser Prozess ähnlich.

Die Freien Gewerkschaften reagierten auf die Februarkämpfe äußerst unkoordiniert und dilettantisch. Ein kollektiver Generalstreik der Arbeiterschaft stand zwar zur Diskussion, wurde jedoch nur phasenweise in die Tat umgesetzt. So kam es zwar zum Beispiel zur Abschaltung der Stromaggregate in Wien, was viele Arbeiter als Signal des Generalstreiks deuteten, zugleich weigerten sich jedoch die Eisenbahner ihre Arbeit niederzulegen. Dadurch konnten ungehindert Truppen und Munition quer durch Österreich transportiert werden.⁷ Es soll hierbei keine genauere Skizzierung des Verlaufes der Februarkämpfe erfolgen, da es nicht Sinn und Zweck dieser Arbeit ist, aber zu diesem Thema gibt es genügend weiterführende Literatur.⁸

Mit dem Verbot der Freien Gewerkschaften wurden auch die Spitzenfunktionäre verfolgt und verhaftet. Einige flohen in die Tschechoslowakei um ihrer Verhaftung zu entkommen (Schorsch, König, Novy und Svitanics).⁹ Allgemein war die Tschechoslowakei ein Ziel für Politgegner des Austrofaschismus. So gründeten die zwei ehemaligen SDAP Politiker Otto Bauer und Julius Deutsch das Auslandsbüro Österreichischer Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei. Außerdem versuchte man einen Teil des Gewerkschaftsgeldes in das Ausland zu bringen, um es vor dem Ständestaat zu schützen, der diese Gelder gesetzlich konfiszierte. Dem ehemaligen Zentralsekretär der Eisenbahnergewerkschaft, Berthold König,

⁷ Schurawitzki, Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich, 18.

⁸ Siehe dazu:

- Werner Anzenberger, Martin F. Polaschek, Widerstand für eine Demokratie (Graz 2004).
- Arnold Reisberg, Februar 1934. Hintergrund und Folgen (Wien 1974).
- Otto Naderer, Der bewaffnete Aufstand (Graz 2004).

⁹ Schurawitzki, Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich, 22.

gelang dieses Kunststück und er schaffte einen Großteil des Geldes nach Brünn. Die Summe von 1,8 Millionen Schilling wurde besonders für Familien, deren Verwandte oder Bekannte im Gefängnis oder Anhaltelager verweilten, sowie für den Aufbau der illegalen Gewerkschaften benützt.¹⁰ Die Eisenbahner spielten eine entscheidende Rolle für die illegalen Gewerkschaften, denn sie waren im Stande, über längere Strecken Informationen (illegale Flugblätter oder Zeitungen), Material (Geld) und vieles andere zu transportieren.

Trotzdem war anfänglich nicht klar, wie genau die Gewerkschaft in der Illegalität arbeiten und vorgehen sollte. Während das Regime die Spitzenfunktionäre der Freien Gewerkschaften einsperrte, wurden Gewerkschafter, welche der mittleren Bürokratie angehörten, zwar suspendiert, jedoch nicht politisch verfolgt. Für Joseph Buttinger, einen ehemaligen SDAP Politiker, war dieses Verhalten seitens der Regierung nicht verwunderlich, sondern logisch, da die Christlichen Gewerkschaften die Arbeiter für den Ständestaat gewinnen und nicht verkraulen wollten.¹¹ Auch Reinhard Schurawitzki schließt sich in seiner Arbeit *„Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich“* dieser plausiblen Erklärung Buttingers an.¹² Allgemein wurden vom Ständestaat eher die Mitglieder der SDAP, der KP oder des Schutzbundes verfolgt. Natürlich gab es viele Gewerkschafter, welche einer dieser drei Organisationen ebenfalls angehörten. Trotzdem blieb ein Teil der ehemaligen freien Gewerkschafter vom System verschont. Es soll aber keinesfalls der falsche Eindruck entstehen, dass die Gewerkschafter ohne Repressionen auskamen und weitermachen konnten wie vor den Februarkämpfen. Dies wäre ein Trugschluss. Das System des Austrofaschismus hätte die Freien Gewerkschaften niemals toleriert.

Schon wenige Tage nach dem Ende des österreichischen Bürgerkrieges verhandelten zwei ehemalige freie Gewerkschafter mit dem christlichen Gewerkschafter Johann Staud über legale, gewerkschaftliche Möglichkeiten in dem neuen System. Bei einer Konferenz in Hernals wurde diskutiert, ob man sich nicht sogar an einer staatlichen Gewerkschaft beteiligen sollte. Des Weiteren gründete sich bei dieser Tagung am 18. Februar 1934 gleich das „Zentralkomitee“ (ZK), auch Siebenerkomitee (SK) genannt, *„da man eine Zusammenfassung der Berufsgruppen in sieben Industrieverbände“*¹³ plante. Das SK beherbergte zum Großteil ehemalige Sozialdemokraten. Die Organisation wurde von Karl Mantler geleitet.¹⁴ Sie diente

¹⁰ Otto Leichter, *Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund* (Wien 1963) 18.

¹¹ Joseph Buttinger, *Am Beispiel Österreichs* (Köln 1953) 203f.

¹² Schurawitzki, *Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich*, 24.

¹³ Schurawitzki, *Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich*, 25

¹⁴ Manfred Wondra, *Zur Politik der illegalen Gewerkschaften im Ständestaat 1934 – 1938* (Wien 1982) 28.

vorerst als reine Kontaktaufnahmestelle zur Regierung.¹⁵ Wie bereits erwähnt, suchte das ZK eine Kooperation mit dem Ständestaat. Dollfuß zeigte sich anfangs bemüht, den Forderungen nach innergewerkschaftlicher Demokratie und Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten nachzukommen.¹⁶ Jedoch überließ der Bundeskanzler seinem Sozialminister, dem Politiker und Chefideologen der Heimwehr Odo Neustädter- Stürmer, die Verhandlungen und dies kam einem Todesstoß für die freien Gewerkschafter gleich. Der Minister brach die Sitzung mit der lapidaren Begründung „*die Heimwehr sei der Sieger*“¹⁷ ab. Damit waren jegliche Kooperationsversuche der illegalen Gewerkschaften mit der Regierung zunichte gemacht.

Da aber das Regime noch nicht alle politischen Verhältnisse genauestens geregelt hatte, musste es eine gewisse gewerkschaftliche Tätigkeit dulden. Laut Otto Leichter wurde dieser Zustand als *Halblegalität* oder *halbe Illegalität* bezeichnet.¹⁸ Diese Zeit wurde von den ehemaligen freien Gewerkschaftern genutzt, um sich auf die Untergrundorganisation vorzubereiten. Eine solche „Zwitterstellung“ der Gewerkschaften ergab sich daraus, weil Dollfuß eine Art „Zweifrontenkampf“ gegen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten führte. Außerdem erhoffte man sich nach wie vor, dass sich ein Teil der ehemaligen freien Gewerkschafter an der so genannten Einheitsgewerkschaft anschließen würde, welche von der Regierung ins Leben gerufen worden war.

Am 2. März 1934 wurde nämlich der Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten (Einheitsgewerkschaft) formal gegründet, der seine Arbeit offiziell mit der Maiverfassung am 1. Mai 1934 aufnahm. Der Präsident der EG war der christliche Gewerkschafter Johann Staud. Im zweiten Kapitel wird noch genauer auf die Entstehung der Einheitsgewerkschaft eingegangen.

Durch die Gründung der EG war dem Siebenerkomitee klar geworden, dass es zu keiner Zusammenarbeit mit der Regierung mehr kommen konnte und man versuchte, in der darauf folgenden Zeit staatliche Institutionen mit allen Mitteln zu boykottieren. Bis Juli 1935 blieb die ständige Parole des ZK: „*Nicht einen Mann und nicht einen Groschen für das System!*“¹⁹ Ursprünglich war das Siebenerkomitee geschaffen worden, um mit der Regierung in Kontakt

¹⁵ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 24f.

¹⁶ Buttinger, Am Beispiel Österreichs, 206.

¹⁷ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 21.

¹⁸ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 23.

¹⁹ Fritz Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheits- und Gegenwartsprobleme Bd. 2 (Wien 1953) 1191.

zu treten. Nun änderte sich der Aufgabenbereich. Man versuchte mit ehemaligen freien Gewerkschaftern Kontakt herzustellen, die bereit waren, der gewerkschaftlichen Untergrundbewegung beizutreten und sie zu unterstützen. Mit der Zeit entwickelten sich aus den noch „halblegalen“ Gewerkschaftsorganisationen illegale Untergrundorganisationen. Während einige Gewerkschaften, wie die der Eisenbahner, der Angestellten, der Bauarbeiter, der Bekleidungsarbeiter und der Holzarbeiter recht schnell die Untergrundtätigkeit aufnahmen, dauerte es bei anderen Berufsgruppen wesentlich länger. Die Gründe dafür waren unterschiedlich, teils lag es an persönlichen Umständen, teils verzögerten Verhaftungen die Unterstützungen der neuen illegalen Untergrundbewegung.²⁰

Ein wichtiger Faktor für die gewerkschaftliche Arbeit im Untergrund waren die Zeitungen. Bereits im Mai 1934 erschien zum ersten Mal eine „Untergrundzeitung“ unter dem Titel „Wochenschau“. Später wurde der Name in „Der Strom“ umgeändert. Redakteure der Zeitung waren Stefan Wirlander und Franz Senghofer.²¹ *„Die Zeitung des Siebener Komitees war in der Arbeiterschaft der damaligen Zeit äußerst beliebt. Die Redaktion befand sich in der Bennogasse in Wien Josefstadt und war gleichzeitig ein organisatorisches Zentrum für das Siebener- Komitee.“*²² Der ZK- Führung rund um Mantler war es ein besonderes Anliegen, dass die Zeitschrift auch den Arbeiter erreichte. Man wollte ein propagandistisches Gegengewicht zu den regimetreuen Zeitungen schaffen, vorerst noch mit legalen Möglichkeiten. Jedoch musste die Zeitung am 1. Jänner 1935 eingestellt werden, da das Regime ein neues Gesetz erließ. Es besagte, dass man für das Drucken einer Zeitung die Konzessionserlaubnis der Regierung brauchte. Wie man sich vorstellen kann, erhielt „Der Strom“ diese Konzession nicht. Somit war der letzte Rest einer legalen Betätigung der Gewerkschaften gescheitert. Natürlich ging der illegale Druck von Flugblättern und Zeitungen weiter, jedoch nun unter Androhung von Haft- und Geldstrafen. Außerdem waren das Publizieren sowie die Verbreitung der illegalen Zeitungen wesentlich schwieriger zu koordinieren.

Nach dem Verbot wurden die Untergrundzeitungen und Flugblätter zum Großteil in der Tschechoslowakei publiziert und nach Österreich geschmuggelt. Es gab sowohl zentral- als auch fachgewerkschaftliche Zeitungen.²³ Die einzelnen Fachgruppenzeitschriften erreichten

²⁰ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 25.

²¹ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 26f.

²² Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 26.

²³ Siehe dazu: Leopold Simperl, Illegale Publikationen der freien Gewerkschaften im Austrofaschismus 1934 – 1938 (Wien 1979).

zumeist eine Auflagenzahl von 1000 bis 3000 Exemplaren. Die Zeitung „Die Gewerkschaft“ des Zentralorgans der Bundesleitung der Illegalen Freien Gewerkschaften erlangte sogar eine Auflagenstärke von bis zu 20.000 Stück im Jänner 1937.²⁴ Erst auf Druck der österreichischen Regierung wurde 1938 das Publizieren der gewerkschaftlichen Pressen in der Tschechoslowakei verboten. Jedoch gelang es den verschiedenen Redakteuren trotz der widrigen Umstände stets Zeitungen sowie Flugblätter bis zum Ende des Austrofaschismus erfolgreich zu produzieren. Die Zeitungen erfüllten somit einen wichtigen Part des gewerkschaftlichen Widerstandes. Sie berichteten über gewerkschaftliche Organisationen und Widerstandsmöglichkeiten und gaben allgemeine Informationen an die Arbeiterschaft weiter.

Neben dem Siebenerkomitee gab es auch noch eine andere illegale gewerkschaftliche Gruppe in Österreich, nämlich die, die dem kommunistischen Lager näher stand. Sie begann schon wesentlich früher mit Untergrundvorbereitungen. Dies war die logische Folge auf den Beschluss von Dollfuß, die Kommunistische Partei Österreichs bereits im Jahr 1933 zu verbieten. Sie war wesentlich radikaler und stellt sich mit aller Vehemenz gegen den Ständestaat, während zur gleichen Zeit die Sozialdemokraten eine wenig erfolgreiche, abwartende Position einnahmen. Dadurch kam es zu einem regelrechten Erstarken des kommunistischen Lagers. Viele Sozialdemokraten liefen zu den Kommunisten über. Dieser Einfluss der Kommunisten auf die österreichische Arbeiterschaft sollte ihr nach 1945 nicht mehr gelingen.

Während die freien Gewerkschafter im Februar 1934 noch mit der Regierung über eine mögliche Mitbestimmung in einer neuen Einheitsgewerkschaft verhandelten, kam es in einem Gasthaus in Strebersdorf am 25. Februar 1934 zu einer Sitzung von Betriebsfunktionären der Floridsdorfer Metallbetriebe.²⁵ Dabei wurde eine neue Untergrundorganisation, in Ablehnung an die alten freien Gewerkschafter und den Sozialdemokraten, denen man zum Teil die Schuld an der Misere der Februarkämpfe gegeben hatte, gegründet. Diese neue Organisation war zum Großteil von Kommunisten bestimmt und trug den Namen „Wiederaufbaukommission“ (WAK- Kommission zum Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften). Den Vorsitz hatte Täubler inne.²⁶ Im Gegensatz zu dem Siebenerkomitee, das von Spitzenfunktionären der ehemaligen Freien Gewerkschaften initiiert wurde, ging die Gründung der WAK von einer

²⁴ Reinhard Schurawitzki, Die Freien Gewerkschaften: Illegal für Österreich. In: Heinz Arnberger (Hrsg.), Rudolf Ardel, „Anschluss“ 1938 (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien 1988) 70.

²⁵ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 37.

²⁶ Wondra, Zur Politik der illegalen Gewerkschaften im Ständestaat 1934 – 1938, 29.

gewissen Arbeiterbasis aus den Betrieben aus.²⁷ Recht schnell gewann die Wiederaufbaukommission Mitglieder und Einfluss in einigen Betrieben. Eine große Anhängerschaft hatte sie bei den Straßenbahnangestellten und den Metallarbeitern. Grundsätzlich war die Zielsetzung der WAK der Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften, der Kampf gegen den Faschismus und die Schaffung einer demokratischen gewerkschaftlichen Vertretung für die Arbeiter. Die Ziele und Bestrebungen des sozialdemokratisch dominierten Siebenerkomitees wiesen Ähnlichkeiten auf.

Jedoch war nach Ende der Februarkämpfe die Widerstandstaktik des Zentralkomitees und der Wiederaufbaukommission sehr konträr. Das SK boykottierte alle Organisationen, die das Regime hervorgebracht hatte, dazu zählte natürlich auch die Einheitsgewerkschaft. Dieser Protest des Siebenerkomitees trug anfangs recht schnell Früchte und ließ sich auch anhand der langsamen Zunahme der Mitgliederzahlen in der EG feststellen.²⁸ Dennoch galt dies nur für die Anfangsphase. Die Boykottpolitik hatte natürlich auch eine Kehrseite, eine gewisse Passivität konnte sich breit machen, da man prinzipiell alles ablehnte und auf das Ende des Ständestaates hoffte -etwas überspitzt formuliert.

Im Gegensatz dazu stand die weitaus aktivere Widerstandstätigkeit der Wiederaufbaukommission, die die gegebenen Umstände für sich nutzen wollte. Die Taktik „des trojanischen Pferdes“²⁹ wurde vor allem von der WAK gefordert, verfolgt und auch in die Tat umgesetzt. Man versuchte, Männer der WAK in die Einheitsgewerkschaft sowie in andere Regierungsorganisationen (SAG/ Soziale Arbeitsgemeinschaft) einzuschleusen. Diese sollten von innen heraus das vorherrschende System nach und nach durchsetzen. Vorerst war diese Kampftaktik nicht in Einklang mit der Untergrundtätigkeit des ZK zu bringen. Man empfand es als Schande, sich in einer von der Regierung gestützten Organisation zu betätigen. Somit gab es nach den Februarkämpfen 1934 zwei separate illegale gewerkschaftliche Organisationen. Diese Spaltung vollzog sich auch in Verbänden und den einzelnen Gruppen in den Betrieben. So existierte zum Beispiel die Industriegruppe „Eisenbahner, Transport und Verkehr“ mit Ausrichtung des Siebenerkomitees und der Wiederaufbaukommission.³⁰ In fast allen Industriegruppen gab es zumeist zwei Lager, ein kommunistisches und ein sozialdemokratisches.

²⁷ Schurawitzki, Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich, 35.

²⁸ Schurawitzki, Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich, 27.

²⁹ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Bd. 2, 1186f.

³⁰ Schurawitzki, Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich, 37ff.

Als einzige Ausnahme muss hierbei die Freie Angestelltengewerkschaft Österreichs genannt werden, die von Beginn an als eine einheitliche Gewerkschaft auftrat und in der Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose gemeinsam arbeiteten.³¹ Unter der Führung des Sozialisten Friedrich Hillegeist und des Kommunisten Otto Horn schaffte man eine geeinte Freie Angestelltengewerkschaft (FRAGÖ).³² Beide Vertreter traten besonders für einen Zusammenschluss der illegalen Gewerkschaften ein, was auch in der Zeitung „Der Freie Angestellte“ gefordert wurde:

„Als wichtigste Voraussetzung für einen siegreichen Kampf der österreichischen Arbeiterschaft hält die FRAGÖ die Einheit der Arbeiterklasse. Auf gewerkschaftlichem Gebiet ist die Vereinigung zu einheitlichen Kampforganisationen sofort möglich und notwendig. Die FRAGÖ appelliert deshalb an alle illegalen Gewerkschaftsgruppen, die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung wiederherzustellen.“³³

Neben der FRAGÖ trat auch die Wiederaufbaukommission für einen Zusammenschluss der illegalen Gewerkschaften ein. Sogar die illegalen politischen Lager, die Revolutionären Sozialisten und die Kommunisten, beredeten die Zusammenlegung der Gewerkschaft auf ihren jeweiligen Tagungen.³⁴ Mit der Zeit forderten selbst einzelne Betriebe sowie Industriegruppen eine Zusammenlegung der WAK und des SK. Die Wiederaufbaukommission schickte im März 1935 ein Schreiben an den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), um die Vereinigung voranzutreiben.³⁵ Dies zeigte Wirkung, denn der Druck des IGB auf das Siebenerkomitee wurde erhöht und so kam es zu ersten Verhandlungen zwischen Mantler (Siebenerkomitee) und Täubler (Wiederaufbaukommission). Anfangs bestanden große Meinungsdivergenzen bezüglich der Ziele und Kampfmethoden, jedoch konnte mit Fortlauf der Verhandlungen und durch das beschwichtigende Verhalten der Wiederaufbaukommission eine Einigung erzielt werden.³⁶

In den ersten Julitagen 1935 wurde die neue gemeinsame Gewerkschaft erfolgreich beschlossen und unter dem Namen „Bundesleitung der Illegalen Freien Gewerkschaften“ gegründet. Sie war sowohl von Sozialdemokraten als auch von Kommunisten durchgesetzt.

³¹ Siehe dazu: Ernst Lakenbacher, Die österreichischen Angestelltengewerkschaften (Wien 1967).

³² West, Die Linke im Ständestaat. 1934 – 1938, 36.

³³ Prinzipienerklärung der „Freien Angestelltengewerkschaft Österreichs“. In: „Der Freie Angestellte“ Nr. 6 (Anfang Februar 1935) 4.

³⁴ West, Die Linke im Ständestaat. 1934 – 1938, 38.

³⁵ West, Die Linke im Ständestaat. 1934 – 1938, 39.

³⁶ Buttinger, Am Beispiel Österreichs, 316.

Schlussendlich stand das Einende über dem Trennenden, wobei laut Otto Leichter drei Punkte ausschlaggebend waren:

1. *„Unversöhnlicher Kampf gegen den Faschismus*
2. *Bekenntnis zum Klassenkampf*
3. *Innergewerkschaftliche Demokratie.*“³⁷

Trotzdem bedeutete der gewerkschaftliche Zusammenschluss nicht zwingend, dass alle Verbände dieser Vereinigung gleich folgten. Es kam immer wieder zu Problemen und Schwierigkeiten. Innerhalb der neuen gemeinsamen illegalen Gewerkschaft gab es ebenfalls diverse Meinungsdivergenzen bezüglich Kampftaktik sowie Ziel und Zweck verschiedener Aktionen. Mit der Zeit gelang es immer besser, aus der Meinungsdiversität Kompromisse zu akzeptieren. International erhielt der gewerkschaftliche Zusammenschluss ebenfalls eine breite Resonanz. So zum Beispiel am 7. Weltkongress der kommunistischen Internationalen vom 25. Juli bis 20. August 1935:

*„Wir haben schon einen ersten, ernsthaften Aktivposten im Kampf für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung in den europäischen Ländern. Ich meine damit das kleine Österreich, wo auf Initiative der Kommunistischen Partei die Basis für eine illegale Gewerkschaftsbewegung geschaffen wurde.“*³⁸ (Georgi Dimitrow)

Das nach wie vor wichtigste Kampfmittel der illegalen Gewerkschaften waren die Zeitungen und Flugblätter, welche in unterschiedlich hohen Auflagen ihren Zweck erfüllten und die Arbeiter mit Informationen, Beschlüssen und Kampfansagen versorgten. Man kann gleich vorwegnehmen, dass das Regime den illegalen Druck von Arbeiterzeitungen bis zum Ende des Ständestaates nicht verhindern konnte. Durch die illegale Presse konnte auch der Einfluss auf einzelne Betriebe und deren jeweilige Arbeiterschaft erfolgreich ausgeweitet werden. Der Ständestaat wusste von dieser Entwicklung und fürchtete sich dementsprechend vor den Untergrundgewerkschaften. Dies lässt sich auch anhand von zwei Verhaftungen durchaus bestätigen.

³⁷ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 38.

³⁸ VII. Kongress der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen (Frankfurt am Main 1975) 114.

Im November 1935 verhaftete man den Holzarbeitergewerkschafter Ferdinand Steindl und ein Mitglied der Revolutionären Sozialisten Rudolf Holowatyj.³⁹ Bei einer Hausdurchsuchung Steindls fielen den Behörden illegale Zeitungen in die Hände. Daraufhin wurden beide des Hochverrats bezichtigt und Steindl zu fünf, Holowatyj zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Die Verurteilungen zeigten auf, wie ernst das Regime die Bekämpfung der gewerkschaftlichen Untergrundarbeit nahm. Es blieb auch keineswegs bei diesem Einzelfall. Gerade in den Jahren 1935, 1936 und 1937 kam es zu einigen Verhaftungen und Verurteilungen im illegalen gewerkschaftlichen Milieu (Karl Mantler, Martin Berka, Karl Kirsch, Karl Maisel, Dominik Hummel, Anton Proksch und noch unzählige mehr).⁴⁰

Der Grund, warum das System die illegalen Gewerkschaften nicht unterschätzte und vor ihnen durchaus gehörigen Respekt hatte, zeigte sich an dem Fiat- Saurer Streik im Frühjahr 1936. Zugleich bestätigte dieser Streik auch die Einflussnahme der Illegalen auf die Betriebsebenen in gewissen Unternehmen, welche nicht nur bloß theoretischer Natur war. Es soll hierbei aber nicht genauestens auf den Streik eingegangen werden, sondern lediglich ein Überblick über diesen erfolgen.⁴¹ Die Arbeiter der Fiat- Saurer Werke hatten in den letzten Jahren stetige Lohnkürzungen zu ertragen. Mit der Aufrüstung des Bundesheeres und der damit verbundenen besseren Auftragslage der Autoindustrie in den Jahren 1935 und 1936, versprach man auch den Arbeitern wieder eine Lohnerhöhung, die aber niemals erfolgte. Mit der Zeit wurde der Unmut der Arbeiter größer und als man auch noch einige Arbeitnehmer entließ, kam es zu einem 36- stündigen Streik.⁴² Begleitet wurde die Initiative von den illegalen Gewerkschaften, die durch Flugblätter zum Streik aufgerufen hatten.⁴³ Trotzdem verlief der Streik im Sand. Es zeigte sich wieder einmal, wie gering die Chancen der Arbeiter waren sich Recht zu verschaffen.

Dennoch kam es im Laufe der Zeit immer wieder zu Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und Kurzstreiks, gegen die das Regime machtlos war. Der Ständestaat erkannte, dass die illegalen Gewerkschaften sehr wohl einen Großteil der Arbeiterschaft mobilisieren konnten. Dadurch erklärte sich der zum Teil sehr harte Umgang der Justiz gegenüber den illegalen

³⁹ Walter Göhring, Brigitte Pellar, *Anpassung und Widerstand. Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat* (Wien 2001) 125.

⁴⁰ Göhring, Pellar, *Anpassung und Widerstand*, 126.

⁴¹ Siehe dazu:

- Schurawitzki, *Die illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich*, 193ff.
- Leichter, *Österreichs Gewerkschaften*, 63ff.

⁴² Göhring, Pellar, *Anpassung und Widerstand*, 125.

⁴³ Leichter, *Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund*, 64.

Gewerkschaftern. Die illegalen Gewerkschaften waren für die Austrofaschisten zu einer ernststen Bedrohung geworden, die sie nur schwer eindämmen konnten.

Ein weiteres entscheidendes Ereignis und zugleich eine Art Bewährungsprobe für die illegalen Gewerkschaften war die Vertrauensmännerwahl (Wahl der Betriebsräte). Am

1. September 1936 kündigte das Regime Vertrauensmännerwahlen in den Werksgemeinschaften an. Die Wahlen fanden vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1936 in allen Betrieben Österreichs statt, jedoch waren sie gewissen Beschränkungen unterworfen, auf die im zweiten Kapitel noch genauer eingegangen wird. Zwar behauptete das Regime, die Vertrauensmännerwahlen seien demokratisch, jedoch war zum Beispiel das Wahlrecht an die Mitgliedschaft zur regierungstreuen Einheitsgewerkschaft geknüpft. Nichtsdestotrotz und wegen des organisatorischen Chaos sowie interner Streitereien zwischen Vaterländischer Front und Einheitsgewerkschaft, konnten die illegalen Gewerkschaften ihre Leute einschleusen und somit Druck auf die Betriebsbelegschaften ausüben. Bereits vor den Wahlen kam man bei einer geheimen Sitzung in Baden bei Wien zu dem Entschluss, sich aktiv an den Wahlen zu beteiligen.⁴⁴ Karl Mantler schlug dazu folgende Parole für die Wahl vor:

„Wählt zu Betriebsvertrauensmännern nur solche Kollegen, die ihrer freigewerkschaftlichen Gesinnung treu geblieben sind und mit uns für die Freiheitsrechte der Arbeiter kämpfen.“⁴⁵

Hierbei muss erwähnt werden, dass sich die ursprüngliche „Politik des reinen Boykotts“ des Siebenerkomitees gewandelt hatte. Der Zusammenschluss der beiden Gewerkschaften sowie der Einfluss der Kommunisten bewirkten eine aktivere Taktik. Das Wahlergebnis zu deuten ist aus heutiger Sicht nicht gerade einfach. Wie sooft bei Wahlen verbuchten beide Seiten, also die Einheitsgewerkschaft und die illegalen Freien Gewerkschaften, einen Sieg. Es gab dazu eine Erhebung des damaligen Generalsekretärs der Einheitsgewerkschaft Friedrich Kühr, der für die Wahl 400 Betriebe mit 116.658 wahlberechtigten Arbeitern und Angestellten analysierte. Davon beteiligten sich offiziell 106.975 Arbeiter an der Wahl. Von den 2079 Vertrauensmännern wurden nur 743 neu besetzt.⁴⁶ Natürlich sind diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen, da Kühr der parteipolitischen Linie treu blieb und auch dementsprechend

⁴⁴ Göhring, Pellar, Anpassung und Widerstand, 126.

⁴⁵ Josef Hindels, Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934- 1945 (Wien 1976) 125.

⁴⁶ Friedrich Kühr, Die Vertrauensmännerwahl in den Großbetrieben. In: „Der Gewerkschafter“ (Februar 1937) 19.

argumentierte. Nach Otto Leichters These, der man durchaus Beachtung schenken muss, sind ungefähr „zwei Drittel der von der Einheitsgewerkschaft erfaßten Wahlergebnisse als oppositionell zu registrieren; ein Drittel mag als Votum für die EG als offizielle Regierungsorganisation gedeutet werden. Aber es muß vermerkt werden, daß auch oft nur deswegen EG- Kandidaten gewählt wurden, weil die illegale Gewerkschaft in manchen Betrieben nicht Fuß gefaßt hatte.“⁴⁷

Trotz der vielen Einschränkungen dieser „unfreien, die Spielregeln der Demokratie nicht beachtenden Wahlen“⁴⁸ hatten die illegalen Gewerkschaften ein beeindruckendes Ergebnis erbracht. Die Tatsache, dass nun illegale freie Gewerkschafter oder zumindest Sympathisanten der ehemaligen Freien Gewerkschaften die Posten der Vertrauensmänner innehatten, änderte auch die Taktik und Untergrundtätigkeit der illegalen Gewerkschaften. Es gab nun eine verstärkte Konzentrierung auf die Arbeit der eingesetzten Vertrauensleute. Der Kontakt zu ihnen wurde gepflegt, natürlich aus Gründen der Kontrolle und eventuellen Beeinflussung. Außerdem entfernte man sich vollends von der Boykottpolitik, welche in der neuen Situation keinen Sinn mehr ergab.

Die Einheitsgewerkschaft war sich der illegalen, gewerkschaftlichen Beteiligung bei der Vertrauensmännerwahl durchaus bewusst und wollte dem mit Maßnahmen, die wenige Früchte trugen, entgegensteuern. So rief man eine große Aktion zur allgemeinen Schulung der Vertrauensmänner ins Leben, um ihnen die ständestaatlichen Prinzipien und Gesetze näher zu bringen. Die EG verbuchte die Wahl ebenfalls als ihren Erfolg, mit der Begründung, dass eine erfolgreiche, freie, demokratische, gewerkschaftliche Wahl zu Stande gekommen sei, so wie die EG es stets propagiert hätte. Jedoch wurden viele Vertrauensmänner, die bereits vor 1934 diese Position innehatten, wieder gewählt, was die Einheitsgewerkschaft fälschlicherweise als ihren Erfolg verzeichnete. Man muss dazu anmerken, dass ein Teil dieser wieder gewählten Vertrauensleute eher den ehemaligen Freien Gewerkschaften als der Regierungsgewerkschaft nahe stand.⁴⁹ Meines Erachtens sollte man sich trotzdem davor hüten, die Wahl 1936 kategorisch als einen Sieg für die Illegalen und eine klare Niederlage der EG zu betrachten. Dies wäre viel zu einfach und würde der damaligen gewerkschaftlichen Gesamtsituation bei Weitem nicht gerecht werden. Im zweiten Kapitel wird nochmals genauer auf die Vertrauensmännerwahl Stellung bezogen.

⁴⁷ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 74.

⁴⁸ Hindels, Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934 -1945, 124.

⁴⁹ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 74.

Im Verlauf der Jahre 1936 und 1937 kam es immer wieder zu Protesten seitens der illegalen Freien Gewerkschaften. So kritisierte man das Juliabkommen zwischen Hitler und Schuschnigg äußerst scharf und verwies auf die Unterwanderung Österreichs durch Nationalsozialisten, welche auch vor der Einheitsgewerkschaft nicht Halt machte. Durch das Juliabkommen - viele gefangene Nationalsozialisten wurden amnestiert - rehabilitierte das Regime auch einige Gewerkschafter, Sozialisten und Kommunisten. Die illegalen Gewerkschaften traten mit aller Vehemenz für „*ein freies Volk in einem wirklich freien und unabhängigen Österreich*“⁵⁰ ein. Man erkannte die Zeichen der Zeit richtig und versuchte, in Kontakt mit der Regierung zu treten und sie vor der anstehenden Gefahr zu warnen. Es kam zu einigen öffentlichen Denkschriften der Illegalen. So verfasste man zum Beispiel im Mai 1937 eine Denkschrift, die sich direkt an den Bundeskanzler Schuschnigg richtete.⁵¹ Dabei wurde über die illegalen Pressen sowie in Flugblättern auf die gefährliche Entwicklung Österreichs aufmerksam gemacht. In einem weiteren Schritt übergab man die Denkschrift den Vertrauensmännern zur Unterzeichnung, um eine gewisse Legitimation zu bezwecken. Es war sozusagen eine illegale Aktion, die im Untergrund begann und durch die Unterschriften der Vertrauensleute eine legale Legitimation erlangte. Darin wurde abermals besonders auf die bevorstehende Gefahr für Österreich verwiesen. Ein Auszug dieser Denkschrift lässt die Angst eines politischen Umschwungs erahnen.

*„Der Kampf um die Erhaltung eines freien, selbstständigen und unabhängigen Österreich ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Die Gefahren, die Österreich bedrohen, sind bedenklich angewachsen. Aber die Unabhängigkeit Österreichs kann auf Dauer nicht durch aussenpolitische Garantien geschützt werden, am allerwenigsten durch eine aussenpolitische Orientierung, die Österreich letzten Endes den Machtinteressen der Faschistischen Großmächte überantwortet. Deutlicher denn je zeigt sich die Notwendigkeit, im Lande selbst die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich das österreichische Volk in seiner Mehrheit zu dem einheitlichen Willen zusammenschliesst, die Unabhängigkeit und Freiheit seines Vaterlandes gegen jedermann und mit allen Mitteln zu verteidigen. Aber die organisatorischen und politischen Voraussetzungen dafür bestehen heute nicht.“*⁵²

⁵⁰ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 99.

⁵¹ Schurawitzki, Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich, 259.

⁵² An den Herrn Bundeskanzler Dr. Kurt von Schuschnigg!. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW Akt 4033/68) 1.

Am Ende der Denkschrift forderte man die volle Wiederherstellung des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten in den Gewerkschaften.⁵³ Trotz dieser fast schon prophetischen Warnungen der illegalen Gewerkschaften ignorierte die Regierung die Denkschrift. Während der Bundeskanzler noch auf eine Versöhnung mit Deutschland hoffte, grenzte sich die Einheitsgewerkschaft entschieden von den Nationalsozialisten ab und suchte zögerlich Kontakte zu den illegalen Freien Gewerkschaften. Durch den Druck Hitlers auf das kleine Österreich begannen schrittweise Annäherungsversuche zwischen den Illegalen und dem Regime, an denen auch die EG und die illegalen Gewerkschaften beteiligt waren.

Mit dem Berchtesgadener Abkommen vom 12. Februar 1938 kam es zu entscheidenden Maßnahmen, die unter anderem zu politischen Begünstigungen der österreichischen Nationalsozialisten führten. Die gesamte Linksoption kam natürlich nicht in diesen Genuss. Durch den Druck Hitlers wurden am 15. und 16. Februar 1938 die Nationalsozialisten Arthur Seyß-Inquart und Guido Schmidt in die österreichische Regierung bestellt. Alle illegalen Arbeiterorganisationen forderten daraufhin, die österreichischen Nationalsozialisten zu boykottieren und Widerstand zu leisten. Selbst die Einheitsgewerkschaft organisierte am 17. Februar 1938 eine Konferenz der Vertrauensmänner, die *„eine Resolution zur Erhaltung der österreichischen Arbeitnehmer verabschiedet.“*⁵⁴ Es sollten über eine Million Unterstützungsunterschriften gesammelt werden, jedoch musste die Aktion auf Erlass der Nationalsozialisten abgesagt werden. Zwar forderte der Gewerkschaftsbund ein selbstständiges, unabhängiges Österreich, jedoch trat der Präsident Johann Staud weiterhin für eine christ- gewerkschaftliche Monopolstellung in der EG ein. Dies war ein entscheidendes Hindernis bei den Verhandlungen zwischen EG und den illegalen Gewerkschaften. Sowohl die Gespräche im Jänner als auch im Februar 1938 zwischen den beiden Gewerkschaften scheiterten an Staud, der sich nach wie vor der Forderung nach freien, demokratischen Wahlen widersetzte.⁵⁵

⁵³ Folgende Forderungen:

- „Unabhängigkeit von den Unternehmern und der Regierung,
- Freie Kandidatenaufstellung,
- Freie Wahlen in allen Instanzen,
- Freie Wahlagitation,
- Volle Bewegungsfreiheit der Organisation.“

Zit.: Göhring, Pellar, Anpassung und Widerstand, 161.

⁵⁴ Göhring, Pellar, Anpassung und Widerstand, 164f.

⁵⁵ Otto Leichter, Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 – 1938 (Wien 1968) 375.

Erst am 3. März 1938 durfte ein Arbeiterkomitee, dem 14 überfraktionelle Vertreter angehörten, unter dem Vorsitz des Angestelltengewerkschafters Friedrich Hillegeist bei Schuschnigg vorsprechen.⁵⁶ Hillegeist spielte schon als Verbindungsmann zwischen den illegalen Gewerkschaften und den Vertrauensmännern eine außerordentlich wichtige Rolle und eröffnete das vierstündige Gespräch mit Schuschnigg.

„Herr Bundeskanzler! Wenn diese Unterredung, um die wir uns lange bemüht haben und die nun so schrecklich spät zustandekommt, irgendwelche Ergebnisse haben soll, so muß zwischen uns von allem Anfang an vollkommene Klarheit herrschen. Sie stehen nicht Anhängern ihrer Vaterländischen Front gegenüber. Wir sind österreichische Arbeiter und vertreten hier die Massen der Arbeiterschaft, die zum größten Teil der alten sozialdemokratischen Partei angehört haben und heute in verschiedenen politischen Bewegungen organisiert sind. Wir kommen weder als Bewunderer zu Ihnen, denn noch als Freunde, sondern als überzeugte Gegner, die aber gerne einen Weg finden möchten, um die Arbeiter - nicht mit Ihnen, denn das liegt nicht in unserer Macht, wohl aber neben Ihnen - in den Kampf zu führen gegen die furchtbare Gefahr, die unser Land - und vor allem die Klasse, der wir angehören - bedroht. Sind sie also bereit, nachdem Sie gehört haben, was wir vertreten, uns anzuhören?“⁵⁷

Hillegeist unterbreitete dem Kanzler ein 4 - Punkte - Programm, dass er bereits zu einem früheren Zeitpunkt mit dem Gewerkschaftspublizisten Otto Leichter und Arbeiterkammerfunktionär Eduard Stark formuliert hatte:

1. *„Bekennnisfreiheit auch für Sozialisten und Freigewerkschafter in gleicher Weise, wie sie den Nazis zum Teil schon vor, aber jedenfalls nach Berchtesgaden gegeben worden war.*
2. *Freie Wahlen in der offiziellen Einheitsgewerkschaft.*
3. *Zulassung einer freien Gewerkschaftspresse mit Rede- und Diskussionsfreiheit auch für unsere Anhänger.*
4. *Aufhebung aller durch das vaterländische Regime nach 1934 verfügten Notverordnungen, durch die die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter und Angestellten verschlechtert worden war.“⁵⁸*

⁵⁶ Schurawitzki, Die Freien Gewerkschaften: Illegal für Österreich. In: Arnberger (Hrsg.), Ardelt, „Anschluss“ 75.

⁵⁷ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 122.

⁵⁸ Friedrich Hillegeist, Mein Leben im Wandel der Zeiten (Wien 1974) 73.

Schuschnigg selbst gestand, dass die gewerkschaftlichen Forderungen nur im ständestaatlichen Rahmen erfolgen könnten und übergab die Verhandlungen über politische Themen seinem Sozialminister Rott und dessen Staatssekretär. In gewerkschaftlichen Fragen verhandelte Staud. Jedoch stimmte Schuschnigg zu, dass die einzelnen Untergrundgewerkschaften eine legale Versammlung abhalten durften, um über die weitere gemeinsame Vorgehensweise zu diskutieren.

Der Kanzler hielt sein Versprechen und so kam es am 7. März 1938 in einem ehemaligen Arbeiterheim in Floridsdorf zu einer Konferenz, an der 350 Vertreter von Arbeitnehmern teilnahmen. Nach langer und ausgiebiger Diskussion einigte man sich auf folgenden Konsens: *„Unterstützung des Kampfes der Regierung gegen Hitler nach Zusicherung demokratischer Forderungen.“*⁵⁹ Mit diesem Grundsatz gingen nun die Verhandlungen zwischen den illegalen Gewerkschaften und dem System über die Bühne. Währenddessen kam es in den Betrieben zu Massenaktivierungen der Arbeiter, denen man das Ergebnis der Floridsdorfer Konferenz verkündete. Jedoch zeichnete sich bei den Verhandlungen vom 7.-11. März 1938 zwischen Rott, Staud und den Vertretern der illegalen Gewerkschaften kein Erfolg versprechendes Ergebnis ab. Erst am 11. März 1938 stellte die EG Wahlen im Gewerkschaftsbund in Aussicht. Trotz der brisanten und angespannten Lage gab es kein direktes Gespräch mehr mit Schuschnigg.

Dennoch unterstützten die illegalen Gewerkschaften die vom Bundeskanzler ins Leben gerufene Volksbefragung, welche am 13. März abgehalten werden sollte. Sie forderten die Arbeiterschaft dazu auf, bei der Volksbefragung mit „Ja für Österreich“ zu stimmen, doch zu dieser entscheidenden Wahl sollte es nicht mehr kommen. Am 11. März 1938 demissionierte Schuschnigg und den Tag darauf erfolgte der Einmarsch der Nationalsozialisten in Österreich.

⁵⁹ Schurawitzki, Die Freien Gewerkschaften: Illegal für Österreich. In: Arnberger (Hrsg.), Ardel, „Anschluss“ 76.

2.3.) Organisation und Struktur:

Eine straffe und einheitliche Organisation kann bei den illegalen Gewerkschaften nur schwer skizziert werden, da erstens diese nicht legal waren, sondern im Untergrund arbeiteten und zweitens gab es vor 1935 mehrere illegale Gewerkschaften. Außerdem kam es immer wieder zu Verhaftungen und Umbesetzungen der Vorstände. Des Weiteren änderten sich mit der Zeit auch gewisse Strukturen und damit einhergehend gewisse Kampfmethoden, auf die bereits im vorigen Kapitel verwiesen wurde.

Grundsätzlich setzte sich das sozialdemokratische Siebenerkomitee vor der gewerkschaftlichen Vereinigung 1935 aus folgenden Personen zusammen: Vorsitzender Karl Mantler, Stellvertreter Andreas Thaler, Mitglieder Johann Schwab, Fritz Tomandl, Anton Vitzthum, Ludwig Kostroun und Karl Komenda.⁶⁰ Der Lebensmittelarbeiter Mantler war zugleich auch der Vertreter seiner Zunft und hatte die Position des Gewerkschaftspräsidenten des SK und der Illegalen Bundesleitung der Freien Gewerkschaften bis 1938 inne. Sein Stellvertreter Thaler übte die Vertretung der Eisenbahner aus und war ebenfalls bis 1938 sehr aktiv im Untergrund tätig. Der Vertreter der Metallarbeiter Tomandl starb im Jahr 1935 und wurde von Franz Kutschera ersetzt. Schwab hatte zunächst die Vertretung der Chemiewerker inne und wurde dann durch Franz Pipelka ersetzt. Der Zentralkassier Anton Vitzthum stand hinter der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft. Repräsentant der Bekleidungs- und Textilarbeiter war Kostroun und nach dessen Verhaftung übernahm Anton Proksch den Posten. Anfänglich hatten die gastgewerblichen Arbeiter keinen Vertreter. Mit der Zeit kam Komenda dieser Rolle nach und wurde später durch Ferdinand Nothelfer abgelöst.⁶¹ Die verschiedenen Vertreter mussten immer wieder ihren Posten abgeben, da sie entweder kurzzeitig verhaftet oder sogar zu einem längeren Aufenthalt in dem Anhaltelager Wöllersdorf gezwungen wurden, wie zum Beispiel Julius Weiß oder Johann Böhm.

Das Siebenerkomitee wurde im Jahr 1934 vom internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) als Repräsentant der Freien Gewerkschaftsbewegung Österreichs anerkannt.⁶² In diesen Genuss kamen die Kommunisten anfänglich nicht.

⁶⁰ Wondra, Zur Politik der illegalen Gewerkschaften im Ständestaat 1934 – 1938, 29.

⁶¹ Siehe dazu: Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 31f.

⁶² West, Die Linke im Ständestaat. 1934 – 1938, 35.

Aber im Gegensatz zu dem ZK, das von den Spitzenfunktionären geschaffen wurde, ging die Wiederaufbaukommission einen anderen Weg. Sie gründete sich sozusagen aus den Betrieben heraus und zwar von Arbeitern, die das System nicht „nur“ boykottieren wollten. Die WAK organisierte sich recht schnell und strebte die Wiederherstellung der Freien Gewerkschaften an. Dementsprechend rasch verbuchte die WAK einige Erfolge und freute sich über großen Zuwachs aus dem ehemaligen sozialdemokratischen Gewerkschaftslager, da sich viele ehemalige freie Gewerkschafter von den alten Spitzenfunktionären in Stich gelassen fühlten. *„Die reformistengegnerischen Genossen seien in Gruppen von 5 -7 Mann zusammengefaßt worden, der Mitgliedsbeitrag werde von den Genossen selbst festgesetzt, er betrage für Betriebsarbeiter zwischen 20 und 25 Groschen pro Woche, für Arbeitslose 5 bis 10 Groschen.“*⁶³ Die WAK setzte sich wie die FRAGÖ für eine Vereinigung der illegalen Gewerkschaften ein.

Eine spezielle Stellung bei den illegalen Gewerkschaften hatte die FRAGÖ (Freie Angestelltengewerkschaft Österreichs) mit den Vorsitzenden Friedrich Hillegeist (Sozialist) und Otto Horn (Kommunist). Sie pflegten eine äußerst enge Beziehung zu der Wiederaufbaukommission, standen aber auch dem Siebenerkomitee sehr nahe. Durch diese besondere Stellung kam der FRAGÖ oft die Rolle des Vermittlers zwischen SK und WAK zu. Außerdem war Hillegeist ein Hauptinitiator und großer Förderer des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses von 1935.

Nach zähen Verhandlungen wurde endlich in den ersten Julitagen die Provisorische Bundesleitung der Illegalen Freien Gewerkschaften geschaffen. In diesem gemeinsamen Gremium hatten das ZK sechs und die WAK drei Vertreter. Laut Buttinger soll das Verhältnis zwischen den beiden fünf zu vier gewesen sein, da der Angestelltenvertreter von einer kommunistischen Mehrheit abhängig war.⁶⁴ Der Vorsitzende der neuen illegalen Freien Gewerkschaften war abermals Mantler, der zugleich die Vertretung der Lebensmittelarbeiter innehatte. Zu ihm gehörte noch der Obmann der Eisenbahner Thaler, der Bauarbeiter Battisti, der Textilarbeiter Haase und der Chemiearbeiter Pipelka. Der Vertreter der Angestellten war Hillegeist. Seitens der WAK kamen in die Provisorische Bundesleitung der Freien Gewerkschaften Täubler, der Lebensmittelarbeiter Stift und der Metallarbeiter Weidenauer.⁶⁵

⁶³ Schurawitzki, Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich, 35.

⁶⁴ Buttinger, Am Beispiel Österreichs, 316.

⁶⁵ Schurawitzki, Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich, 154.

Durch die Vereinigung der Freien Gewerkschaften änderte sich die allgemeine Organisationsstruktur der Gewerkschaften in neun Industriegruppen:

1. Eisenbahn, Verkehr und Transport.
2. Lebensmittelindustrie.
3. Metallindustrie und Bergbau.
4. Chemische-, Papier-, Gummi-, Glasindustrie, Graphiker.
5. Bau- und Holzindustrie.
6. Bekleidungs- und Textilindustrie.
7. Hotel-, Gast-, und Kaffeehausgewerbe und Vergnügungsindustrie.
8. Landwirtschaft.
9. Angestellte aller Kategorien.⁶⁶

In dem Statut zur gewerkschaftlichen Vereinigung wurden die neuen Aufgaben beschlossen:

„Die wichtigste Aufgabe des Bundes ist der Kampf um die Wiederherstellung des freien Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft in freien Gewerkschaften und der Kampf für ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Sie müssen über diesen Kreis hinaus durch ständige Aufklärung und Beeinflussung der Arbeiterschaft eine auf der Erreichung des angestrebten Zieles gerichtete Massenbewegung auslösen und führen. Zur Erfüllung der gestellten Aufgaben wird der Bund der Freien Gewerkschaften alle ihm zweckdienlich erscheinenden Mittel anwenden.“⁶⁷

Allgemein bestanden die Organe des Bundes der Illegalen Freien Gewerkschaften aus der Bundeskonferenz (bestand aus Vertretern aller Industriegruppenorganisationen, je ein Vertreter jedes Landeskartells, zwei Vertreter der zentralen Jugendleitung und den Mitgliedern der Bundesleitung), der Bundesleitung (bestand aus jeweils einem Vertreter pro Industriegruppe) und den Landes-, Bezirks- und Ortskartellen.⁶⁸ Im Jahr 1937 wurde die Illegale Bundesleitung der Freien Gewerkschaften als ordentliches Mitglied vom IGB anerkannt.⁶⁹ Man machte eine Ausnahme, denn grundsätzlich widerstrebte es dem IGB illegale Organisationen aufzunehmen.

⁶⁶ Zitiert nach: Fritz Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Eine Monographie (Wien 1967) 135.

⁶⁷ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Bd. 2, 1189f.

⁶⁸ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Bd. 2, 1190f.

⁶⁹ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Eine Monographie, 136.

Der Gewerkschaftsbund der Arbeiter und Angestellten („Einheitsgewerkschaft“)

3.1.) Vorgeschichte:

Es würde natürlich den Rahmen der Arbeit bei Weitem sprengen, wenn ausführlich auf die Geschichte der Deutschnationalen, Unabhängigen- und Christlichen Gewerkschaften Österreichs vor 1933 eingegangen wird.⁷⁰ Alles in allem waren diese drei Gewerkschaften in Österreich kleine Randerscheinungen. Sie genossen unter der breiten Arbeiterschaft des Landes einen sehr zweifelhaften Ruf, da man ihnen oftmals den Vorwurf machte, stets auf der Unternehmerseite zu stehen.

Im Jahr 1933 zählten die Christlichen Gewerkschaften einen Mitgliederstand von ungefähr 100.000 und die Deutschnationalen Gewerkschaften 70.000 Personen.⁷¹ Beide spielten eine untergeordnete Rolle in Österreich gegenüber den übermächtigen Freien Gewerkschaften. Bereits 1933 versuchte die Vaterländische Front die Arbeiterschaft auf ihre Seite zu ziehen und für sich zu gewinnen, dies allerdings mit sehr mäßigem Erfolg. Dem Großteil der Arbeiter war der Kurs der Vaterländischen Front schlicht und einfach zu radikal.⁷² Selbst aus dem Lager der christlichen Arbeiter und Angestellten gab es Widerstand, gegen die Bestrebungen der VF die österreichische Arbeiterschaft stärker an sich zu ziehen. Schlussendlich blieb dieser erste Versuch ein Experiment, das nicht wirklich gravierende Erfolge verbuchen konnte. Viele Mitglieder der Vaterländischen Front sahen in den Gewerkschaften immer schon Feinde ihrer ständestaatlichen Ideologie. Selbst den Christlichen Gewerkschaften und der späteren Einheitsgewerkschaft traten sie mit Misstrauen gegenüber.

Mit dem Ausbruch des österreichischen Bürgerkrieges (12. – 15. Februar 1934) sollten sich jedoch die Strukturen und Verhältnisse der Gewerkschaften Österreichs zu Gunsten der Christlichen Gewerkschaften grundlegend ändern

⁷⁰ Siehe dazu:

- Walter Göhring, Die Gelben Gewerkschaften Österreichs in der Zwischenkriegszeit (Wien 1998).
- Ludwig Reichhold, Geschichte der christlichen Gewerkschaften Österreichs (Wien 1987).
- Franz Grössl, Die christlichen Gewerkschaften in Österreich (Wien 1975).

⁷¹ Fritz Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme Bd. 2 (Wien 1953) 1147.

⁷² Irmgard Bärenthaler, Die Vaterländische Front- Geschichte und Organisation (Wien 1971).

3.2.) Entstehung der Einheitsgewerkschaft:

Bereits einen Tag nach Beginn der Februarkämpfe am 13. Februar 1934 wurden die Freien Gewerkschaften vom Dollfuß Regime aufgelöst. An ihre Stelle traten nun die Christlichen Gewerkschaften, welche von Seiten der Regierung auch anerkannt und akzeptiert wurden als eine Art Richtungsgewerkschaft. Jedoch waren die Mitgliederzahlen und der Einflussbereich der Christlichen Gewerkschaften umgerechnet auf die breite Arbeiterschaft Österreichs verhältnismäßig bescheiden. So schlossen die Christlichen Gewerkschaften schon am 17. Februar 1934 ein Übereinkommen mit den Unabhängigen Gewerkschaften, die eher der Heimwehr nahe standen. Dieser Pakt zur gegenseitigen verpflichtenden Zusammenarbeit unterzeichnete Johann Staud für die Christlichen und Fritz Lichtenegger für die Unabhängigen Gewerkschaften.⁷³ Beide beendeten ihre Streitereien und strebten sogar eine Zusammenarbeit mit den ehemaligen Freien Gewerkschaften an.⁷⁴ Dieser Versuch einer wesentlich breiter gefassten Gewerkschaft oder zumindest einer möglichen Beteiligung der Freien Gewerkschaften fand aber recht schnell ein jähes Ende.

Schon am 18. Februar 1934 bei der Konferenz der christlichen Arbeiterbewegung in dem Genossenschaftshaus der Siedlung Starchant in Wiener Neustadt machte der neue Sozialminister Odo Neustädter - Stürmer klar, dass es bald eine Einheitsgewerkschaft unter Führung der Christlichen Gewerkschaften geben müsse. Den Vorschlag des Ministers lehnte die Konferenz vorerst noch ab. Am 19. Februar machte aber Dollfuß Staud unmissverständlich klar, dass er ebenfalls für eine Einheitsgewerkschaft plädiere. Die Christlichen Gewerkschaften wollten aber nicht der Bildung einer Einheitsgewerkschaft zustimmen. Dies führte auch intern wieder zu einigen Streitigkeiten mit den Unabhängigen Gewerkschaften. Weitere Verhandlungen mit dem ehemaligen Sozialminister Richard Schmitz am 28. Februar blieben ebenfalls ohne nennenswerten Erfolg.

Engelbert Dollfuß forderte derweilen mit Vehemenz die Bildung einer Einheitsgewerkschaft. Daher lud er am 2. März die Christlichen Gewerkschaften ein und verlangte von ihnen der Idee einer Einheitsgewerkschaft zu zustimmen. Die Personen rund um Staud befürworteten Dollfuß Ansinnen, jedoch unter der Voraussetzung, dass sie an der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes mitwirken durften. Dollfuß stimmte den Kriterien zu und verlangte

⁷³ Anton *Pelinka*, Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933-1938 (Wien 1972) 58.

⁷⁴ Walter *Göhring*, Brigitte *Pellar*, Anpassung und Widerstand. Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat (Wien 2001) 65.

lediglich eine Verhandlung Stauds mit Neustädter - Stürmer über gewisse Einzelheiten.⁷⁵ Doch der Bundeskanzler spielte mit den Christlichen Gewerkschaften ein falsches Spiel. Als diese am nächsten Tag beim Sozialminister vorsprachen, war das Gesetz zur Entstehung der Einheitsgewerkschaft bereits durch den Ministerrat genehmigt worden und Änderungen ausgeschlossen.⁷⁶ Neustädter - Stürmer wurde daraufhin zum Hassobjekt der Christlichen Gewerkschaften, hingegen blieb der eigentliche Initiator Dollfuß davon verschont.

Somit wurde am 2. März 1934 der Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten (Einheitsgewerkschaft) ins Leben gerufen. Eigentlich sollte die EG als eine Art Übergangsmodell dienen hin zu dem „vollendeten“ Ständestaat, der ohne diverse Arbeiterorganisationen auskomme. Natürlich trat Staud gegen solche Auffassungen ein. Er wollte die EG als eine dauerhafte Institution im Ständestaat etablieren.

Die hintergangenen Christlichen Gewerkschaften ließen ihren Ärger über die Pläne Dollfuß am 4. März 1934 bei der Reichskonferenz der christlichen Arbeiterbewegung freien Lauf, stimmten jedoch dem Erlass der Regierung zu. Es ist geradezu ironisch, dass jene Gewerkschaft, die sich stets gegen die Bildung einer Einheitsgewerkschaft sträubte und sich stets als unabhängig gegenüber den ehemaligen Freien Gewerkschaften sah, nun der Entstehung einer einheitlichen Gewerkschaft ohne weiters zustimmte. Diese 180 Grad Drehung hat auch laut dem Politikwissenschaftler Anton Pelinka zwei Ursachen: *„Dieser Meinungsumschwung innerhalb von zwei Wochen fand unter massiven Druck der Regierung statt. Er fand aber auch statt, weil die Christlichen Gewerkschaften in den Genuß des Monopols kommen und in der Einheitsgewerkschaft die Führung übernehmen sollten.“*⁷⁷ Die meisten Funktionäre der Einheitsgewerkschaft kamen aus den Christlichen Gewerkschaften. Daneben gab es noch einige unabhängige und deutschnationale Gewerkschafter und sogar einen ehemaligen freien Gewerkschafter, der die Einheitsgewerkschaft komplettierte.⁷⁸ Der Machtbereich und das Betätigungsfeld des Gewerkschaftsbundes waren aber äußerst eng abgesteckt, so durfte der Sozialminister Funktionäre bestellen und auch wieder abberufen.⁷⁹ Formell war die Einheitsgewerkschaft ein Staatsorgan ohne jegliche demokratische Strukturen und stand somit in einer engen Abhängigkeit zur Regierung und unter direkter Aufsicht des

⁷⁵ Pelinka, Stand oder Klasse?, 59.

⁷⁶ Christl Kluwick- Muckenhuber, Johann Staud. Ein Leben für die Arbeiterschaft (Wien 1969) 38f.

⁷⁷ Pelinka, Stand oder Klasse?, 60.

⁷⁸ Anton Pelinka, Die Einheitsgewerkschaft. In: Heinz Arnberger (Hrsg.), Rudolf Ardelt, „Anschluss“ 1938 (DÖW, Wien 1988) 37.

⁷⁹ Genaue Ernennungsrechte des Sozialministers. Siehe unter: Göhring, Pellar, Anpassung und Widerstand, 66.

Ministers für Soziales. Kein Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes wurde jemals von „unten“ (Arbeiterschaft) her gewählt. Allein diese Tatsache kann natürlich keine wirkliche Legitimation durch die Arbeiterschaft zulassen und gab den illegalen Gewerkschaften unter anderem den berechtigten Anlass die Einheitsgewerkschaft zu boykottieren. Des Weiteren wurde vom Regime ein Aufsichtskommissar (Gustav Hofmann) ernannt, der jeder Sitzung der EG beiwohnen konnte und sogar in der Lage war, gegen Beschlüsse Veto zu erheben. Der Präsident der EG Johann Staud und der christlichsoziale Politiker Leopold Kunschak kritisierten immer wieder die Abhängigkeit der EG vom Sozialminister. Dabei darf man aber auch nicht vergessen, dass die öffentliche Kritik der christlichen Gewerkschafter oft eng mit der verhassten Persönlichkeit Neustädter - Stürmer verbunden war und sich sehr selten direkt gegen das vorherrschende System richtete.

Natürlich ging aus der Bezeichnung „Einheitsgewerkschaft“ schon hervor, dass es nur eine Gewerkschaft geben durfte. Dies traf auch für die Christlichen Gewerkschaften zu, welche dem Schritt ihrer Auflösung im Laufe der Zeit nachkamen. Ich will dabei nicht näher ins Detail eingehen, da es zwischen den christlichen Gewerkschaftern intern unterschiedliche Meinungen bezüglich der Auflösung gab.⁸⁰ Der Präsident des Gewerkschaftsbundes Johann Staud sprach von der Selbstauflösung der Christlichen Gewerkschaften. Etwas verdeutlicht wird die Lage beschrieben in der christlichsozialen Wochenzeitung „Österreichische Arbeiter-Zeitung“:

„Eine Bewegung kann nicht mehr erringen, als daß ihr Programm allgemein anerkannt und gesetzlich verankert wird. Diese Tatsache erleichtert den Abschied von den christlichen Gewerkschaften. Um einen Abschied handelt es sich zweifellos. In der bisherigen Form wird die christliche Gewerkschaftsbewegung Österreichs zu bestehen aufhören.“⁸¹

Trotz der anhaltenden Auseinandersetzungen besonders mit den Heimwehren, die im Ständestaat keinen Platz für die Einheitsgewerkschaft sahen, konnte sich der Gewerkschaftsbund in das System integrieren. Gleichzeitig akzeptierte die EG auch den Ständestaat und fügte sich den Bestimmungen und Gesetzen des Bundeskanzlers. Trotzdem stellte die Einheitsgewerkschaft stets den Anspruch, das Interesse der Arbeiterschaft bestmöglich zu vertreten.

⁸⁰ Pelinka, Stand oder Klasse?, 61.

⁸¹ 7. Kongress der christlichen Gewerkschaften, In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 25 (23. Juni 1934) 1.

Mit dem Inkrafttreten der ständestaatlichen Verfassung am 1. Mai 1934, nahm auch die Einheitsgewerkschaft offiziell ihre Arbeit auf. Im selben Monat erschien auch zum ersten Mal die offizielle Zeitung des Gewerkschaftsbundes „Der Gewerkschafter“. Die Einheitsgewerkschaft sollte nun, wie es schon die Vaterländische Front vergebens versuchte, die Arbeiter mit dem Ständestaat versöhnen und als eine Art Auffangnetz für diese dienen. Sie sollte die aufgelösten Gewerkschaften ersetzen und als einzige offizielle legale Interessensvertretung der Arbeiterschaft agieren. Die Regierung wollte der breiten Arbeiterschicht auf alle Fälle das Gefühl vermitteln, dass in dem neuen Ständestaat sehr wohl ein Platz für sie vorhanden sei. Denn trotz aller anti- proletarischen und radikalen Propaganda von Seiten der Heimwehr war der Regierung durchaus bewusst, dass sie die Arbeiterschaft Österreichs brauchte, um den Staat zu erhalten. Somit sollte die EG die Aufgabe übernehmen, die Eingliederung der Arbeitnehmer ins ständestaatliche System vorzubereiten.

Wie bereits erwähnt, diente die Einheitsgewerkschaft vorerst als eine Art Übergangsmodell. Gegen eine solche Auffassung der Einheitsgewerkschaft, welche größtenteils von Heimwehr und Neustädter – Stürmer vertreten wurde, wehrten sich die christlichen Gewerkschafter. Dem Gewerkschaftsbund widerstrebte es, lediglich als eine Art Provisorium abgestempelt zu werden. Vielmehr verstanden sich die Einheitsgewerkschafter als eine Fixgröße im Ständestaat und forderten eher den Rückgang des Einflusses der Heimwehr. Alleine aus diesen unterschiedlichen Auffassungen zwischen Einheitsgewerkschaft und Heimwehr lässt sich bereits erahnen, dass es dementsprechend oft zu Meinungsverschiedenheiten und teils heftigen Streitereien kam.

Bereits vor dem Inkrafttreten der ständestaatlichen Verfassung im Mai 1934 wurde am 27. April 1934 durch eine Verordnung der Regierung das komplette Vermögen der Freien Gewerkschaften auf die Einheitsgewerkschaft übertragen. Dies bedeutete aber nicht zwingend, dass der Gewerkschaftsbund das Geld der ehemaligen Freien Gewerkschaften auch wirklich erhielt. Ein Teil des Geldes wurde ins Ausland transferiert, damit der Ständestaat darauf keinen Zugriff hatte. Daneben bekam der Gewerkschaftsbund Geld durch direkte Beiträge seiner Mitglieder. Des Weiteren hob man den Paragraph 2 des Antiterrorgesetzes auf, was bedeutete, dass die Einhebung von Gewerkschaftsbeiträgen durch den Lohnabzug verboten wurde.⁸² Zwar waren die Einheitsgewerkschafter nicht besonders angetan von diesem Gesetzesbeschluss, dennoch beugten sie sich dem Entscheid der Regierung. Ebenfalls im Jahr

⁸² Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Bd. 2, 1151.

1934 beschloss man per Gesetz die Errichtung von Werksgemeinschaften. Mit 12. Juli 1934 trat diese Verordnung in Kraft. Dabei wurden an Stelle der damaligen Betriebsräte so genannte Vertrauensmänner gesetzt. Diese wurden in einer geheimen Wahl in den Betrieben gewählt und übten dieses Amt zwei Jahre lang aus. Personen, die man als staatsfeindlich einstufte, konnten zur Wahl nicht antreten.

In Betrieben, die mindestens 5 Arbeiternehmer hatten, musste jeweils ein Vertrauensmann gewählt werden, wobei maximal 10 Vertrauensmänner pro Betrieb zulässig waren.⁸³ In den Unternehmen, die mehr als zwanzig Arbeiter oder Angestellte beschäftigten, bildeten die Vertrauensmänner gemeinsam mit dem Unternehmer die so genannte Werksgemeinschaft.⁸⁴ Faktisch mussten die Vertrauensmänner die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer vertreten und gemeinsam mit dem Arbeitgeber verhandeln. In der Praxis sah die Sache jedoch anders aus. So konnte der Unternehmer ohne weiters bei den gemeinsamen Sitzungen Einspruch erheben. Damit stand die Werksgemeinschaft stets in einer gewissen Abhängigkeit zu ihrem jeweiligen Chef. Außerdem war der Machtbereich der Vertrauenspersonen sehr gering und das Einspruchsrecht betreffend Entlassungen von Arbeitern stark eingeschränkt. Alles in allem waren die Vertrauensmänner Marionetten der jeweiligen Unternehmer und diesen untragbaren Umstand registrierten und kritisierten mit der Zeit sogar einige christliche Gewerkschafter.⁸⁵ Nichtsdestotrotz kam es durch die Vertrauensmännerwahl 1936 zu Infiltrierung der Werksgemeinschaften durch illegale Gewerkschafter.

Am 12. Dezember 1935 wurde in Wien die erste Hauptversammlung des Gewerkschaftsbundes abgehalten, in der man Stellung gegenüber dem rechten Flügel der Vaterländischen Front bezog.⁸⁶ Es gab nach wie vor große Meinungsdivergenzen zwischen der Heimwehr und der Einheitsgewerkschaft. Des Weiteren waren auch einige Unternehmer und Vertreter der Wirtschaft, welche sich durch den Austrofaschismus einen gewerkschaftslosen Staat wünschten, enttäuscht und versuchten die EG zu bedrohen und zu schikanieren. Umgekehrt attackierte Staud und Kunschak immer wieder den Sozialminister Neustädter - Stürmer. Mit dem Rücktritt Neustädters im Oktober 1935 verbesserte sich ein wenig die Beziehung zwischen Regierungsgewerkschaft und dem Ministerium für Soziales. Die

⁸³ Göhring, *Pellar*, Anpassung und Widerstand, 131.

⁸⁴ Pelinka, *Stand oder Klasse?*, 112.

⁸⁵ Franz Lifka, *Wo halten wir im ständischen Aufbau?*. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 3 (15. Jänner 1938) 1f.

⁸⁶ Klenner, *Die österreichischen Gewerkschaften*. Bd. 2 (Wien 1953) 1169f.

christlichen Gewerkschafter waren froh, dass Neustädter von diesem Posten abgezogen worden war. Dies lässt sich auch anhand von Zeitungsartikeln deutlich belegen:

„Die Abschaltung des Ministers Neustädter - Stürmer wird hingegen von allen Arbeitern und Angestellten, nicht zuletzt von den Angehörigen der christlichen Gewerkschaften mit Genugtuung begrüßt.Seine unzulängliche Eignung zum Amte eines Sozialministers war überdies noch gepaart mit einer ganz ungezügelten Neigung zur Rechthaberei und Machtdünkel.“⁸⁷

Der Nachfolger im Sozialministerium wurde Josef Dobretsberger, der Staud und seiner Gewerkschaft mehr Freiraum ließ. So genehmigte er im März 1936 eine Änderung der Satzung der EG.⁸⁸ Man sollte diese Gesetzesänderung aber keinesfalls überschätzen. Zwar wurde der Gewerkschaftsbund etwas unabhängiger vom Ministerium für Soziales, aber dennoch blieb das autoritäre Prinzip vorhanden (z.B.: Ernennung der Spitzenfunktionäre durch den Minister). Ein zweiter Schritt war die Aufhebung des Aufsichtskommissars. Somit hatten die Vorstandsmitglieder der Einheitsgewerkschaft wesentlich mehr Spielraum. Trotzdem standen sie nach wie vor in einer direkten Abhängigkeit zur Regierung. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger wehrte sich Dobretsberger nicht, die EG als eine langfristige Gewerkschaft in das ständestaatliche System zu integrieren und nicht bloß als eine Art Übergangslösung zu sehen.

„Es gibt viele, die meinen, daß der Gewerkschaftsbund im Ständestaat keinen Platz hätte. Ich selbst bin der Überzeugung, daß es ein absoluter falscher Gedanke ist. Auch im Ständestaat muss es eine geschlossene Arbeiterschaft geben, weil sonst die Arbeiterschaft, die an sich immer der schwächere Teil war, vollständig unterdrückt und in den Hintergrund gedrängt würde.“⁸⁹

Außerdem wurden in Folge dieser „Reformen“ die Arbeiterkammer, welche bereits 1934 kommissarisch geordnet wurde und der Gewerkschaftsbund zusammengelegt. *„Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammern wurden zu einem einheitlichen mächtigen Körper einer wirtschaftlichen und sozialen Arbeitervertretung verbunden. Die Mächtigkeit dieses*

⁸⁷ Eine neue Regierung. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 43 (26. Oktober 1935) 1.

⁸⁸ Anton Pelinka, Stand oder Klasse?, 101.

⁸⁹ Minister Dobretsberger in Eisenstadt. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 13 (28. März 1936) 5ff.

*Körpers war freilich ausgehöhlt durch die völlige Abhängigkeit von der Regierung, eine Abhängigkeit, die wiederum die völlige Einheit von Kammern und GB garantierte.*⁹⁰

Zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember 1936 fand in Österreich die bereits erwähnte Vertrauensmännerwahl statt. Die Wahl war jedoch entscheidenden Bedingungen unterworfen. So war das Wahlrecht an die Bedingung zur Mitgliedschaft in der Einheitsgewerkschaft geknüpft. Weiters musste dem jeweiligen Landesführer der Vaterländischen Front die Kandidatenliste vorgelegt werden und dieser konnte darauf noch erheblichen Einfluss ausüben. Dabei war der Landesführer berechtigt, Personen von der Liste zu streichen, die als regierungsfeindlich eingestuft wurden oder vorbestraft waren. Das einzige „*Demokratie Experiment*“⁹¹ im Austrofaschismus, wie es Anton Pelinka nennt, war ebenfalls gewissen Einschränkungen unterworfen. Trotzdem beteiligten sich die illegalen Gewerkschafter an der Wahl und unterstützten jeweils die Vertrauensmänner, welche ihrer freigewerkschaftlichen Gesinnung treu blieben. Sowohl die EG als auch die illegale Gewerkschaft verbuchten die Wahl als ihren Sieg. Die eindeutigen Verlierer der Vertrauensmännerwahl waren die unabhängigen Gewerkschafter, deren Einfluss im Gewerkschaftsbund weiter zurückging. Dieser Umstand war Staud äußerst willkommen. Alles in allem „*förderten die Wahl 1936 eine gewisse Linksentwicklung innerhalb der GB.*“⁹²

Bei der zweiten Hauptversammlung des Gewerkschaftsbundes zu Jahresende 1936 in Salzburg wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass man den fremden Einfluss gewisser Vertrauensmänner eindämmen müsse.⁹³ Es kam zu einigen Maßnahmen (Schulung der Vertrauensmänner), die aber wenig Erfolg brachten. Staud setzte aber auch ganz bewusst ehemalige freie Gewerkschafter in gewissen Funktionen der GB ein, um sich gegen die Unabhängigen Gewerkschaften und den Nationalsozialisten besser wehren zu können, die eine gewisse Annäherung erkennen ließen. So entließ Staud den Obmann der Metallgewerkschaft Znidaric von den Unabhängigen Gewerkschaften, dem man eine nationalsozialistische Gesinnung nachsagte und ersetzte ihn später durch Schreidl, einen ehemaligen freien Gewerkschafter.⁹⁴ Die illegalen Gewerkschaften kritisierten dabei immer wieder die Einheitsgewerkschaft dahingehend, dass in ihren Reihen Nationalsozialisten beheimatet sind

⁹⁰ Pelinka, Stand oder Klasse?, 102.

⁹¹ Pelinka, Stand oder Klasse?, 112.

⁹² Pelinka, Stand oder Klasse?, 113.

⁹³ Pelinka, Stand oder Klasse?, 113.

⁹⁴ Grundsätzliches zur neuen Arbeiterpolitik. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 21 (22. Mai 1937) 1.

und schlachtete diese Thematik propagandistisch zu ihren Gunsten aus.⁹⁵ Des Weiteren veranlasste der Präsident der EG, dass der dem freigewerkschaftlichen Lager nahe stehenden GB- Funktionär Glück zum geschäftsführenden Obmann der Bauarbeitergewerkschaft ernannt wurde.⁹⁶ Eine andere Personalpolitik betraf den ehemaligen freien Gewerkschafter Watzek, der zum Staatssekretär für Arbeiterschutz ernannt wurde.

Staud grenzte sich bewusst gegen die Rechtsopposition ab. Es kam zu einer merklichen links Verschiebung innerhalb der Einheitsgewerkschaft, wobei die christlichen Gewerkschafter stets die Oberhand behielten und tonangebend blieben. Schritt für Schritt wurden die heimwehnnahen unabhängigen Gewerkschafter aus dem Gewerkschaftsbund entfernt, wie zum Beispiel Znidaric oder ins politische Abseits gestellt, wie Lengauer.

Während Dollfuß und Schuschnigg die Frage nach dem möglichen provisorischen Bestehen der Einheitsgewerkschaft offen ließen, verkündete der Autor der Maiverfassung von 1934 Otto Ender am 1. Mai 1937 per Rundfunk die Wichtigkeit und das positive Bestehen der EG.⁹⁷ Der Bundeskanzler schloss sich dieser Meinung am 20. November 1937 bei der Hauptversammlung des Gewerkschaftsbundes an.⁹⁸ Erst 1937 konnte der Gewerkschaftsbund also endgültig seine Position im Ständestaat offiziell festigen. Kurz darauf fand die dritte Hauptversammlung des Gewerkschaftsbundes in Wien statt, bei der einzelne Bereiche bezüglich der Feiertagsarbeit und Lohnauszahlung diskutiert wurden.

Bereits vor dem Berchtesgadener Abkommen vom 12. Februar 1938 wies die Einheitsgewerkschaft darauf hin, dass die Unabhängigkeit Österreichs gewahrt werden müsse und man gegebenenfalls diese auch verteidige.⁹⁹ Dies führte zu einer Aussprache zwischen Vertretern der illegalen Arbeiterorganisationen, der Sozialen Arbeitsgemeinschaft und der Einheitsgewerkschaft - natürlich unter zuvor genehmigter Absprache mit Schuschnigg. Ein Großteil der Arbeiterschaft Österreichs war gewillt das Land zu verteidigen, jedoch mussten gewisse Bedingungen erfüllt werden. Alle illegalen Arbeiterorganisationen verlangten politische Freiheit, das legale Publizieren von Zeitungen und die Wiederherstellung der Sozialgesetze von 1934.¹⁰⁰ Darüber wurde lange verhandelt, wobei besonders die christlichen

⁹⁵ Otto Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund (Wien 1963) 103f.

⁹⁶ Pelinka, Stand oder Klasse?, 115.

⁹⁷ Ein siegreicher Standpunkt. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 20 (15. Mai 1937) 5.

⁹⁸ Pelinka, Stand oder Klasse?, 108.

⁹⁹ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Bd. 2, 1178f.

¹⁰⁰ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Bd. 2, 1182.

Gewerkschafter fürchteten, ihre Machtposition wieder zu verlieren. Man kam zu dem Ergebnis, dass die SAG zu einer freien politischen Organisation der Arbeiter umfunktioniert werde. Staud verkündete in einer Rundfunkansprache am 10. März 1938, dass Wahlen des Gewerkschaftsbundes im April stattfinden.¹⁰¹ Am Tag darauf wurde über einen Teil der Themen eine Einigung erzielt und die Details sollten in den kommenden Wochen noch genauer in Angriff genommen werden. Dazu kam es aber nicht mehr. Am 12. März 1938 erfolgte der Einmarsch der Nationalsozialisten in Österreich und somit das Ende des Ständestaats und der damit verbundenen Einheitsgewerkschaft.

Bevor auf die Organisation und Struktur der Einheitsgewerkschaft eingegangen wird, muss noch eine kurze Beschreibung der Sozialen Arbeitsgemeinschaft (SAG) erfolgen. Die Soziale Arbeitsgemeinschaft (SAG) war in die Einheitsgewerkschaft nicht integriert. Sie stellte eine eigenständige Organisation dar. Trotzdem soll sie kurz behandelt werden, da sie für die weitere Thematik der Arbeit durchaus wichtig erscheint. Zum einen war die SAG von christlichen Gewerkschaftern durchsetzt und zum anderen infiltrierten mit der Zeit einige illegale Gewerkschafter die Organisation.

Am 31. März 1935 wurde die SAG gegründet und war eigentlich bis zum Ableben des Ständestaates eine unvollkommene Organisation, deren Zweck und Ziele nie wirklich definiert wurden. Sie war ein Projekt der Vaterländischen Front und wurde von dem damaligen Bundesführer der VF Starhemberg per Befehl ins Leben gerufen.¹⁰² Bundesleiter dieser neuen Arbeiterorganisation wurde Hans Großbauer. Trotz der Gründung durch Starhemberg war die SAG von sehr vielen christlichen Gewerkschaftern geprägt, die der Gemeinschaft ihren Stempel aufdrückten. Dadurch gab es dementsprechend wenig Konflikte zwischen dem Gewerkschaftsbund und der SAG, da bei beiden Organisationen christliche Gewerkschafter an der Spitze standen.

Grundsätzlich sollte ihr eine ähnliche Funktion zukommen wie dem Gewerkschaftsbund und zwar als eine Art Auffangnetz für Arbeiter, um diese dann im Sinne des Regimes zu bekehren. Des Weiteren sollte die SAG als politisches Podium für die Arbeiter dienen. Während die EG die wirtschaftlichen Interessen vertrat, nahm die SAG die politischen Belange der Arbeiter wahr. Die SAG wurde geschaffen als ein „*Träger des besonderen Willens zur Mitarbeit am*

¹⁰¹ Otto Leichter, Der Versuch einer berufsständischen Gewerkschaft. In: International Review of Social History IV. (Leiden 1939) 355.

¹⁰² Pelinka, Stand oder Klasse?, 119.

*neuen Staat.*¹⁰³ In der Realität war die Soziale Arbeitsgemeinschaft für alle Arbeiter da, welche nicht der illegalen Opposition angehörten. Die SAG war durch ihren lockeren Zusammenschluss und wegen ihrer ungenauen Definition geradezu prädestiniert für Unterwanderung seitens der illegalen Gewerkschaften. Die Spitzenfunktionäre der SAG kamen weiterhin aus den Reihen der Christlichen Gewerkschaften, jedoch drangen an der Basis einige illegale Gewerkschafter ein. Besonders im Jahr 1937/38 wurde die SAG als ein Art Verbindungsglied zwischen der illegalen Gewerkschaft und der Einheitsgewerkschaft genutzt.

Die christlichen Gewerkschafter versäumten es, die SAG für sich zu nutzen und den illegalen Gewerkschaftern damit eine politische Plattform zu bieten. Sie verharrten stets treu zum vorherrschenden System und wollten die Linksoption eher neutralisieren, als einbeziehen. Des Weiteren hatte die christlichen Gewerkschafter auch Angst, dass durch die demokratische Öffnung der Organisation die ehemaligen freien Gewerkschafter die Oberhand in der SAG bekommen würden.

Somit war die SAG zu einem wenig beachteten Leben im ständestaatlichen System verdammt. *„Die konkrete Interessenlage der christlichen Arbeiterbewegung ließ eine effektive Mobilisierung der SAG nicht zu, eine Mobilisierung, die zur Emanzipation der SAG von der christlichen Arbeiterbewegung und damit vom System hätte führen müssen.“*¹⁰⁴

¹⁰³ Brendel, Berufsstand und Sozialstand. In: „Neue Ordnung“ (1936) 79.

¹⁰⁴ Pelinka, Stand oder Klasse?, 126f.

3.3.) Organisation und Struktur:

Der Vorstand der Einheitsgewerkschaft setzte sich aus zwölf Personen zusammen: Präsident, Vizepräsident, die Vorsitzenden der fünf Dachverbände und deren Stellvertreter. In jedem Dachverband wurde jeweils eine Fraktion für Arbeiter und eine für Angestellte geschaffen.¹⁰⁵ Insgesamt umfassten die fünf Dachverbände 33 Gewerkschaften.¹⁰⁶ Sieben Vorstandsmitglieder kamen aus den Christlichen Gewerkschaften (Ch), drei aus den Unabhängigen (U), einer von den Deutschnationalen (Dn) und einer war ein ehemaliger Funktionär der Freien Gewerkschaften (FG).¹⁰⁷ Somit setzte sich der Vorstand der EG aus folgenden zwölf Personen zusammen:

Präsident: Staud (Ch)

Vizepräsident: Lengauer (U)

Berufsverband für Industrie und Bergbau:

- Arbeiter: Lichtenegger (U) / Angestellte: Untermüller (U)

Berufsverband für das Gewerbe:

- Arbeiter: Waldsam (Ch) / Angestellte: Preyer (Ch)

Berufsverband für Handel und Verkehr:

- Arbeiter: Rechberger (Ch) / Angestellte: Vesely (Dn)

Berufsverband für das Geld-, Kredit- und Versicherungswesen:

- Arbeiter: Waschnigg (Ch) / Angestellte: Weinberger (Ch)

Berufsverband für die freien Berufe:

- Arbeiter: Troidl (Ch) / Angestellte: Palla (FG).¹⁰⁸

Wie sich schon aus der Tabelle gut ablesen lässt, wurde die Einheitsgewerkschaft von ehemaligen christlichen Gewerkschaftern dominiert. Mit der Zeit verloren auch die heimwehnahe unabhängigen Gewerkschafter an Einfluss im Gewerkschaftsbund, die im Jahr 1934 noch besonders stark im Bereich Industrie und Bergbau vertreten waren.¹⁰⁹

¹⁰⁵ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Bd. 2, 1149.

¹⁰⁶ Siehe dazu: Gregor Meidlinger, Auszug aus der Dissertation über die Gewerkschaftsfrage (Wien 1936) 22f.

¹⁰⁷ Pelinka, Stand oder Klasse?, 96.

¹⁰⁸ Pelinka, Stand oder Klasse?, 97.

¹⁰⁹ Die Unabhängigen Gewerkschaften hatten zum Beispiel großen Einfluss bei der Alpine Montangesellschaft. Dies hing zum Teil mit der engen Verknüpfung zwischen Unternehmern und den Unabhängigen Gewerkschaften zusammen.

Die zwei Gruppen „Land- und Forstwirtschaft“ und „Öffentlicher Dienst“ wurden vom GB nicht erfasst. Dafür wurden per Gesetz eigene Berufsstände erschaffen.¹¹⁰ Die Einheitsgewerkschaft trat in alle bestehenden Kollektivverträge ein, welche unter ihrem Zulassungsbereich fielen. *„Der Gewerkschaftsbund hatte den Charakter einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung.“*¹¹¹. Weiters übernahm die EG Bereiche der Arbeiterkammer, wie zum Beispiel das Kontrollieren von Gesetzen. Bezüglich des Streikrechts gab es unter der EG keine großen Änderungen. Durch die Notverordnung der Regierung blieben politische Streiks und Arbeitsniederlegungen in lebenswichtigen und staatlichen Betrieben verboten. Daran rüttelten auch die christlichen Gewerkschafter nicht.

Der genaue Arbeitsbereich und Zweck der Einheitsgewerkschaft wurde am 12. Dezember 1934 im Bundesgesetzblatt verlautbart.¹¹² Es soll hier nur ein kleiner zusammengefasster Ausschnitt aus Fritz Klenners Werk *„Die österreichischen Gewerkschaften“* erfolgen, in dem die wichtigsten Arbeitsbereiche der EG zusammengefasst sind.

1. *„Kollektivverträge nach Maßgabe der geltenden Vorschriften abzuschließen,*
2. *das einigungsamtliche Verfahren zur Schlichtung von Gesamtstreitigkeiten einzuleiten,*
3. *den zuständigen Behörden und Körperschaften in allen Angelegenheiten, die für das Interesse der Arbeiter und Angestellten von Bedeutung waren, Berichte, Gutachten und Vorschläge zu erstatten,*
4. *wirtschaftliche und soziale Einrichtungen für die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes und ihre Familien zu schaffen und zu verwalten oder an der Schaffung und Verwaltung solcher Einrichtungen mitzuwirken,*
5. *Einrichtungen zur beruflichen Ausbildung sowie zur geistigen und körperlichen Ertüchtigung der Mitglieder zu schaffen und zu verwalten.“*¹¹³

Theoretisch wurde man nicht zum Beitritt in die EG gezwungen, sondern man musste aufgenommen werden. Die Aufnahme durch den Vorstand konnte unter gewissen

¹¹⁰ „Mit einem am 19. Oktober 1934 erlassenen Gesetz wurde der Berufsstand „Öffentlicher Dienst“ geschaffen, mit einem am 10. Juli 1935 erlassenen Gesetz der Berufsstand „Land- und Forstwirtschaft.“
Zit.: Pelinka, Stand oder Klasse?, 103.

¹¹¹ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Bd. 2, 1150.

¹¹² Siehe dazu: Bundesgesetzblatt für den Staat Österreich, Verordnung 394. Stück 126 (12. Dezember 1934).
Online unter
<<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?apm=0&aid=bgl&datum=19340004&seite=00000903&zoom=2>>
(20.06.2011).

¹¹³ Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Bd. 2, 1154.

Voraussetzungen abgelehnt werden.¹¹⁴ In der Praxis war es Gang und Gebe, dass einige Arbeiter in die Einheitsgewerkschaft gezwungen wurden. Unternehmern drohte man mit dem Streichen von Aufträgen, falls die Arbeitnehmer dem Gewerkschaftsbund nicht beitraten. Des Weiteren wurde auch von der EG und der Regierung selbst der Druck auf die Arbeiterschaft erhöht. Diesem beidseitigen Druck beugten sich mit der Zeit immer mehr Arbeiter. Dies lässt sich auch anhand der Mitgliederzahlen der Einheitsgewerkschaft belegen. Die Mitgliedschaft in der EG bedeutete nicht zwingend eine Mitgliedschaft bei der Vaterländischen Front.

Mitglieder der EG von 1934- 1937 ¹¹⁵	
• 30. Juni 1934.....	147.636
• 30. Juni 1935.....	316.102
• 31. Dezember 1935.....	337.076
• 30. Juni 1936.....	353.595
• 31. Dezember 1936.....	368.078
• 30. Juni 1937.....	397.207
• 31. August 1937.....	401.413

Für Anton Pelinka gab es für den stetigen Zuwachs der EG zwei Gründe. Einerseits konnte der Gewerkschaftsbund unter den ehemaligen freien Gewerkschaftern durch unterschiedliche Maßnahmen große Zugewinne verzeichnen. Andererseits änderten die illegalen Gewerkschaften im Laufe der Zeit teilweise ihre anfangs ablehnende Haltung gegenüber der EG und infiltrierten den Gewerkschaftsbund.¹¹⁶

Es steht aber meines Erachtens keinem zu, eine Wertung abzugeben, ob auf der einen Seite die Einheitsgewerkschaft durch das ständige Anwachsen der Mitgliederzahlen ein Erfolgsmodell

¹¹⁴ „Aufnahme wurde verweigert, wenn

1. der Aufnahmebewerber wegen eines Verbrechens oder wegen eines aus Gewinnsucht oder gegen die öffentlichen Sittlichkeit begangenen Vergehens oder wegen einer solchen Übertretung gerichtlich bestraft wurde, ohne daß die Rechtsfolgen durch Zeitablauf erloschen waren oder die Verurteilung bedingt war;
2. der Aufnahmebewerber wegen staats- oder regierungsfeindlicher Betätigung zu einer Verwaltungsstrafe verurteilt worden war;
3. der begründete Verdacht bestand, daß der Aufnahmebewerber seine Mitgliedschaft beim Gewerkschaftsbund zu klassenkämpferischer oder parteipolitischer Agitation innerhalb des Gewerkschaftsbundes mißbrauchen könnte.“

Zitiert aus: Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften. Bd. 2, 1154.

¹¹⁵ Pelinka, Stand oder Klasse?, 105.

¹¹⁶ Pelinka, Stand oder Klasse?, 105.

für den Ständestaat war und auf der anderen Seite eine Niederlage für die illegalen Gewerkschaften bedeutete. Man muss dabei wesentlich differenzierter vorgehen. So sollte man bedenken, dass es natürlich auch freiwillige Beitritte zum Gewerkschaftsbund gab. Außerdem wurden nach und nach die EG auch von einigen illegalen Gewerkschaftern infiltriert und genutzt. Somit hatte die EG zumindest einen gewissen Wirkungsbereich und bot legale Möglichkeiten für den gewerkschaftlichen Kampf.

Das Verhältnis zwischen der Einheitsgewerkschaft und den illegalen Gewerkschaften.

4.1.) Herangehensweise:

Auf den folgenden Seiten wird versucht, durch zwei unterschiedliche Zugänge das Verhältnis zwischen der Einheitsgewerkschaft und den illegalen Gewerkschaften im Ständestaat darzustellen.

Zuerst erfolgt eine Skizzierung anhand von unterschiedlichen Medien. Sowohl bei der EG als auch bei den illegalen Gewerkschaften spielten die Zeitungen, sowie Flugblätter eine entscheidende Rolle, um die jeweilige Zielgruppe zu informieren und gegebenenfalls zu mobilisieren. Es soll in einem ersten Schritt das „Wesen“ der Zeitungen aufgezeigt werden, das bedeutet, dass auf die inhaltlichen Schwerpunkte der Zeitungen eingegangen wird. In einem zweiten Schritt wird Bezug genommen auf das gegenseitige gewerkschaftliche Verhältnis. Dieser Zugang wird auch deshalb gewählt, weil die unterschiedlichen Zeitungen zum Teil einen großen Einfluss auf die Arbeiterschaft hatten. Die genaue Anzahl der Leser der jeweiligen Pressen spielt dabei keine Rolle, da es in erster Linie um den Inhalt der Zeitungen geht. Außerdem lässt sich durch genauere Betrachtung der Medien die jeweilige Stimmung der verschiedenen Gewerkschaften sehr gut erkennen. Natürlich muss man die einzelnen Artikel mit einer gewissen Skepsis betrachten, denn auf beiden Seiten wurden Zeitungen zu propagandistischen Zwecken genutzt. Dementsprechend radikal fallen bestimmte einzelne Zeitungsartikel aus.

Es geht in der folgenden Arbeit keinesfalls darum, welches gewerkschaftliche Blatt nun die vermeintliche „Wahrheit“ schrieb - etwas plakativ formuliert - sondern es soll einfach anhand bestimmter Zeitungen das gegenseitige Verhältnis der Gewerkschaften aufgezeigt werden. Natürlich kann weder auf alle Zeitungen noch auf alle Artikel eingegangen werden, da dies den Rahmen der Arbeit bei Weitem sprengen würde. Dennoch soll durch ausgewählte Fallbeispiele ein guter Überblick über das Verhältnis zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften erfolgen.

Danach wird der Versuch unternommen, direkte Verhandlungen zwischen der Einheitsgewerkschaft und den illegalen Gewerkschaften zu analysieren, soweit diese überhaupt stattgefunden haben. Es soll auch dieser zweite Zugang gelegt werden, damit man einen differenzierteren Blick auf das gewerkschaftliche Verhältnis im Ständestaat erhält. Nur die Analyse der gewerkschaftlichen Medien würde ein zu einseitiges Ergebnis liefern, dass der Geschichte der Gewerkschaften im Austrofaschismus keinesfalls gerecht werden könnte. Natürlich kann nicht auf alle Kontakte, welche möglicherweise zwischen den einzelnen Mitgliedern der EG und der illegalen Gewerkschaften stattgefunden haben, eingegangen werden. Dies würde den Rahmen der Arbeit bei weitem sprengen. Daher erfolgt eine Konzentrierung auf die Spitzenfunktionäre der beiden Gewerkschaften. Zuerst kommt es in der Arbeit aber zur Analyse der unterschiedlichen gewerkschaftlichen Medien.

4.2.) Zeitungen und Flugblätter der illegalen Gewerkschaften:

Zur Analyse des gewerkschaftlichen Verhältnisses werden folgende Pressen herangezogen: Die Zeitung des Siebenerkomitees „Wochenschau“, welche später in „Der Strom“ umbenannt wurde, „Der Freie Arbeiter“ der Wiederaufbaukommission und „Der Freie Angestellte“ der FRAGÖ (Freie Angestelltengewerkschaft Österreichs). Des Weiteren werden die Zeitungen der gemeinsamen Illegalen Bundesleitung der Freien Gewerkschaften Österreichs „Der Vertrauensmann“ und „Die Gewerkschaft“ analysiert. Pro Zeitung erfolgen ein paar Artikelauszüge, anhand derer das gewerkschaftliche Verhältnis bestmöglich dargestellt werden soll. Ergänzend zur Betrachtung einzelner Presseartikel fließen auch einige Flugblätterzitate der illegalen Gewerkschaften in die Arbeit ein. Alle Flugblätter sowie Zeitungen wurden in dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) in Wien eingesehen.

Die „Wochenschau“, welche im Laufe der Zeit in „Der Strom“ umbenannt wurde, war das Blatt des sozialdemokratischen Siebenerkomitees. Im Gegensatz zu den anderen Zeitungen, die in der Arbeit noch behandelt werden, war „Der Strom“ 1934 noch nicht verboten. Erst am 1. Jänner 1935 musste auf Beschluss der Regierung das Publizieren der Zeitung eingestellt werden. Grundsätzlich kann man festhalten, dass die Zeitung vergleichsweise neutral und gemäßigt schrieb. Direkte Kritik an der EG oder an dem vorherrschenden System kam sehr selten vor. Dies ergab sich aber aus der logischen Konsequenz des noch legalen Publizierens. Die sozialdemokratische Zeitung konnte nicht ohne weiters den Gewerkschaftsbund offen bloßstellen, da die Presse möglicherweise sofort verboten worden wäre. Außerdem bekommt man den Eindruck, dass das gewerkschaftliche Blatt dem beschwichtigenden und zurückhaltenden Kurs des Siebenerkomitees folgte. Auffallend ist, dass nur äußerst selten auf die EG Bezug genommen wurde. Hie und da kam es in gewissen Artikeln zu kleinen versteckten Seitenhieben auf die staatlichen Organisationen.

*„Der Gewerkschaftsbund hat beschlossen, die Frist zum Uebertritt bis zum 30. Juni zu verlängern, da die Vertreter aus den Bundesländern darauf hingewiesen haben, daß die Zeit zur kurz war, um den Mitgliedern der aufgelösten freien Gewerkschaften, die in **entlegenen** Gebirgsdörfern wohnen, den rechtzeitigen Uebertritt zu ermöglichen.“¹¹⁷*

¹¹⁷ Der Gewerkschaftsbund. In: „Wochenschau“ Nr.1 (2. Juni 1934) 10.

Der Sarkasmus dieses Artikels war für einen halbwegs politisch interessierten Menschen durchaus verständlich und nachvollziehbar. Eine kleine Randnotiz soll noch schnell vermerkt werden und zwar wurde das Wort „entlegenen“ in der Märzausgabe der „Wochenschau“ wirklich dicker geschrieben, um so noch besser hervorstechen. Zumeist blieben aber derartige untergründige Botschaften eine Seltenheit in der Zeitung. „Der Strom“ versuchte die Arbeiterschaft zu informieren und nützliche Tipps zu geben, so zum Beispiel in der Kolumne „Das Recht der Arbeitslosen“, die in jeder Ausgabe erschien. Darin wurde genauestens beschrieben, wie und ab wann man Arbeitslosengeld beantragen konnte.¹¹⁸ Sobald neue Gesetze oder Bestimmungen für die Arbeitslosen und Arbeiter erlassen wurden, publizierte das Blatt diese mit anhängenden Erklärungen. (z.B.: „*Neue gesetzliche Richtlinien in Kärnten*“¹¹⁹ / „*Allgemeiner Arbeiterschutz*“¹²⁰). „Der Strom“ versuchte in dem legalen Bereich, der ihm blieb, seine Leserschaft bestmöglich zu informieren. Laut Otto Leichter erfreute sich das Blatt großer Beliebtheit bei den österreichischen Arbeitern.¹²¹

Das Blatt des Siebenerkomitees berichtete aber wenig über die Einheitsgewerkschaft, sie übte eher schärfste Kritik an alltäglichen politischen Themen. So bezog die Zeitung zum Beispiel vehement Stellung auf vorgesehene Lohnkürzungen der Arbeiter in den Artikeln „*Lohnkürzungen schädigen die Wirtschaft*“¹²² und „*Schluß mit den Lohnsenkungen!*“¹²³. Der inhaltliche Rahmen der kritischen Artikel war aber größtenteils immer sehr allgemein abgesteckt. Das System des Ständestaates selbst fand darin sehr selten direkte negative Erwähnung. Zumeist kritisierte die Zeitung den Faschismus, natürlich mit Hauptaugenmerk auf Deutschland.

*„Der Faschismus, insbesondere der deutsche, hat auf allen Gebieten versagt. Er war in keinem Lande fähig, die Wirtschaftskrise zu verhindern oder erfolgreich zu bekämpfen - er hat in der Weltpolitik nur zerstört, was andere in jahrelanger Arbeit vorher mühsam aufgebaut hatten -, er hat schließlich auch in bezug auf die öffentliche „Moral“ vollständig versagt.“*¹²⁴

¹¹⁸ Das Recht der Arbeitslosen. In: „Wochenschau“ Nr.2 (9. Juni 1934) 7.

¹¹⁹ Das Recht der Arbeitslosen. In: „Wochenschau“ Nr.3 (16. Juni 1934) 3.

¹²⁰ Arbeiterschaft und Arbeiterschutz. In: „Wochenschau“ Nr.3 (4. August 1934) 1.

¹²¹ Otto Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund (Wien 1963) 26.

¹²² Lohnkürzungen schädigen die Wirtschaft. In: „Wochenschau“ Nr.2 (9. Juni 1934) 1.

¹²³ Schluß mit den Lohnsenkungen!. In: „Wochenschau“ Nr.7 (14. Juli 1934) 1.

¹²⁴ Bankrott der faschistischen Idee. In: „Wochenschau“ Nr.8 (21. Juli 1934) 1.

Oftmals wurden solcherlei Kommentare von sehr eindrücklichen Zeichnungen begleitet, die kein gutes Haar an Faschisten und Kapitalisten ließen. Die Arbeiterschaft wurde in den Karikaturen des Öfteren als arm und leidend dargestellt, die von den „reichen Kapitalisten des Staates“ ausgebeutet wurden. Gerade in den Karikaturen spiegelte sich eine gewisse Protestform gegen das ständestaatliche System wieder, zwar etwas indirekt, dennoch sehr wirksam. Schriftliche Kritik wurde zumeist in einer vorsichtigen Art und Weise geübt - sozusagen „hinter Wörter versteckend“. Die Kritik an der Einheitsgewerkschaft blieb aber aus. Manchmal gab es einige kurze Artikel, die jedoch eher kommentierend, denn kritisierend zu werten sind. „Der Strom“ versuchte sicherlich, so gut er konnte, sein ganzes Potenzial zum Wohle der Arbeiter auszuschöpfen, jedoch waren die journalistischen Grenzen durch die politische Situation äußerst eng abgesteckt.

Im Gegensatz zur „Wochenschau“ und dem „Strom“ war das Blatt der kommunistischen Wiederaufbaukommission „Der Freie Arbeiter“ schon verboten und musste im Untergrund publiziert und vertrieben werden. Dementsprechend kleiner und einfacher war das Blatt gegenüber seinem sozialdemokratischen Pendant gestaltet. Grundsätzlich erschien die Zeitung monatlich. Natürlich standen der Besitz, sowie die Weitergabe dieser Zeitung unter Strafe. Die Wortwahl und Kampfansagen waren im „Freien Arbeiter“ radikaler als beim „Strom“. Dies hing klarerweise mit der Tatsache zusammen, dass man bereits illegal publizierte und sich somit kein Blatt vor den Mund nehmen musste. Bereits in der ersten Ausgabe vom März 1934, berichtete die Zeitung in hetzerischem Stil über die Einheitsgewerkschaft.

„Die sogenannte „Einheitsgewerkschaft“ ist eine Gewerkschaft der faschistischen Regierung und der blutsaugerischen Kapitalisten, eine Gewerkschaft, die nicht den Interessen der Arbeiter dient, sondern der Regierung und den Unternehmern zur Steigerung der Ausplünderung der Arbeitermassen im Interesse des faschistisch-monarchistischen „Vaterlandes“.“¹²⁵

Der sehr eindrücklichen Beschreibung folgte eine Kampfansage:

„Entfacht eine Massenagitation gegen den Eintritt und kämpft gegen die zwangsweise Eingliederung in die christlichen und Heimwehrgewerkschaften und die von der Mörderregierung geschaffene „Einheitsgewerkschaft“! Jeder, der diesen

¹²⁵ Henkerregierung Dollfuß= Fey hat die freien Gewerkschaften aufgelöst!. In: „Der Freie Arbeiter“ Nr.1 (März 1934) 2.

faschistischen Organisationen beitrifft, hilft nur der faschistischen Regierung bei der Überwindung der Schwierigkeiten, die innen- und außenpolitisch vor ihr auftauchen, hilft den Arbeitermördern und schadet der Arbeiterklasse!“¹²⁶

Obwohl die WAK in der Illegalität des Austrofaschismus eher eine Politik des Infiltrierens verfolgte und praktizierte, hatte auch sie anfangs den totalen Boykott des Gewerkschaftsbundes gefordert. Erst im Laufe der Zeit änderten sich die Widerstandsformen der WAK. Von Interesse ist der Umstand, dass „Der Freie Arbeiter“ sehr wohl Stellung bezog auf die EG und dies in einer radikalen Weise praktizierte. Angesichts der politischen Situation, wie dem Verbot aller Arbeiterorganisationen durch Dollfuß, waren die Kampfansagen des kommunistischen Blattes durchaus logische Konsequenz. Die totale Ablehnung gegenüber der Einheitsgewerkschaft lässt sich auch noch an einigen anderen Passagen der Zeitung festmachen.

„Die neue österreichische Bewegung ist keine von den Arbeitern gebildete und geleitete Organisation, sondern ein Staatsdienst, vom Staate begründet und beherrscht. Sie ist eine Verneinung des Koalitionsrechtes, ein Ausnahmezustand für die Arbeiter. Christliche Kollegen! Verhindert die Überführung Eurer Verbände in die faschistischen Dollfußgewerkschaften!“¹²⁷

„Der Freie Arbeiter“ publizierte äußerst kämpferische Artikel und schreckte auch nicht davor zurück, die EG direkt anzugreifen und die Regierungsgewerkschaft zu kritisieren. Immer wieder bezog sich die kommunistische Presse negativ auf den Gewerkschaftsbund, so zum Beispiel in dem Artikel *„Die Pleite- Einheitsgewerkschaft in der Steiermark.“¹²⁸* Die Zeitung forderte mit aller Vehemenz die Arbeiter auf, Widerstand zu leisten. Dies lässt sich anhand von unterschiedlichen Artikeln beweisen, wie *„Steigert den Widerstand!“¹²⁹* oder *„Die Kampfeinheit schaffen.“¹³⁰*

¹²⁶ Henkerregierung Dollfuß= Fey hat die freien Gewerkschaften aufgelöst!. In: „Der Freie Arbeiter“ Nr.1 (März 1934) 2f.

¹²⁷ Christliches Urteil über Dollfußgewerkschaften. In: „Der Freie Arbeiter“ Nr.3 (Juli 1934) 3.

¹²⁸ Die Pleite- Einheitsgewerkschaft in der Steiermark. In: „Der Freie Arbeiter“ Nr.4 (August 1934) 3.

¹²⁹ Steigert den Widerstand!. In: „Der Freie Arbeiter“ Nr.3 (Juli 1934) 1.

¹³⁰ Die Kampfeinheit schaffen. In: „Der Freie Arbeiter“ Nr.4 (August 1934) 1.

Mit ähnlich scharfen und kritischen Worten publizierte das monatlich erscheinende Blatt „Der Freie Angestellte“ von der Freien Angestelltengewerkschaft Österreichs (FRAGÖ). Die Zeitung forderte seine Leser auf, Widerstand gegen den Gewerkschaftsbund zu leisten.

„Uns will man einreden, die Einheitsgewerkschaft sei das Ideal einer Gewerkschaft. Gebt die Parole weiter: Kein Angestellter in die Einheitsgewerkschaft! Kein Groschen den schwarzen und grünen Bonzen!“¹³¹

„Die Einheitsgewerkschaft ist keine Gewerkschaft! ... Jedes Mittel ist anzuwenden, das zu einer Niederringung dieser Zwischenorganisation beiträgt!“¹³²

In dem Blatt wurde besonders viel Wert gelegt, die EG als schwache, machtlose Gewerkschaft zu enttarnen und auf ihre Missetaten zu verweisen, wie zum Beispiel auf die Tatsache, dass der Gewerkschaftsbund *„enorme Summen gestohlenen Vermögens“¹³³* der ehemaligen Freien Gewerkschaften besaß und für eigene Zwecke verwendete. Die Presse der FRAGÖ beschrieb in dem Artikel *„Österreich: Der Terror der Einheitsgewerkschaft.“¹³⁴* äußerst detailliert die Vorgehensweise der GB. Dabei wurden in dem Text die Erpressungsmethoden der EG und die praktische Durchführung derselben erläutert. Des Weiteren informierte man die Zielgruppe über den so genannten *„Höhepunkt des Gesinnungsterrors“*, der sofortigen fristlosen Kündigung bei oppositioneller politischer Betätigung.

„Der Freie Angestellte“ berichtete, ähnlich wie „Der Freie Arbeiter“ der WAK, über gewerkschaftliche Missstände. Zugleich hielt die Zeitung seine Leserschaft über die neusten Untergrundentwicklungen am Laufenden. So wurde zum Beispiel die *„Prinzipienerklärung der Freien Angestelltengewerkschaft Österreichs“¹³⁵* in dem Blatt abgedruckt, mitsamt den proletarischen Kampfaufforderungen. Immer wieder wurden in der Erklärung die EG und das Regime auf das Schärfste kritisiert. Wo es nur ging, versuchte die FRAGÖ massive Fehler des Gewerkschaftsbundes aufzuzeigen.

„Der Gewerkschaftsbund ist aber nicht nur nicht in der Lage, neue Kollektivverträge abzuschließen, sondern er ist nicht einmal fähig, die gesetzlich verbürgte Fernwirkung

¹³¹ Aus der Einheitsgewerkschaft. In: „Der Freie Angestellte“ Nr. 2 (August 1934) 2.

¹³² Das wahre Gesicht der EG. In: „Der Freie Angestellte“ Nr. 12 (Oktober/ November 1935) 3.

¹³³ Der Pleitegeier über der Einheitsgewerkschaft. In: „Der Freie Angestellte“ Nr. 3 (September 1934) 2.

¹³⁴ Österreich: Der Terror der Einheitsgewerkschaft. In: „Der Freie Angestellte“ Nr. 5 (Dezember 1934) 2f.

¹³⁵ Prinzipienerklärung der Freien Angestelltengewerkschaft. In: „Der Freie Angestellte“ Nr. 6 (Februar 1935) 4f.

der noch von den Freien Gewerkschaften abgeschlossenen Kollektivverträge durchzusetzen. Dies gilt z.B. für die Bezahlung der Feiertage.“¹³⁶

Ähnlich wie die Wiederaufbaukommission, trat auch die FRAGÖ im Laufe der Zeit nicht mehr „nur“ für den bloßen passiven Boykott von staatlichen Organisationen ein, sondern forderte zur aktiven Teilnahme auf, um im freigewerkschaftlichen Sinne die EG zu benutzen und von innen her zu zersetzen.

„Die Einheitsgewerkschaft ist unser Gegner. Die Anwendung unserer Kampfmittel werden aber wir zu bestimmen haben. Diese Mittel werden sich unter Berücksichtigung der Erfordernisse des gesamten proletarischen Befreiungskampfes nach der jeweiligen Situation des Betriebes, der Branche zu richten haben. Unser Ziel bleibt unverrückbar- unsere Taktik muß dagegen elastisch sein.“¹³⁷

Das gewerkschaftliche Blatt verlangte sogar eine gewisse Infiltrierung illegaler Gewerkschafter in die Einheitsgewerkschaft, um den Gewerkschaftsbund für die Ziele der Illegalen zu verwenden. Somit bezog sich die Presse direkt auf ihre Leserschaft und forderte sie zum aktiven Widerstand gegen die EG auf.

„Dort, wo die Kollegen in der EG. sind, haben sie alle ihnen innerhalb der EG. gebotenen Möglichkeiten im Interesse der Durchsetzung unserer gegen die EG. gerichteten Forderungen und Ziele auszunützen. Die Vertreter der reinen Abstinenzpolitik wollen darin einen Verrat an den Interessen der Arbeiterschaft sehen.“¹³⁸

„Wir müssen und wir werden auch von legalen Positionen aus den Kampf gegen den Faschismus und seine Einrichtungen führen.“¹³⁹

Die Zeitung schreckte nicht vor Kritik am System sowie der EG zurück und prangerte öffentlich die Taten der Organisationen an. „Der Freie Arbeiter“ und „Der Freie Angestellte“ wiesen neben der Namensähnlichkeit viele Parallelen auf. Beide Zeitungen machten von einer

¹³⁶ Industrieangestellte. Der Gewerkschaftsbund entlarvt sich selbst. In: „Der Freie Angestellte“ Nr. 12 (Oktober/ November 1935) 5f.

¹³⁷ Wir und die Einheitsgewerkschaft. In: „Der Freie Angestellte“ Nr. 12 (Oktober/ November 1935) 5.

¹³⁸ „Der Freie Angestellte“ Nr. 2 (März / April 1936) 4.

¹³⁹ Wir und die Einheitsgewerkschaft. In: „Der Freie Angestellte“ Nr. 12 (Oktober/ November 1935) 4.

sehr kämpferischen Rhetorik Gebrauch. Sie versuchten die Arbeitnehmer einerseits zu informieren und in einem zweiten Schritt für die ehemaligen Freien Gewerkschaften zu mobilisieren.

Nachdem nun die Zeitungen der einzelnen illegalen Gewerkschaften unter die Lupe genommen wurden, folgt eine Analyse der beiden Pressen „Die Gewerkschaft“ und „Der Vertrauensmann“, welche aus der gemeinsamen Bundesleitung der Illegalen Freien Gewerkschaften Österreichs stammten. Beide Zeitungen mussten logischerweise in der Illegalität gedruckt werden. Dementsprechend eindeutige Worte fand „Der Vertrauensmann“ gegen die Einheitsgewerkschaft und das Regime. Die Zeitung sparte mit keiner Kritik und versuchte die EG- Vorstände und Mitglieder bloßzustellen.

„Die vom Regime ernannten und daher auch abhängigen Bonzen des Gewerkschaftsbundes haben in Wahrheit nichts zu reden, sie sind unfähig und meist auch gar nicht willens, unsere Interessen ernsthaft zu vertreten, sie haben auch nicht den Mut daraus die Konsequenzen zu ziehen - dazu hängen sie zu sehr an ihren Pfründen -, sie sind letzten Endes als Werkzeuge des autoritären Regimes nur dazu da, um alle von diesem Regime beabsichtigten und durchgeführten Verschlechterungen als „sachliche Notwendigkeiten“ zu begründen.“¹⁴⁰

Der genaue Wahrheitsgehalt dieses Artikels sei dahingestellt. Wesentlich interessanter erscheint, dass „Der Vertrauensmann“, wie schon die Zeitungen der Wiederaufbaukommission und der Angestelltengewerkschaft, den Gewerkschaftsbund und das System äußerst heftig unter Beschuss nahm. Die Ausrichtung der einzelnen Artikel verfolgte eine klare Linie, nämlich die EG zu enttarnen und auf ihre Taten und Aktionen aufmerksam zu machen.

„Der Gewerkschaftsbund hat in allen Fällen die Forderungen der Unternehmer mitvertreten und Schützenhilfe geleistet, ohne für die Arbeiter Erfolge erzielen zu können.“¹⁴¹

Natürlich mussten die Zeitungen auch weitergegeben werden, um so ein breiteres Publikum anzusprechen. Zumeist kam es zum Austausch von illegalen Zeitungen in den

¹⁴⁰ Was die ernannten Vertreter der Versicherten in den Krankenkassen zu reden haben!. In: „Der Vertrauensmann“ Sondernummer (Oktober 1937) 1.

¹⁴¹ „Der Vertrauensmann“ Nr. 2 (August 1937) 7.

unterschiedlichen Betrieben, wo illegale Gewerkschafter die Mehrheit bildeten. In der Sonderausgabe vom Oktober 1937 wurde extra nochmals darauf verwiesen.

„Vertrauensmänner! Lasset diese Mitteilungen in den Kreisen der Kollegenschaft zirkulieren! Informiert Eure Kollegen über die wirklichen Zustände. Sorget dafür, dass die Angestellten die Wahrheit erfahren, denn wer die Wahrheit kennt und sie nicht sagt, der ist für wahr ein erbärmlicher Wicht!“¹⁴²

Allgemein kann man festhalten, dass sich das Blatt „Der Vertrauensmann“ sehr kämpferisch und radikal präsentierte und die Einheitsgewerkschaft mit allen journalistischen Spitzfindigkeiten angriff. In dieselbe Richtung schlug auch das zweite Blatt der Illegalen Bundesleitung der Freien Gewerkschaften „Die Gewerkschaft“. Darin wurde die EG abermals als Scheingewerkschaft, die die Interessen der Arbeiter gar nicht vertreten konnte, abgetan. Zugleich verwies man aber immer wieder auf den Widerstand und forderte die Arbeiterschaft auf, sich nicht an das neue System anzugliedern.

„Die Einheitsgewerkschaft ist keine Gewerkschaft, sondern eine gelbe Organisation, die von gestohlenen Arbeitergeldern lebt und den gewaltigen Solidaritätsfonds, den die Ersparnisse der Freien Gewerkschaften darstellten, verpulvert.“¹⁴³

„Die faschistischen Gewerkschaften sind keine Heimstätten der Arbeiter, sie sind ein Kerker, in die man die Arbeiterklasse einsperrt! Aber die Faschisten haben ihre Rechnung ohne die Arbeiterklasse, ohne den zähen Widerstand der freien Gewerkschafter gemacht. Mit beispiellosen Terror, mit niedrigen Erpressungen, gestützt auf den Gewaltapparat des faschistischen Staates mögen sie es vielleicht zustande bringen, einige Tausende Arbeiter und Angestellte in ihre Sklavenorganisationen zu pressen, aber die Herzen und die Hirne dieser vergewaltigten Arbeiter werden und dürfen sie nicht gewinnen!.... . Der Kampf geht weiter! Wir vergessen nichts und wir verzeihen nicht!“¹⁴⁴

¹⁴² Vertrauensmänner!. In: „Der Vertrauensmann“ Sondernummer (Oktober 1937) 8.

¹⁴³ Eine von der Regierung abhängige und kommandierte „Gewerkschaft“ ist keine Arbeiterorganisation. In: „Die Gewerkschaft“ Sondernummer (o. J. / siehe.: DÖW Akt 4023/1).

¹⁴⁴ Zum 12. Februar. Arbeiter und Angestellte! Männer und Frauen!. In: „Die Gewerkschaft“ Nr. 3 (Jänner 1935)1.

In den unterschiedlichen Artikeln kritisierte „Die Gewerkschaft“ einerseits die Einheitsgewerkschaft, wie zum Beispiel in den Artikeln *„Das wahre Gesicht der EG“*¹⁴⁵, *„Wie es in der Einheitsgewerkschaft zugeht.“*¹⁴⁶ und *„Gibt es in Österreich Gewerkschaftsfreiheit?“*¹⁴⁷, andererseits rief das Blatt auch immer wieder zum Widerstand gegen den Gewerkschaftsbund auf, wie in dem Text *„Die Waffe des Streiks!“*¹⁴⁸. Außerdem wurde auch die Soziale Arbeitsgemeinschaft (SAG) in dem Artikel *„Keine Mitarbeit in der SAG!“*¹⁴⁹ ins Kreuzfeuer genommen, wobei die Schlagzeile schon darauf schließen lässt, worauf der Text abzielte. Zugleich stellte man Forderungen auf, um die Leserschaft auf Kurs zu halten oder zu bringen.

*„Wir verlangen freie, gleiche und geheime Wahlen im Betrieb und in der Gewerkschaft! Wir fordern freie Wahlen in allen Sozialversicherungsinstituten und volle Selbstverwaltung! ... Wir fordern die Wiederherstellung der Freiheit der Arbeiterpresse!“*¹⁵⁰

Daneben sparte die Zeitung auch nicht mit Einzelkritik am Präsidenten der EG, Johann Staud, als dieser einige Gewerkschafter (Küblböck, Jochberger und Seitlinger) der GB absetzte. „Die Gewerkschaft“ hatte dazu einen bissigen Kommentar parat.

*„Die Nachfolger all dieser abgesetzten Funktionäre wurden eingesetzt, ohne daß auch nur ein einziges Mitglied des Gewerkschaftsbundes gefragt worden wäre. Warum denn auch? Die faschistische Gewerkschaft ist ja nicht für die Mitglieder, sondern für die faschistischen Machthaber da!“*¹⁵¹

„Die Gewerkschaft“ stand ganz im Zeichen des Widerstandes gegen die Einheitsgewerkschaft und dementsprechend radikal und scharf äußerte sich das Blatt. Damit stellte sich „Die Gewerkschaft“ durch ihre harte proletarische Kampfrhetorik in eine Reihe mit den Blättern der WAK und der FRAGÖ, sowie der Zeitung „Der Vertrauensmann“.

¹⁴⁵ Das wahre Gesicht der EG. In: „Die Gewerkschaft“ Nr. 10-11 (Oktober / November 1935) 4.

¹⁴⁶ Wie es in der Einheitsgewerkschaft zugeht. In: „Die Gewerkschaft“ Nr. 8-9 (August / September 1935) 2.

¹⁴⁷ Gibt es in Österreich Gewerkschaftsfreiheit?. In: „Die Gewerkschaft“ Nr. 7-8 (August / September 1937) 2.

¹⁴⁸ Die Waffe des Streiks!. In: „Die Gewerkschaft“ Nr. 7-8 (August / September 1937) 1.

¹⁴⁹ Keine Mitarbeit in der SAG!. In: „Die Gewerkschaft“ Nr. 6-7 (Juni / Juli 1937) 1f.

¹⁵⁰ Wir fordern Selbstbestimmung!. In: „Die Gewerkschaft“ Nr. 10-11 (Oktober / November 1935) 1.

¹⁵¹ Staud setzt ab. In: „Die Gewerkschaft“ Nr. 10-11 (Oktober / November 1935) 7.

Nachdem nun zur Genüge auf die Zeitungen der unterschiedlichen Gewerkschaften eingegangen wurde, erfolgt eine kurze Betrachtung verschiedener Flugblätter. Wie man wahrscheinlich bereits erahnt, waren die Aussagen über die EG wenig schmeichelnd. Die Flugblätter standen in Kritik an der GB, sowie im Aufruf zum Widerstand den Zeitungen um nichts nach.

„Wir wählen keine Nazi! Wir wählen keine Heimwehrfaschisten! Wie wählen keine gelben Lumpen, gleichzeitig ob sie von der Eg. oder von den christlichen Gewerkschaften kommen. Wir wählen vor allem keine Überläufer und Verräter an der Sache des Sozialismus und der freien Gewerkschaften! ... Wir wollen eine Freie Gewerkschaft, in einem freien Österreich!“¹⁵²

Teilweise hatte der Flugblattprotest sehr kreative Auswüchse. So wurde zum Beispiel eine Resolution veröffentlicht, in der die EG für die Forderungen der illegalen Gewerkschaften positiv eintrat und am Ende der Ausführungen waren die Unterschriften des Präsidenten der GB, Johann Staud und seines Generalsekretärs, Friedrich Kühr versehen.¹⁵³ Gleich darauf folgend bezogen die Vertrauensmänner ebenfalls Stellung und lobten den Wandel der Einheitsgewerkschaft und ihrer Mitglieder.

„Die unterzeichneten Vertrauensmänner begrüßen es, dass der Vorstand des Gewerkschaftsbundes endlich in klarer und eindeutiger Weise zu den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen Stellung genommen hat. Sie fordern insbesondere völlige Gewerkschaftsfreiheit, Wiederherstellung wirtschaftlicher Kampfmöglichkeiten, Versammlungs- und Pressefreiheit.“¹⁵⁴

Natürlich war das Flugblatt nur von den Illegalen initiiert und weder Staud noch Kühr hatten jemals ihre Unterschrift dazu hergegeben. Trotzdem zeigte diese Aktion auf, wie vielfältig der Protest sein konnte und andererseits wurden damit wieder erfolgreich Forderungen und Parolen der illegalen Gewerkschaften verbreitet. Wie bereits im ersten Kapitel erwähnt, wendeten sich einige Flugblätter der illegalen Gewerkschaften direkt an den Bundeskanzler Kurt Schuschnigg, um die Unabhängigkeit Österreichs zu wahren und zu verteidigen.¹⁵⁵

¹⁵² Die Kürschner, Kappenmacher und Zurichter fordern. In: DÖW (Akt 4033/69) 3.

¹⁵³ An das arbeitende Volk Österreichs!. In: DÖW (Akt 4028 b/ 116) 1ff.

¹⁵⁴ An den Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten. In: DÖW (Akt 4028 b/ 116).

¹⁵⁵ Die Arbeiterdenkschrift an den Bundeskanzler. In: DÖW (Akt 4024/ 17).

Allgemein waren die Protestformen der Flugblätter sehr unterschiedlich, aber der Großteil beinhaltete Kritik am System und an der EG sowie die Aufforderung Widerstand zu leisten. Sowohl die Bundesleitung der Illegalen Freien Gewerkschaften produzierte Flugzettel als auch die einzelnen Fachgruppen und Gewerkschaften, so zum Beispiel die FRAGÖ.¹⁵⁶

„Die Vorgangsweise der E.G. und ihre immer offensichtlicher zutage tretende Unfähigkeit die Interessen der Angestellten wirksam zu vertreten, die steigenden Unternehmerwünsche und das brutale Eingreifen der Regierung zugunsten der Unternehmer haben die grösste Beunruhigung in der Angestelltengewerkschaft ausgelöst.“¹⁵⁷

Die Flugblätter bildeten ein weiteres wirksames Instrument zur Mobilisierung der Arbeiterschaft, so zum Beispiel bei dem Fiat Saurer Streik aus dem Jahr 1936, der trotz eines 36.- stündigen Streiks schlussendlich fehlschlug.¹⁵⁸ In einer darauf folgenden Flugblattaussendung wurde die Einheitsgewerkschaft für die Fehler des misslungenen Streiks verantwortlich gemacht und man forderte vehement einige Maßnahmen.

„Der Beginn des Kampfes heißt: Abrechnung mit den gelben Verrätern! Keinen Groschen Beitrag den Lumpen, die den Kampf der Autoarbeiter abgewürgt haben! Proklamiert den allgemeinen Beitragsstreik gegen die gelbe EG.! Wir können den Kampf nur organisiert führen. Die Organisation des Kampfes ist die große Aufgabe unserer Freien Gewerkschaften!“¹⁵⁹

Die Flugblätter waren eine gute Ergänzung zu den illegalen Zeitungen und befassten sich, ähnlich wie die gewerkschaftlichen Pressen, mit der Einheitsgewerkschaft. Immer wieder wurden in den Flugblättern diverse kämpferische Widerstandsparolen verlautbart. Daneben kam es zu allgemeinen Informationen rund um den Gewerkschaftsbund und seine Auswirkungen auf die österreichische Arbeiterschaft.

¹⁵⁶ Kolleginnen und Kollegen. In: DÖW (Akt 4033/41- 45).

¹⁵⁷ Kolleginnen und Kollegen. In: DÖW (Akt 4024/12).

¹⁵⁸ Walter Göhring, Brigitte Pellar, Anpassung und Widerstand (Wien 2001) 125.

¹⁵⁹ Sind wir wehrlos?. In: DÖW (Akt 4033/10) 11.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass fast alle behandelten Zeitungen, sowie Flugblätter ein äußerst negatives Bild der Einheitsgewerkschaft vermittelten. Anhand der Wortwahl und überspitzten Formulierungen lässt sich bereits sehr gut erkennen, wie die einzelnen illegalen Gewerkschaften zur staatlichen Arbeiterorganisation standen. Eine Ausnahme dabei bildete „Der Strom“, der eher gemäßigt über die EG berichtete, auf Grund seiner vorher erklärten besonderen Situation. Dennoch fanden sich sogar im „Strom“ einige kleine versteckte Seitenhiebe gegen das Regime und den Gewerkschaftsbund - sozusagen zwischen den Zeilen lesbar.

Alle anderen Zeitungen und Flugblätter führten eine sehr scharfe Klinge gegenüber der EG. Natürlich ist diese Analyse keinesfalls der „große Wurf“, denn wie bereits zu vermuten war, stellte sich das Verhältnis von Seiten der Illegalen zur GB in den illegalen Zeitungen äußerst schlecht dar. Dies ist schon aus den geschichtlichen Ereignissen heraus nachvollziehbar. Trotzdem musste die genauere Betrachtung der illegalen Gewerkschaftspresse erfolgen, da im darauf folgenden Teil eine Gegenüberstellung derselben mit den Zeitungen der Einheitsgewerkschaft erfolgt.

4.3.) Zeitungen der Einheitsgewerkschaft und der christlichen Arbeiterbewegungen:

In einem zweiten Schritt soll nun die genauere Betrachtung von legalen Arbeiterzeitungen im Ständestaat erfolgen. Dazu werden folgende drei Zeitungen analysiert: „Der Gewerkschafter“ das offizielle Organ des österreichischen Gewerkschaftsbundes, die „Neue Ordnung“ eine von christlichen Gewerkschaftern initiierte Zeitung und die „Österreichische Arbeiter- Zeitung“, welche ebenfalls aus den Reihen der christlichen Arbeiterbewegung stammte.

„Der Gewerkschafter“ erschien monatlich in einem Umfang von ungefähr 16 Seiten und war das öffentliche Sprachrohr der Einheitsgewerkschaft. Bereits im Mai 1934 publizierte die Zeitung ihre erste Ausgabe. Mit dem Einmarsch der Nationalsozialisten in Österreich 1938 wurde die christ- gewerkschaftliche Presse jedoch eingestellt. „Der Gewerkschafter“ informierte seine Leser einerseits über Gesetzesbeschlüsse und Änderungen, welche für die Arbeiter von Relevanz waren. Zugleich wurden in der Presse sehr viele Texte abgedruckt, die das Entstehen des Gewerkschaftsbundes rechtfertigten, wie zum Beispiel die Artikel „*Rechenschaftsbericht des Gewerkschaftsbundes*“¹⁶⁰, „*Der Gewerkschaftsbund ist unentbehrlich!*“¹⁶¹ oder „*Zur Jahreswende*“, in dem der Präsident der EG Johann Staud auf die Wichtigkeit des Gewerkschaftsbundes einging:

„Die Arbeiterschaft wurde von den Ereignissen des abgelaufenen Jahres besonders berührt. Die furchtbaren Februartage, die Verblendung und Haß heraufbeschworen haben, brachten einem großen Teile der Arbeiter den Zusammenbruch ihrer Organisationen und der Hoffnungen, die sie darein gesetzt hatten. Auf dem Gebiete des Organisationswesens wurde die Sammlung der gewerkschaftlich obdachlos gewordenen Arbeiter und Angestellten durch die Schaffung des Gewerkschaftsbundes ermöglicht und dadurch der Einbruch einer sozialen Reaktion, die schon überall drohend ihr Haupt erhob, gebannt. Die Arbeitnehmerschaft erhielt wieder die notwendigen Waffen zur Verteidigung ihrer Rechte. Sie hat von diesen Waffen Gebrauch gemacht und im Gewerkschaftsbund ein uneinnehmbares Bollwerk geschaffen, das die Abwehr aller Angriffe auf die sozialen und wirtschaftlichen Rechte

¹⁶⁰ Hans Schmitz, Rechenschaftsbericht des Gewerkschaftsbundes. In: „Der Gewerkschafter“ (November 1934)1.

¹⁶¹ Der Gewerkschaftsbund ist unentbehrlich!. In: „Der Gewerkschafter“ (Dezember 1937) 5.

ermöglicht, und darüber hinaus den Stützpunkt für den weiteren Ausbau der Sozialpolitik und die Erzielung besserer Lebensverhältnisse abzugeben vermag.“¹⁶²

Des Weiteren wurden in der Zeitung neben den gerade zitierten „Legitimations-“ Artikel auch die verbuchten Erfolge des Gewerkschaftsbundes hervorgehoben, um eben die Existenz dieser staatlichen Institution zu rechtfertigen (z.B.: *„Erfolge der Gewerkschaftsarbeit“¹⁶³* oder *„Die Vertrauensmännerwahl- ein Bekenntnis zum Gewerkschaftsbund“¹⁶⁴*). Es soll aber keinesfalls der zu einseitige Eindruck entstehen, dass „Der Gewerkschafter“ die Einheitsgewerkschaft nur rechtfertigte. Natürlich hatte die Zeitung eine Vielzahl von unterschiedlichen Themen, auf die ins Detail nicht näher eingegangen werden kann. Das christliche Blatt sah sich als Sprachrohr für die österreichische Arbeiterschaft und genauso agierte sie auch. So berichtete die christ-gewerkschaftliche Presse sogar über diverse Ungereimtheiten in einigen Unternehmen.

„In zwei Fällen wurde Ende Jänner von der Behörde gegen Unternehmer, denen jedes soziale Empfinden mangelte, energisch eingeschritten und so Exempel statuiert, die zeigen, daß im neuen Österreich Unternehmerwillkür und Ausbeutung der Arbeiterschaft keinen Platz haben.“¹⁶⁵

Trotzdem muss man den Text mit einer gewissen Vorsicht behandeln. Die Artikel wurden zu propagandistischen Zwecken genutzt um darauf hinzuweisen, dass der Ständestaat sehr wohl für die Belange der Arbeiter eintrat. Alles in allem blieben aber die Kritik an Unternehmen, welche ihre Arbeitnehmer schlecht behandelten, im „Gewerkschafter“ eine seltene Ausnahme. Daneben gab es in der Zeitung vereinzelt Auszüge, in denen zum Beispiel positiv auf Streiks eingegangen wurde, so zum Beispiel in dem Text *„Ein erfolgreicher Streik“¹⁶⁶*. Darin wurde der Streik als ein berechtigtes Kampfmittel der Arbeiter beschrieben. Eigentlich war diese Ansicht nur sehr schwer mit dem Ideal des Ständestaates in Einklang zu bringen. Nichtsdestotrotz durfte die Passage abgedruckt werden.

¹⁶² Johann Staud, Zur Jahreswende. In: „Der Gewerkschafter“ (Jänner 1935) 1.

¹⁶³ Erfolge der Gewerkschaftsarbeit. In: „Der Gewerkschafter“ (September 1934) 9.

¹⁶⁴ Die Vertrauensmännerwahl- ein Bekenntnis zum Gewerkschaftsbund. In: „Der Gewerkschafter“ Beil. „Bekleidungsarbeiter“ (November 1936) 1.

¹⁶⁵ Schach den Ausbeutern!. In: „Der Gewerkschafter“ (März 1934) 9.

¹⁶⁶ Ein erfolgreicher Streik. In: „Der Gewerkschafter“ (Jänner 1934) 12.

„Für den Gewerkschaftsbund war schließlich der Streik von grundsätzlicher Bedeutung, weil dadurch erwiesen wurde, daß er in jedem Belange der pflichttreue Anwalt der Arbeiter ist. Für jene Unternehmer aber, die den Sinn des sozialen Umbruchs unserer Zeit nicht verstehen wollen, sei dieser Streik eine Warnung.“¹⁶⁷

Die Zeitung sah sich als legitimer Verteidiger der Arbeiterschaft und dementsprechend kritisierte sie gewisse ausbeuterische Unternehmer oder verteidigte sogar diverse Streiks. Man darf aber keinesfalls den propagandistischen Zweck der hinter solchen Artikeln stand außer Acht lassen. Es kam in dem Blatt niemals zu einer Kritik am vorherrschenden System oder sogar am Kanzler. Einen direkten Bezug zu den illegalen Gewerkschaften findet man in der Zeitung äußerst selten. Oftmals wurde eher auf die ehemaligen Freien Gewerkschaften verwiesen, wie in dem Artikel *„Die Liquidierung der freien Gewerkschaften“*¹⁶⁸. Grundsätzlich wurde mehr über die ehemaligen Freien Gewerkschaften publiziert, als über die Illegalen. Selbst rund um die Februarkämpfe befand sich die Presse ganz auf Parteilinie.

„Tragische Ereignisse waren es, die im Jahre 1934 die Schaffung des Gewerkschaftsbundes der österreichischen Arbeiter und Angestellten im Gesetzeswege bewirkten. ... In dieser Spanne Zeit, in der die freien Gewerkschaften der Auflösung verfallen waren und die neue Interessenvertretung noch nicht in Gesetzeskraft erwachsen war, bestand für die nun obdachlos gewordenen gewerkschaftliche Arbeiterschaft nur der Weg zu den christlichen, bzw. unabhängigen Gewerkschaften. Insbesondere von der erstgenannten Gewerkschaftsrichtung gingen starke Bestrebungen aus, die Arbeiterschaft zu einer wirklichen starken Interessenvertretung zusammenzuschweißen.“¹⁶⁹

Die Schaffung des Ständestaates und der Einheitsgewerkschaft wurden in der Zeitung stets als notwendig erachtet, um Österreich vor dem vermeintlichen „Untergang“ zu retten. Allgemein lässt sich feststellen, dass die illegalen Gewerkschaften in dem „Gewerkschafter“ bewusst nicht erwähnt wurden. Zumeist kritisierte die Zeitung eher allgemein den Marxismus oder die Sozialdemokratie und schreckte nicht vor diversen Kampfansagen zurück, so zum Beispiel in dem Text *„Entproletarisierung als Ziel und Aufgabe“*¹⁷⁰. Des Weiteren verwies das christlich-

¹⁶⁷ Ein erfolgreicher Streik. In: „Der Gewerkschafter“ (Jänner 1934) 12.

¹⁶⁸ Die Liquidierung der freien Gewerkschaften. In: „Der Gewerkschafter“ (Juni 1934) 8.

¹⁶⁹ Bericht der Gewerkschaft 1934- 1935. In: „Der Gewerkschafter“ Beil. „Bekleidungsarbeiter“ (November 1934) 1.

¹⁷⁰ Friedrich Kühn, Entproletarisierung als Ziel und Aufgabe. In: „Der Gewerkschafter“ (Februar 1936) 1.

gewerkschaftliche Blatt in mehreren Ausgaben darauf, sich nicht in illegalen Arbeiterorganisationen zu betätigen.

„Die Verordnung der Bundesregierung vom 9. März 1934, betreffend die Entlassung von privaten Arbeitnehmern wegen staats- oder regierungsfeindlicher Betätigung wurde durch das Bundesgesetz bis Ende Dezember 1934 verlängert. Demnach können Arbeiter und Angestellte bis zum Ablauf dieser Frist ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen werden, wenn sie wegen der Betätigung für eine verbotene Partei rechtskräftig verurteilt wurden.“¹⁷¹

Nur äußerst selten publizierte die Presse über illegale gewerkschaftliche Tätigkeiten in Österreich und wenn dies der Fall war, so wurde in einer sehr abwertenden Art und Weise über die illegalen Gewerkschaften berichtet, wie zum Beispiel in dem folgenden Artikel *„Drahtzieher am Werk“*.

„Verschiedene kleine Gruppen ehemals sozialdemokratischer Funktionäre, die den aussichtslosen Versuch machen, in Österreich wieder eine „sozialistische“ oder „revolutionäre Bewegung“ aufzubauen, beschäftigen sich mit Vorliebe auch mit der Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes. In verschiedenen Blättchen, die teilweise im Ausland hergestellt werden, wird die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes in lächerlichster und unsinnigster Weise angegriffen. Bald kann man aus diesen literarischen Abfallprodukten erfahren, daß der Gewerkschaftsbund noch keine 20.000 Mitglieder zählt. Es lohnt sich nicht, sich mit solchen albernem Lügen zu befassen.“¹⁷²

Kritik sickerte an den österreichischen illegalen Gewerkschaften in der Zeitung der Einheitsgewerkschaft sehr selten durch, doch wenn die Presse einmal Stellung dazu bezog, dann sparte sie keineswegs mit Zurückhaltung. Ein weiteres Beispiel für die namentliche Erwähnung der illegalen Gewerkschaften wurde in der Beilage der Gewerkschaftszeitung *„Der Graphiker“* publiziert. Grundsätzlich berichtete die Beilage über Streiks in einigen Betrieben, wobei in dieser Ausgabe sogar explizit auf die illegale Zeitung *„Vorwärts“* verwiesen wurde.

¹⁷¹ Entlassung wegen regierungsfeindlicher Betätigung. In: *„Der Gewerkschafter“* (August 1934) 12.

¹⁷² Drahtzieher am Werk. In: *„Der Gewerkschafter“* (November 1934) 8.

„Trotz dieser gegenwärtigen bestehenden Unklarheiten haben sich etliche Unentwegte gefunden, die in Form einer Flüsterpropaganda zum Beitragsstreik aufforderten. Daß sich dieser Parole bisher nur Teilpersonale einiger Betriebe angeschlossen haben, zeigt deutlich genug, wie unpopulär diese Parole in der Kollegenschaft selbst ist. Sie weigern sich mit Recht der Katastrophenpolitik, wie sie der illegale „Vorwärts“ propagiert, Folge zu leisten.“¹⁷³

Außerdem forderte man gewisse Maßnahmen einzuleiten, um gegen die illegalen Gewerkschaften allmählich vorzugehen.

„Infolgedessen kann vorderhand von allgemeinen Gegenmaßnahmen noch Abstand genommen werden, aber mit einem etappenweisen Vorgehen muß nichtsdestoweniger bereits begonnen werden, um den organisationsfeindlichen Maßnahmen entgegenzutreten.“¹⁷⁴

In diesem Artikel wurde gegen die illegalen Gewerkschaften ziemlich eindeutig Stellung bezogen. Trotzdem ist es irgendwie symptomatisch, dass direkte Kritik an den illegalen Gewerkschaften nicht im „Gewerkschafter“ zu finden war, sondern in dem Beilagenheft „Der Graphiker“. Wie bereits erwähnt, publizierte das Organ der Einheitsgewerkschaft nur am Rande Berichte über die illegalen Gewerkschaften. Warum dem so war, darüber kann man nur mutmaßen. Einerseits leugnete die Zeitung die Existenz der illegalen Arbeiterorganisationen mit ihren sporadischen Berichten nicht. Andererseits kritisierte „Der Gewerkschafter“ die illegalen Gewerkschaften nur äußerst selten. Meines Erachtens wollte die Zeitung ihren Fokus keinesfalls auf die illegalen gewerkschaftlichen Tätigkeiten richten, sondern versuchte durch verschiedenste Artikel den schwierigen Spagat zwischen Ständestaat und Arbeiterschaft zu schaffen. Das Hauptaugenmerk des „Gewerkschafters“ lag eindeutig in der Rechtfertigung des Bestehens der EG sowie auf die Erfolge dieser Institution hinzuweisen. Zugleich versuchte man in der Presse die Aussöhnung zwischen Regime und der Arbeiterschaft Österreichs zu forcieren.

„Nicht nur durch die Berufung des Kollegen Hans Großbauer als Staatssekretär für Arbeiterschutz hat die Regierung Dr. Schuschnigg bewiesen, daß sie mit und nicht gegen die Arbeiterschaft regieren will. Auch in den Erklärungen des Bundeskanzlers

¹⁷³ Die Hetze zum Beitragsstreik. In: „Der Gewerkschafter“ Beil. „Der Graphiker“ (November 1935) 3.

¹⁷⁴ Die Hetze zum Beitragsstreik. In: „Der Gewerkschafter“ Beil. „Der Graphiker“ (November 1935) 3.

und anderer Regierungsmitglieder wurde das gute Verhältnis zur Arbeiterschaft ausdrücklich betont.“¹⁷⁵

Das Verhältnis zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften lässt sich anhand des „Gewerkschafters“ nur sehr schwer skizzieren, da äußerst wenig über die illegalen Arbeiterorganisationen geschrieben wurde. Wenn die Illegalen in der Zeitung jedoch Erwähnung fanden, dann waren sie stets negativ konjugiert. Die illegalen Gewerkschaften wurden oftmals als harmlos und unerfahren abgetan und mehr belächelt als ernst genommen. Trotzdem sagt diese Einstellung viel über das gegenseitige Verhältnis aus. Die EG sah sich als einzige legale und gerechtfertigte Gewerkschaft der Arbeiter und genau das spiegelt sich in der Zeitung auch wieder. Illegale gewerkschaftliche „Randerscheinungen“ fanden in der Zeitung wenig bis gar keinen Anklang und genau so ähnlich verhielt sich auch die Politik der EG zu den illegalen Gewerkschaften.

Als nächste Zeitschrift fällt in den Fokus die „Neue Ordnung“. Diese Zeitung bestand aus längeren Aufsätzen von verschiedensten Autoren über die unterschiedlichsten Themen. Leider wurde ähnlich wie beim „Gewerkschafter“ sehr wenig über die illegalen Gewerkschaften publiziert. Dennoch gab es vereinzelt einige Textpassagen, die am Rande die gewerkschaftliche Thematik beleuchteten. Ganz wie die Zeitung der Einheitsgewerkschaft berichtete auch die „Neue Ordnung“ eher über die ehemaligen Freien Gewerkschaften, als über die Illegalen. Zugleich wurden die Februarereignisse als Unglück abgetan und die Errichtung der EG als zwingende Maßnahme beschrieben.

„Es wäre müßig, noch darüber zu diskutieren, ob es recht gewesen, daß die alten Richtungsgewerkschaften, mit Ausnahme der sozialistischen, die wegen der unglücklichen Februarereignisse ihre Daseinsberechtigung verloren haben, beseitigt wurden. Denn dadurch, daß durch die neue Verfassung klar festgelegt wurde, daß Österreich gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich, den ständischen Prinzipien entsprechend, neugestaltet werde, wäre also das Problem der Vereinheitlichung der Interessenvertretung der Arbeiterschaft früher oder später von selbst aufgerollt worden. Die Februarereignisse des Jahres 1934 haben demnach die Entwicklung nur beschleunigt.“¹⁷⁶

¹⁷⁵ Regierung und Arbeiterschaft. In: „Der Gewerkschafter“ (September 1934) 6.

¹⁷⁶ Der Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten. In: „Neue Ordnung“ (1934) 248.

Die „Neue Ordnung“ stand ganz in der Tradition des „Gewerkschafters“. Man versuchte die Existenz des Gewerkschaftsbundes zu rechtfertigen. Journalistisch ging die „Neue Ordnung“ einen anderen Weg als übliche Zeitungen. Das Blatt publizierte nämlich nur längere, „wissenschaftliche“ Texte und versuchte durch tiefergehende Argumente aufgestellte Thesen zu untermauern. Trotzdem wurden auch in dieser Zeitung die illegalen Gewerkschaften nicht erwähnt. Die Zeitschrift beschäftigte sich stattdessen mehr mit den Lehren des Marxismus, sowie der Entstehung der Sozialdemokratie. In dem Text *„Vom Arbeiter zum gleichberechtigten Bürger“*¹⁷⁷ wurde auf die Entstehungen des Proletariats, Marxismus und der Sozialdemokratie verwiesen. Darin gibt es eine sehr interessante Passage über die Entstehung des Proletariats.

*„Ein weiterer Anreiz aber lag auch in der so verlockenden Möglichkeit, gleich von der Schulbank weg als blutjunger Hilfsarbeiter zu einem sicheren Wochenverdienst zu kommen, der es mit sich brachte, daß man Samstag abends Zigaretten rauchend durch die Stadt spazieren und in irgend einer Bierschenke das große Wort führen könnte. Welch ein Unterschied gegenüber dem stillen Dorfe, in dem die Leute bereits mit Einbruch der Dunkelheit schlafen gingen, um frühmorgens mit den Hühnern wieder bei der Arbeit zu sein.“*¹⁷⁸

Meines Erachtens sagt diese Textpassage mehr über die Einstellung des ständestaatlichen Regimes über das Proletariat und die Landbevölkerung aus als tausend Worte. Man kann sich dabei ungefähr vorstellen, welche Richtung die „Neue Ordnung“ journalistisch einschlug. In einem zweiten Text aus dem Jahr 1936 *„Wie sieht die junge Generation den Untergang des Marxismus?“*¹⁷⁹ wurden sehr eindrücklich die Missstände bei den ehemaligen Sozialdemokraten angeprangert.

„Bei der Betrachtung der ehemaligen österreichischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei finden wir, daß dort nicht nur Besitzlose organisiert waren. ... Neben den Arbeitern und Angestellten waren Gewerbetreibende und Geschäftsleute und sogar Kapitalisten in der Partei sehr einflußreich. Von der Partei wurden große wirtschaftliche Betriebe geführt und kontrolliert. In diesen Betrieben blieb jedoch der

¹⁷⁷ Alois Dienstleder, Vom Arbeiter zum gleichberechtigten Bürger. In: „Neue Ordnung“ (1937) 267ff.

¹⁷⁸ Alois Dienstleder, Vom Arbeiter zum gleichberechtigten Bürger. In: „Neue Ordnung“ (1937) 267.

¹⁷⁹ Ludwig Federhofer, Wie sieht die junge Generation den Untergang des Marxismus?. In: „Neue Ordnung“ (1936) 85ff.

Gehaltsunterschied zwischen den leitenden und den untergeordneten Angestellten sehr groß, überdies mangelte es auch bei den politischen Funktionären und Mandataren in der Regel an der ihnen geziemenden Bescheidenheit als Arbeiterführer.“¹⁸⁰

Die „Neue Ordnung“ kritisierte eher allgemein die Ideologie der Sozialdemokratie und des Marxismus. Auf die illegalen Gewerkschaften wurde nicht eingegangen. Man nahm anscheinend tunlichst davon Abstand. Oftmals konzentrierte sich das Blatt darauf, den Ständestaat und seine Organisationen zu rechtfertigen. Damit schlug es in dieselbe Kerbe wie das Organ der Einheitsgewerkschaft „Der Gewerkschafter“.

Zuletzt erfolgt die Analyse der „Österreichischen Arbeiter- Zeitung“ das Zentralorgan der christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Das wöchentlich erscheinende Blatt wurde zum ersten Mal am 31. März 1934 veröffentlicht. Mit dem Einmarsch der Nationalsozialisten in Österreich 1938 stellte man die Zeitung ein. Der Seitenumfang der Presse variierte von Jahr zu Jahr von 10 Seiten 1934 bis hin zu 16 Seiten 1938. Die „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ schlug in vielerlei Hinsicht in dieselbe Richtung wie die zwei vorher behandelten Blätter. Sie versuchte durch unterschiedliche Artikel den Ständestaat und die Errichtung der Einheitsgewerkschaft zu legitimieren und rechtfertigen, wie zum Beispiel in den Texten „*Staud verteidigt den Gewerkschaftsbund*“¹⁸¹, „*Gewerkschaft muß sein!*“¹⁸², „*Warum Gewerkschaftsbund?*“¹⁸³ oder „*Ein Jahr Gewerkschaftsbund.*“¹⁸⁴

Daneben wurden in dem christlichen Blatt sehr oft die Erfolge der GB hervorgehoben. Auf nähere Details soll hier nicht eingegangen werden. Eine weitere Ähnlichkeit zur „Neuen Ordnung“ und dem „Gewerkschafter“ bestand im Kritisieren des Kommunismus sowie des Nationalsozialismus. Diesen Thematiken wurde in den einzelnen Ausgaben der Zeitung sehr viel Platz eingeräumt, wie zum Beispiel folgende Artikel „*Gegen Kommunismus und Nationalsozialismus.*“¹⁸⁵ oder „*Sozialismus?*“¹⁸⁶ beweisen.

¹⁸⁰ Ludwig Federhofer, Wie sieht die junge Generation den Untergang des Marxismus?. In: „Neue Ordnung“ (1936) 86.

¹⁸¹ Staud verteidigt den Gewerkschaftsbund. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 23 (9. Juni 1934) 4.

¹⁸² Gewerkschaft muß sein!. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 6 (8. Februar 1936) 1.

¹⁸³ Warum Gewerkschaftsbund?. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 2 (8. Jänner 1938) 1.

¹⁸⁴ Ein Jahr Gewerkschaftsbund. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 22 (1. Juni 1935) 2.

¹⁸⁵ Gegen Kommunismus und Nationalsozialismus. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 15 (27. März 1937) 4.

¹⁸⁶ Sozialismus?. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 5 (29. Jänner 1938) 1.

„Es ist die Schuld des Marxismus, daß die Arbeiterschaft heute bei der Neugestaltung der Dinge ausgeschaltet ist, beziehungsweise die Schuld der sozialistischen Parteien, die sich von den Dogmen des Marxismus nicht losmachen konnten, die dieser Dogmen wegen die Arbeiterschaft in Deutschland dem Nationalsozialismus und Italien dem Faschismus verkauft haben zumindestens aber müssen sie es verantworten, wenn die Arbeiterschaft ihre politische Rolle heute ausgespielt hat.“¹⁸⁷

Trotzdem unterschied sich das christliche Blatt in einigen Punkten vom „Gewerkschafter“ und der „Neuen Ordnung“. Die „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ sparte keineswegs mit Kritik an einigen innerösterreichischen Organisationen. So wurde in dem Artikel „Das Monopol der Vaterländischen Front“¹⁸⁸ die VF öffentlich bloßgestellt. Die Zeitung prangerte auch immer wieder den Sozialminister Neustädter - Stürmer an. Daneben kritisierte die Zeitung auch einige Betriebe, welche ihre Arbeiter unter schlechten Bedingungen arbeiten ließen. So wurde in der Ausgabe vom 17. April 1937 auf die Ungereimtheiten in der Alpinen Montangesellschaft verwiesen.¹⁸⁹ Das christliche Blatt sah sich auf der Seite der Arbeiterschaft und dementsprechend wurden gewisse Unternehmen des Öfteren unter Beschuss genommen.

„Es scheuen sich einflußreiche Unternehmer, die die Ständestaat- Weisheit gepachtet haben, nicht, grundsätzlich Kollektivverträge der Angestellten schroff abzulehnen und das „Herr im Haus“- Prinzip in einer Form zu vertreten, daß es dem Freiherr von Rirdorf seligen Andenkens alle Ehre gemacht hätte.“¹⁹⁰

„Nicht eine autoritäre Sozialpolitik sondern die Staatsautorität rufen wir auf, sie möge die Rechte der Arbeiterinteressenvertreter im Betriebe sichern. Denn das Unglaubliche ist, daß die Unternehmer, mit einem Rattenschwanz von Syndici und unsozialen Paragraphenreitern im Bunde, die Lücken und Maschen des Werksgemeinschaftsgesetz benutzen, um den Sinn des Gesetzes zu sabotieren und den engstirnigsten Unternehmeregoismus zum Siege zu führen.“¹⁹¹

¹⁸⁷ Neue Wirtschaftsordnung und Arbeiterschaft. Die Rolle des Marxismus. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 30 (28. Juli 1934) 3.

¹⁸⁸ Das Monopol der Vaterländischen Front. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 19 (12. Mai 1934) 5.

¹⁸⁹ Was geht da vor?. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 16 (17. April 1937) 1.

¹⁹⁰ Klassenkampf= Jongleure. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 39 (26. September 1936) 1.

¹⁹¹ Sinn der Vertrauensmännerwahl. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 36 (5. September 1936) 3.

Des Weiteren erhob die „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ sogar Vorwürfe gegen die eingeschränkte Pressefreiheit und machte in der Ausgabe vom 2. November 1935 seinen Ärger darüber Luft. In dem Artikel „*Das freie Wort der Arbeiterpresse*“¹⁹² bezog man zur Freiheit der Presse Stellung, da laut dem Artikel die Ausgabe vom 26. Oktober 1935 der Beschlagnahme zum Opfer fiel. Wie man anhand der Kritiken feststellen konnte, war die „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ einigermaßen gewillt, gewisse Fehler im System aufzuzeigen. Trotzdem wurde in keiner Ausgabe der Bundeskanzler oder das ständestaatliche Prinzip an sich in Frage gestellt, geschweige denn eine Aufhebung des Verbots der illegalen Gewerkschaftspresse gefordert.

Im Bezug auf die illegalen Gewerkschaften wurde die Anzahl der Artikel in dem christlichen Blatt drastisch geringer. Wie schon in den beiden anderen christ- gewerkschaftlichen Pressen wurde zumeist eher auf die ehemaligen Freien Gewerkschaften verwiesen. Dennoch gab es einige Textpassagen, die in einer sehr allgemeinen Weise kurz auf den Einfluss der linken Gruppierungen auf Österreich Stellung bezogen, wie zum Beispiel in dem Artikel „*Die staatsfeindlichen Beamten*“¹⁹³. Vereinzelt publizierte man Artikel über Gruppierungen, die als gewerkschafts- gefährdend eingestuft wurden.¹⁹⁴ Trotzdem blieben die Artikel über die illegalen Gewerkschaften Österreichs in dem christlichen Blatt eine Randerscheinung. In dieser Hinsicht stellte sich die „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ auf eine Stufe mit der „Neuen Ordnung“ und dem „Gewerkschafter“. Eine entscheidende Ausnahme bildete die Zeitung bezüglich einiger „Versöhnungsartikel“ zu linken Gruppierungen, die aber ebenfalls sehr allgemein verfasst waren und keineswegs in Kritik zu den ständestaatlichen Grundprinzipien standen. Bereits im Jahr 1934 wurde ein Artikel „*Orientierung nach links*“ verfasst, in dem man aber eher auf die Gewinnung der Arbeiterschaft im bestehenden System abzielte als auf ein separates politisches Mitspracherecht der linken Arbeiterorganisationen. In dem Text wurden verschiedene Gründe, warum eine Verständigung des Regimes mit den linken Gruppierungen von Nöten war, beschrieben.

„1)Eine Verständigung mit den ehemaligen sozialdemokratischen Arbeitern ist aussichtsreicher, denn es sind mehr gemeinsame Grundlagen vorhanden....2)Leichter wäre eine Verständigung mit links auch deswegen, weil die „Bedingungen“, die von der Masse der Arbeiterschaft gestellt werden, ziemlich einfach sind.3)Eine

¹⁹² Das freie Wort der Arbeiterpresse. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 44 (2. November 1935) 1f.

¹⁹³ Die staatsfeindlichen Beamten. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 12 (21. März 1936) 5.

¹⁹⁴ Unruhestifter im Gewerkschaftsbund. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 22 (30. Mai 1936) 2.

Befriedung nach links ist wirksamer. Nur wer die Verhältnisse nicht kennt, kann im Zweifel darüber sein, daß die linke Seite wesentlich stärker ist als die rechte..... Als Hauptaufgabe haben wir demnach die Gewinnung der abseits stehenden Arbeiterschaft zu betrachten. Der Weg ist der, daß man den Arbeitern und Angestellten durch Taten beweist, daß man sie schätzt, einerseits durch Festhalten, Verbessern und Ausbauen der sozialen Gesetzgebung, andererseits durch Gewährung der Teilnahme daran.“¹⁹⁵

Natürlich war es nahe liegend, dass eine christliche Arbeiter Zeitung eher eine Orientierung zur linken Arbeiterschaft forderte, als zu den rechten Kreisen. Die Annäherung nach links sollte aber in den ständestaatlichen Grenzen erfolgen. Man versuchte mit allen Mitteln einen Teil der Arbeiterschaft Österreichs in das System zu integrieren, wie aus dem Artikel „Kanzlerworte an die Arbeiter“¹⁹⁶ zu entnehmen ist. In diesem Text wollte man bewusst eine Versöhnung mit den Februarkämpfern suchen. Zugleich rechtfertigte und lobte man wiederum die EG als berechnigte Arbeiterinteressensvertretung. Selbst 1938 war man noch nicht bereit, auf die österreichische Arbeiterschaft und ihre Belange einzugehen. Dies kam auch in dem Artikel „Befriedung nach links?“¹⁹⁷ sehr gut zur Geltung.

Erst unter den Vorzeichen des Einmarsches der Deutschen nach Österreich reagierte das System mit Sonderausgaben. Dabei wurde Werbung für die bevorstehende Wahl dahingehend betrieben, mit „Ja“ für Österreich abzustimmen.

„Die Arbeiterschaft hat noch eine Reihe von Forderungen. Daß sie dieselben in absehbarer Zeit durchsetzen wird, dafür bürgt die bisherige Entwicklung und der immer mehr erstarkende Einfluß der Arbeiterschaft im staatlichen und wirtschaftlichen Leben. Wir setzen uns immer mehr durch und der Siegeszug der Arbeiterbewegung ist unaufhaltbar. Darum wird jeder Arbeiter, welcher Anschauung er immer sein mag, am Sonntag den 13. März, für ein unabhängiges Österreich stimmen.“¹⁹⁸

Natürlich versuchte das Regime die österreichische Arbeiterschaft zur Wahl zu bewegen. Inwieweit die Forderungen der illegalen Arbeitnehmerorganisationen dann wirklich in die Tat umgesetzt worden wären, bleibt wohl ein ewiges Rätsel, denn zur Wahl kam es nicht mehr.

¹⁹⁵ Orientierung nach links. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 45 (10. November 1934) 2.

¹⁹⁶ Kanzlerworte an die Arbeiter. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 8 (20. Februar 1937) 1.

¹⁹⁷ Befriedung nach links?. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Nr. 6 (5. Februar 1938) 5.

¹⁹⁸ Kommenden Sonntag Volksabstimmung!. In: „Österreichische Arbeiter- Zeitung“ Sondernummer (10. März 1938) 1f.

Man sollte keinesfalls die „versöhnlichen“ Artikel in der Zeitung überbewerten, da die Texte stets ein Ziel verfolgten, nämlich die Arbeiter mit dem Regime zu versöhnen und in das System zu integrieren. Hie und da kritisierte die Presse in einigen Artikeln sogar Personen und Organisationen aus den eigenen Reihen und prangerte einige Missstände in der Arbeiterschaft an. Die Zeitung vermied es aber über die illegalen Gewerkschaften Österreichs zu publizieren. Man ging nur äußerst selten auf linke Organisationen ein. Zumeist erfolgte in der Zeitung eine allgemeine Kritik an dem Marxismus und dem Nationalsozialismus.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass alle drei christ- gewerkschaftlichen Zeitungen „Der Gewerkschafter“, die „Neue Ordnung“ und die „Österreichische Arbeiter-Zeitung“ in die selbe Richtung schlugen. So gab es eine Vielzahl an Artikeln, die den Gewerkschaftsbund rechtfertigten und legitimierten. Daneben wurde fallweise das System, die Vaterländische Front sowie Gesetze kritisiert. Das Bestehen des Ständestaates blieb an sich unantastbar und auch die Kritik am Bundeskanzler oder an der EG fand in den Pressen keinen Niederschlag. Zumeist ließen die christ- gewerkschaftlichen Blätter kein gutes Haar an der Ideologie des Kommunismus und des Nationalsozialismus. Auffallend ist dabei, dass auf die österreichischen Nationalsozialisten des Öfteren negativ Stellung bezogen wurde. Hingegen wurden die illegalen Gewerkschaften in den unterschiedlichen Zeitungen wenig bis gar nicht beachtet.

4.4) Resümee.

Das gegenseitige Verhältnis der illegalen Gewerkschaften zur Einheitsgewerkschaft im Ständestaat lässt sich anhand der Zeitungen und diversen Flugblättern durchaus feststellen. Von Seiten der illegalen Gewerkschaften konnte man zweifelsohne eine sehr verfeindete Stellung zu der EG wahrnehmen. In den illegalen Zeitungen und Flugblättern wurde der Gewerkschaftsbund stets kritisiert und man forderte die Arbeiterschaft zum Widerstand gegen die staatliche Arbeiterorganisation auf. Die anzuwendenden Widerstandsformen waren äußerst unterschiedlich und von Blatt zu Blatt und Zeit zu Zeit verschieden. In allen Pressen der illegalen Gewerkschaften mit Ausnahme des „Stroms“ wurde von einer sehr kämpferischen Rhetorik Gebrauch gemacht. Man versuchte die EG negativ darzustellen und prangerte ihre Missetaten an. Natürlich waren gewisse Artikel äußerst überspitzt formuliert, um eben die Arbeiterschaft auf die Missstände aufmerksam zu machen. Alles in allem kommt man zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass fast alle illegalen gewerkschaftlichen Zeitungen ein durchwegs negatives Bild der Einheitsgewerkschaft vermittelten.

Daneben gestaltete sich das Verhältnis in den christ- gewerkschaftlichen Zeitungen zu den illegalen Gewerkschaften komplett anders. Während in den Pressen der illegalen Gewerkschaften die EG sehr oft auftauchte, war dies umgekehrt äußerst selten der Fall. Zumeist versuchten die Blätter der christlichen Gewerkschafter den Gewerkschaftsbund zu legitimieren und auf seine Erfolge zu verweisen. Zwar sickerte sogar manchmal Kritik am System durch, jedoch blieb das Bestehen der ständestaatlichen Ordnung an sich unverrückbar. Man kann bei allen drei behandelten christ- gewerkschaftlichen Zeitungen eine gewisse Treue zum Regime feststellen. Wenn die Blätter gegen linke Organisationen wetterten, dann taten sie dies in einer äußerst allgemeinen Weise und kritisierten zum Beispiel die Ideologie des Marxismus. Nur äußerst selten publizierten die Pressen über die illegalen Gewerkschaften Österreichs und falls doch, dann stets in einer abwertenden Art und Weise.

Auffällig ist, dass wesentlich öfters der Nationalsozialismus negative Erwähnung in den christ- gewerkschaftlichen Pressen fand. Selbst auf österreichische Nationalsozialisten wurde in den Zeitungen des Öfteren Stellung bezogen. Hingegen befanden sich in den Blättern zu den illegalen Gewerkschaftern Österreichs kaum Artikel. Man kann nur Vermutungen anstellen, warum dem so war. Besonders nach der Ermordung Dollfuß durch Nationalsozialisten nahm das Regime die rechtsgerichtete Opposition als „ernstere“

Bedrohung war. Trotzdem erklärt dies nicht, warum die illegalen Gewerkschaften so wenig Beachtung in den christ- gewerkschaftlichen Blättern fanden. Meines Erachtens war die Politik der Einheitsgewerkschaft dafür verantwortlich. Die EG sah sich als einzige legale Nachfolgeorganisation der Freien Gewerkschaften und dementsprechend verhielt sie sich auch. Dadurch ist es nur allzu logisch, dass die illegalen Gewerkschaften in den Pressen der christlichen Gewerkschafter nur dosiert Erwähnung fanden. Man war eher darauf bedacht auf Erfolge der EG hinzuweisen, als die illegalen Untergrundtätigkeiten zu kritisieren. Natürlich ist diese Erklärung ein wenig monokausal. Für eine genauere Analyse müsste man auf alle Fälle zum einen auf die jeweiligen Redakteure und Autoren der Zeitungen eingehen und zum anderen müsste man auch alle Fachbeilagenblätter studieren, um ein „vollständigeres“ Bild zu erhalten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass sowohl die christlichen als auch die illegalen Gewerkschafter in ihren jeweiligen Medien ihr Gegenüber stets negativ darstellten. Bei den Medien der illegalen Gewerkschaften wurde die EG als Feind der Arbeiterschaft beschrieben. Umgekehrt waren die christ- gewerkschaftlichen Blätter etwas verhaltener beim Publizieren über die Illegalen. Jedoch wurden auch die illegalen Gewerkschaften, wenn sie einmal Erwähnung in den christ- gewerkschaftlichen Zeitungen fanden, immer verharmlost oder als Friedensstörer abgetan. Selbst im Jahr 1938, als bereits vereinzelt einige Gewerkschafter aus beiden Lagern eine Annäherung suchten, lässt sich in den Zeitungen kaum eine erkennbare Verbesserung dieses Verhältnisses feststellen.

Grundsätzlich kann man einen gewagten Vergleich mit den heutigen Regierungsparteien und der Opposition anstellen, um das Verhältnis zwischen den illegalen Gewerkschaften und der EG in den Medien besser zu veranschaulichen. Es soll aber keinesfalls der falsche Eindruck entstehen, dass in der Arbeit eine Gleichsetzung des heutigen demokratischen Parlamentarismus mit den damaligen politischen Verhältnissen stattfindet. Dies wäre grundweg falsch und würde die damalige politische Situation bei Weitem verharmlosen. Trotzdem kann man den Vergleich wagen in Bezug auf das damalige gegenseitige gewerkschaftliche Verhältnis in den Medien. Auf der einen Seite steht die Opposition (illegale Gewerkschaften), die stets die regierende Partei (Einheitsgewerkschaft) kritisiert, angreift und mit allen Mitteln versucht Fehler aufzuzeigen. Auf der anderen Seite versuchen die regierenden Parteien auf die Erfolge ihrer Arbeit zu verweisen, so wie dies die EG in den Zeitungen immer wieder tat. Des Weiteren scheuen auch die regierenden Parteien nicht davor zurück, die Opposition zumeist

eher zu verharmlosen oder zu belächeln. Insofern lassen sich durchaus einige Parallelen zwischen heute und damals feststellen. Jedoch muss nochmals betont werden, dass die politischen Verhältnisse im Ständestaat komplett anders waren als heute.

Doch selbst Regierungsparteien versuchen manchmal mit der Opposition in Kontakt zu treten, um eine gemeinsame Verhandlungsbasis zu finden. So ähnlich gestaltete sich dies auch im Ständestaat zwischen den illegalen Gewerkschaften und der Einheitsgewerkschaft. Trotz der sehr einseitigen negativen Berichterstattungen in den jeweiligen Zeitungen und Flugblättern kam es manchmal zu direkten Kontakten zwischen Mitgliedern der EG und der illegalen Gewerkschaften.

4.5.) Direkte Kontakte zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften

Während die Zeitungen und Flugblätter zumeist ein sehr negatives Bild ihres jeweiligen gewerkschaftlichen Gegenübers darstellten und eine breite Arbeiterschicht ansprachen, erfolgt nun ein zweiter Zugang auf einer etwas „höheren“ Ebene. Dabei kommt es zur Betrachtung von direkten Kontakten zwischen EG- Mitgliedern und illegalen Gewerkschaftern. Es soll eine genauere Analyse direkter Verhandlungen zwischen den beiden konkurrierenden Gewerkschaften erfolgen. Dabei kann natürlich nur auf die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften eingegangen werden und nicht auf jede noch so kleine Verhandlung zwischen den beiden Arbeiterorganisationen. Es soll bestmöglich aufgezeigt werden, ob und wann es zu direkten persönlichen Kontakten zwischen den jeweiligen Gewerkschaften gekommen ist. Außerdem wird versucht, den Sinn und Zweck der hinter diesen Treffen stand, zu eruieren. Dazu wird am Rande die Politik und Taktik der EG und der illegalen Gewerkschaften in die Arbeit einfließen.

Meines Erachtens ist es wichtig diesen zweiten Zugang zu beschreiten, da er eine weitere Facette zur Skizzierung des gewerkschaftlichen Verhältnisses darstellt. Nur mit der Analyse der gewerkschaftlichen Medien bekäme man ein zu einseitiges und eindeutiges Ergebnis, dass der Gewerkschaftsthematik im Ständestaat nicht gerecht werden würde. Trotzdem muss an dieser Stelle nochmals darauf verwiesen werden, dass die Arbeit keinesfalls einen vollständigen Charakter über das Verhältnis der EG zu den illegalen Gewerkschaften besitzt. Dazu wären noch wesentlich mehr unterschiedliche Zugänge von Nöten. Grundsätzlich hatte man schon bei der „Österreichischen Arbeiter- Zeitung“ ein bisschen den Eindruck, dass die Einheitsgewerkschaft den illegalen Arbeiterorganisationen „näher“ stand, als den rechten Gruppierungen. Dies gesteht auch Anton Pelinka ein: *„Die Christliche Arbeiterbewegung stand in vielfacher Hinsicht der Linksoption näher als der Rechtsopposition. Die weitgehende Parallelität der Sozialstruktur und das prinzipielle Bekenntnis zur Demokratie waren die Grundlage eines gewissen Naheverhältnisses, das sich vor allem in der Ablehnung der Zweifrontenpolitik äußerte.“*¹⁹⁹

Wie sich mögliche direkte Kontakte der Gewerkschafter sowie die Politik der Gewerkschaften auf das gegenseitige Verhältnis ausgewirkt haben, soll auf den folgenden Seiten genauer erörtert werden.

¹⁹⁹ Anton Pelinka, Stand oder Klasse? (Wien 1972) 153.

Bereits mit Beendigung der Februarkämpfe 1934 gab es direkte Kontakte zwischen ehemaligen freien und christlichen Gewerkschaftern. Korrekterweise muss man aber festhalten, dass zu diesem Zeitpunkt die Einheitsgewerkschaft noch nicht existierte. So kam es kurz nach der Niederschlagung der Februarkämpfe zu direkten Gesprächen zwischen dem christlichen Gewerkschaftsobmann Staud und zwei Mitgliedern der ehemaligen Freien Gewerkschaften, nämlich dem Redakteur Straas und dem Obmann des Bundes der Industrieangestellten Härting.²⁰⁰ Organisiert wurde das Treffen vom ehemaligen Sozialdemokraten Dr. Palla, der trotz der Machtübernahme Dollfuß weiterhin in der Position des Sekretärs der Arbeiterkammer tätig war. Die Freien Gewerkschaften durften dabei legal eine Vorständekonferenz abhalten, um über die mögliche Beteiligung in einer Regierungsgewerkschaft zu beraten. Die Konferenz endete ohne ein eindeutiges Ergebnis. Selbst die christlichen Gewerkschafter wussten noch nicht, welche Rechte und Freiheiten die neue Regierungsgewerkschaft bekommen sollte. Während die Kommunisten stets eine Beteiligung in einer regierungstreuen Gewerkschaft ablehnten, sympathisierten einige sozialdemokratische Funktionäre mit dieser Idee. Allgemein war ein Teil der ehemaligen freien Gewerkschafter uneins, wie man sich im Bezug einer Beteiligung in einer Regierungsgewerkschaft öffentlich äußern und positionieren sollte.

Einige Tage nach dieser ersten misslungenen Konferenz wurde in einem Gasthaus in Hernals eine zweite Versammlung abgehalten. Dabei versuchten die christlichen Gewerkschafter mit aller Vehemenz die Mitglieder der ehemaligen Freien Gewerkschaften für eine Beteiligung in einer Regierungsgewerkschaft zu begeistern. Viele ehemalige freie Gewerkschafter fürchteten eine Angliederung an das verhasste System. Die Verhandlungsteilnehmer waren sich völlig uneins. Schließlich hielt Schiller vom Zentralverein der Kaufmännischen Angestellten eine flammende Rede gegen die Beteiligung in einer Regierungsgewerkschaft. Er polterte gegen den *„Verrat aller freigewerkschaftlichen Ideale und seine Empörung über den Gedanken, daß ein Sozialist, nach allem, was im Februar vorgefallen war, sich mit einem Vertreter der Regierung an einen Tisch setzen könne, und schließlich seine Warnung vor einem Unternehmer, an dem außer der Verachtung der Massen alles ungewiß war, erhob die Versammlung über sich hinaus, und als das Eis gebrochen war, begannen die Wasser zu fließen.“*²⁰¹ Damit kippte die Stimmung endgültig zu Gunsten des Weges in die Illegalität. Nun schworen sich auch die anderen Mitglieder, wie Ackermann, Olah und Holowatij auf die ablehnende Linie Schillers ein.

²⁰⁰ Joseph Buttinger, Am Beispiel Österreichs (Köln 1953) 204.

²⁰¹ Buttinger, Am Beispiel Österreichs, 205.

Ein weiterer Grund für die Ablehnung einer gewerkschaftlichen Beteiligung im Ständestaat ergab sich aus den direkten Gesprächen zwischen den Spitzenfunktionären der ehemaligen Freien Gewerkschaften und dem Regime. So wurde Anfang März 1934 eine Delegation des Siebenerkomitees direkt zum Bundeskanzler geschickt, um über eine mögliche Regierungsgewerkschaft zu verhandeln. Dieser Delegation gehörten Mantler, Härting, Tomandl, Fitztum und Fränkel an. Unter der Führung Mantlers forderte die Gruppe die Zurücknahme der Einheitsgewerkschaft, volle demokratische Freiheit in den Gewerkschaften, die Selbstverwaltung und das Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften. Dollfuß zeigte sich anfangs durchaus kooperativ, die Ideen der ehemaligen freien Gewerkschafter aufzunehmen und zu bearbeiten. Während der Sitzung zwischen dem Siebenerkomitee und der Regierung verließ aber der Bundeskanzler den Raum und überließ die weiteren Verhandlungen seinem Sozialminister Neustädte - Stürmer. Trotz der Bereitschaft der Linksoption im System unter gewissen Voraussetzungen mitzuwirken, erteilte der Minister dem SK eine eindeutige Abfuhr.

„Wie kommen sie auf eine solche Idee? Haben sie vergessen, daß sie die Unterlegenen und wir die Sieger sind?“²⁰² (Odo Neustädter - Stürmer)

Damit war die letzte Hoffnung auf eine mögliche Beteiligung der freien Gewerkschafter in der Einheitsgewerkschaft dahin. Außerdem wurden nach dieser fehlgeschlagenen Verhandlung die Kontakte zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften für längere Zeit auf Eis gelegt. Trotzdem erscheint es aus heutiger Sicht ein bisschen verwunderlich, dass ein Regime, das die Freien Gewerkschaften verbot und bekämpfte, nach den Februarereignissen gerade diese Arbeiterorganisation zur Beteiligung in einer möglichen Regierungsgewerkschaft anwarb. Ebenso eigenartig erscheint, dass trotz der verheerenden Februarereignisse einige Mitglieder der ehemaligen Freien Gewerkschaften einen gewissen Ausgleich mit dem Regime suchten. Die Treffen der beiden Gewerkschaftslager kurz nach den Februarereignissen standen aber unter gewissen rationalen Gesichtspunkten.

So versuchten die christlichen Gewerkschafter eine Anwerbung von möglichst vielen Arbeitern, welche nun „gewerkschaftslos“ geworden sind, zu erreichen. Dazu wollte man sich natürlich auch die Hilfe der ehemaligen Freien Gewerkschaften sichern, um gegen gewerkschaftliche Pläne der Heimwehr besser vorgehen zu können. Die Freien

²⁰² Buttinger, Am Beispiel Österreichs, 206.

Gewerkschaften waren in der ersten Republik Österreichs mit Abstand die größte Gewerkschaft des Landes und selbst nach den Februarkämpfen gab es eine große Anzahl an Sympathisanten der FG. Die christlichen Gewerkschafter wollten die ehemaligen freien Gewerkschafter in das neue System nur integrieren. Sie wollten auf keinen Fall ihre neue Machtposition im Ständestaat verlieren. Deshalb wurden von Seiten der christlichen Gewerkschafter nur sehr wenige Zugeständnisse an die Illegalen gemacht. Dies hing aber teilweise mit der einfachen Tatsache zusammen, dass Staud und die christlichen Gewerkschafter ebenfalls keine Ahnung hatten, wie Dolfuß die neue Regierungsgewerkschaft genau organisieren wollte. Welche Rechte sollte die neue Gewerkschaft erhalten oder wie sollte sie gegliedert sein, waren Fragen, die nach wie vor offen standen. Als sich die Idee einer Einheitsgewerkschaft abzeichnete, löste das bei den Vertretern der Christlichen Gewerkschaften keinesfalls große Freude aus. Dennoch stimmten sie dem Plan des Kanzlers zu und übernahmen das Ruder im Gewerkschaftsbund.

Hingegen versuchten die ehemaligen freien Gewerkschafter ihre Macht nicht komplett zu verlieren. Gerade bei einigen sozialdemokratischen Funktionären war eine Beteiligung in einer Regierungsgewerkschaft durchaus im Bereich des Möglichen. Allgemein lässt sich eine sehr versöhnliche Politik bei den Sozialdemokraten feststellen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Kommunisten schon längst im Untergrund tätig. Die sozialdemokratischen Vertreter standen vor einem Dilemma. Einerseits wollte man weiterhin an der Macht oder zumindest in wichtigen Positionen bleiben, andererseits hätte man bei einer wirklichen Teilnahme an einer Regierungsgewerkschaft seine Glaubwürdigkeit bei der Arbeiterschaft Österreichs vollständig verloren.

Die direkten Kontakte zwischen der christlichen Arbeiterbewegung und den ehemaligen Freien Gewerkschaften basierten zum großen Teil auf reinem Machtkalkül. Durch die historischen Ereignisse, die politischen Ideologien sowie die neuen Machtverhältnisse konnte aber keine wirkliche fruchtbare Zusammenarbeit erfolgen. Zu diesem Ergebnis gelangt auch Anton Pelinka: *„Diese machtpolitischen Umstände machten eine Kooperation zwischen der christlichen Arbeiterbewegung und der illegalen Linksoption unmöglich. Jede wirkliche Zusammenarbeit hatte zur Voraussetzung, daß die Christliche Arbeiterbewegung ihre 1934 erworbene Stellung zumindest teilweise aufgab. Da die Christliche Arbeiterbewegung dazu nicht bereit war, im Rahmen ihrer Funktion als Bestandteil und Stabilisator des Systems dazu gar nicht bereit sein konnte, gab es zwischen der Christlichen Arbeiterbewegung und den*

*Organisationen der illegalen Linksopposition bis zum Jahreswechsel 1937/ 1938 keinen Kontakt.*²⁰³

Wie bereits Anton Pelinka erörterte, gab es in den folgenden Jahren keine direkten Kontakte zwischen den Mitgliedern der EG und den illegalen Gewerkschaften. Während der Gewerkschaftsbund sich auf seine Aufgaben stürzte, versuchten die Illegalen durch Boykotte und Infiltrierung die EG für ihre Belange zu benutzen. Die Spitzenfunktionäre der beiden gewerkschaftlichen Lager sollten erst wieder Ende 1937 und Anfang 1938 in direkte Verhandlungen treten. Zwar kam es hie und da zu einigen Annäherungsversuchen, die jedoch ohne nennenswerte Erfolge blieben. Dennoch soll auf den folgenden Seiten einige Annäherungsversuche genauer beleuchtet werden.

Einer, der immer wieder zwischen den Fronten der beiden politischen Richtungen vermittelte, war Ernst Karl Winter. Zwar konnte er direkte Verhandlungen zwischen den beiden Gewerkschaften nicht herstellen, jedoch war er bemüht einen gewissen gemeinsamen Konsens zwischen den unterschiedlichen politischen Gruppierungen zu finden. Ernst Karl Winter ist ein Paradebeispiel dafür, dass trotz des Kontaktabbruchs zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften einige Personen durchaus in kleinerem Rahmen eine Vermittlung der unterschiedlichen politischen Richtungen vorantrieben. Seinen Ursprüngen her war Ernst Karl Winter ein Monarchist und Mitglied des CV. Eigentlich stand er dem katholischen konservativen Lager nahe, jedoch betrieb er eine äußerst unkonventionelle Politik. So lobte er zum Beispiel die Kommunalpolitik der Gemeinde Wien oder protestierte gegen die Ausschaltung des Parlaments.²⁰⁴

*„Niemand, der Geist und Buchstaben der Bundesverfassung kennt, und nicht trotzdem die Überzeugung hegt, der höhere Zweck des irgendeinem Gruppeninteresse nützlichen Umbaues der Verfassung im Sinne der Mehrheitsherrschaft oder der Ständestaatsorganisation rechtfertige alle dafür eingesetzten Mittel, kann im Ernst leugnen, daß dieses Vorgehen in der Tat ein echter Staatsstreich war, der ausschließlich dadurch eine Abmilderung erfuhr, daß ihn die Opposition selbst nicht für wahr halten wollte.“*²⁰⁵

²⁰³ Pelinka, Stand oder Klasse?, 145.

²⁰⁴ Pelinka, Stand oder Klasse?, 51.

²⁰⁵ Die Staatskrise in Österreich. Der Staatsstreich vom 7. März. In: Wiener Politische Blätter Nr.1 (16. April 1933) 28.

Winter forderte einerseits eine Rückbesinnung auf die demokratischen Werte und andererseits eine Annäherung des Regimes an die illegale Linksopposition sowie ein Bündnis mit der Sozialdemokratie. Aber gerade diese „Zwitterstellung“ brachte ihm das Misstrauen beider politischen Lager ein. So wurde er des Öfteren als „*ein Bündel von Widersprüchen*“²⁰⁶ bezeichnet. Er blieb mit seinen Anliegen stets ein Außenseiter bei der christlichen Arbeiterbewegung. Zugleich misstrauten ihm auch die Illegalen, da er dem ständestaatlichen System diene. Zwar war Winter für eine gegenseitige Kooperation der beiden Gewerkschaften bereit, jedoch stand er damit auf verlorenem Posten.

Aus diesen Gründen waren seine Versuche und die Soziale Arbeitsgemeinschaft, in der er tätig war, zum Scheitern verurteilt. Seltsamerweise diene besonders die SAG als Sprungbrett für illegale Gewerkschafter, um in eine legale Position zu gelangen. Die SAG wurde immer wieder zur Kontaktaufnahme zwischen den Illegalen und der EG benutzt und hatte somit einen völlig anderen Sinn und Zweck erfüllt, als für den es eigentlich bestimmt war. Die Versuche Winters, die Spitzfunktionäre der EG und der illegalen Gewerkschaften an einen Tisch zu bringen, blieben leider erfolglos.

Eine weitere Annäherung zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern versuchte auch der Präsident der EG Johann Staud herzustellen. Das Scheitern dieses Annäherungsversuches war geradezu bezeichnend für die gesamte Politik des Gewerkschaftsbundes. Ende 1936, Anfang 1937 besuchte Staud das internationale Arbeitsamt in Genf.²⁰⁷ Dabei redete der Präsident der EG mit dem holländischen Gewerkschafter Adolf Staal über die gewerkschaftliche Situation in Österreich. Staal hatte sehr gute Verbindungen zu Österreichs illegalen Gewerkschaften und vermittelte sein Gespräch mit Staud dem Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Walter Schevenels. Laut Staal habe Staud in dem Gespräch offen über eine Verständigung des Regimes mit der Linksopposition geliebäugelt. Er sprach über freie Gewerkschaftswahlen und wünschte zu wissen, wie der IGB und die ehemaligen Freien Gewerkschaften Österreichs zu seinem Vorschlag standen. Jedoch musste die Antwort über den Internationalen Gewerkschaftsbund erfolgen, da man laut Staud in Österreich nicht offen über diese Thematik reden konnte. Leider kann man aus heutiger Sicht nicht mehr feststellen, ob der Präsident der EG mit der Zustimmung Schuschniggs oder auf Eigeninitiative diese Gespräche führte. Fest steht, dass Schevenels die Nachricht über Umwegen an die österreichischen illegalen Gewerkschaften rund um Mantler weitergab. Die

²⁰⁶ Josef Hindels, Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934 -1945 (Wien 1976) 89.

²⁰⁷ Otto Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund (Wien 1963) 110.

Ironie an der ganzen Sache war, dass Mantler einen Tag nach Überbringung der Nachricht verhaftet und für ein halbes Jahr eingesperrt wurde. Staud wagte es in der folgenden Zeit nie mehr mit Staal in Kontakt zu treten. *„Es hatte sich um einen jener nur mit halben Herzen unternommenen Versuche des österreichischen Regimes zur Herstellung einer Verbindung mit „Linkskreisen“ gehandelt, aber wie auch in anderen Fällen folgte dem zaghaften halben Schritt der entschiedene, vollständige Rückzug.“*²⁰⁸

Bevor nun auf die Ereignisse rund um den Einmarsch der Nationalsozialisten in Österreich Bezug genommen wird, soll noch ein letzter Annäherungsversuch in den Fokus gestellt werden. Eine entscheidende Rolle dabei spielte Dr. Karl Renner, der über den Vorarlberger Prälaten Dr. Drexel Kontakt zu dem Villacher Eisenbahnvertrauensmann Josef Petschnig herstellte. Petschnig wiederum informierte Mantler und so kam es kurz vor dem Berchtesgadener Abkommen zu einem Treffen in der Wohnung Drexels an dem Staud und Mantler teilnahmen. Man sprach über mögliche freie Gewerkschaftswahlen in Österreich. Jedoch war Staud nicht bereit Zugeständnisse zu machen. Somit endete auch dieser Annäherungsversuch ergebnislos. Obwohl die drohende Gefahr aus Deutschland schon spürbar war, gab es zwischen den beiden Gewerkschaften keine Einigkeit darüber, wie man einen gemeinsamen Konsens schaffen könnte. Im Gegensatz zu den zwei zuvor erläuterten Annäherungsversuchen gab es bei der von Renner initiierten Verhandlung schon wieder Kontakte zwischen den Spitzenfunktionären der beiden Gewerkschaften. Besonders in den letzten Monaten bis zum Einmarsch der Nationalsozialisten in Österreich sollten die direkten Kontakte zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern auf „wundersame“ Weise enorm zunehmen.

Die Angst vor einer Machtübernahme der Nationalsozialisten veranlasste beide Gewerkschaften über mögliche Kooperationen zu verhandeln. Die illegalen Gewerkschaften verwiesen schon seit längerem in diversen Denkschriften und Flugblättern auf die Gefahr des Nationalsozialismus. Nun begann auch die Einheitsgewerkschaft gegen die Nationalsozialisten in Österreich (Arthur Seyß-Inquart) mobil zu machen. Deshalb wurde am 17. Februar 1938 eine Konferenz der EG abgehalten, in der man eindeutig für ein unabhängiges, selbstständiges Österreich eintrat. Trotzdem hielt Staud nach wie vor an der christlichen Monopolstellung im Gewerkschaftsbund fest. Friedrich Hillegeist der Präsident der FRAGÖ bemerkte ebenfalls einen Wandel bei einigen Mitgliedern des ständestaatlichen Regimes.

²⁰⁸ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 111.

„Wir hatten seit der Regierungsbildung mit vielen Leuten von der anderen Seite verhandelt. Die Sorge wegen der weiteren Entwicklung hatte auch bei vielen Funktionären der VF und EG die Einsicht verstärkt, daß man die Roten unbedingt brauchen wird, und so wurde immer wieder sondiert, um welchen Preis man uns gewinnen könnte. Aber alle diese Besprechungen mit den verschiedensten Gesprächspartnern endeten damit, daß sich alle für unzuständig erklärten, gegenüber den gestellten Forderungen irgendwelche Zugeständnisse machen zu können; das könnte höchstens der Bundeskanzler selbst entscheiden.“²⁰⁹

Dennoch sträubte sich Schuschnigg davor in direkte Verhandlungen mit den Illegalen zu treten. In der Zwischenzeit hatte sich ein so genanntes Arbeiterkomitee aus den unterschiedlichen illegalen Arbeiterorganisationen gegründet, das der Illegalen Bundesleitung der Freien Gewerkschaften sehr nahe stand. Man übte Druck auf Staud aus bezüglich einer Aussprache des Komitees beim Bundeskanzler. In der weiteren Folge durfte das Arbeiterkomitee zwischen dem 20.- 24. Februar 1938 bei Wiens Bürgermeister Schmitz und dem Staatspolizeichef Hofrat Weiser vorsprechen, wobei ein Betriebsrat aus Floridsdorf angeblich folgende treffende Bemerkung von sich gab.²¹⁰

„Ich bin Dreher. Wenn Hitler kommt, wird vieles verschwinden, aber ganz bestimmt nicht die Dreher. Man wird sie immer brauchen, und ganz besonders braucht sie der Hitler. Ob er einen Bürgermeister Schmitz oder Hofrat Weiser braucht, ist eine andere Sache...“²¹¹

Bei diesen Gesprächen zwischen dem 20.- 24. Februar 1938 erhielt das Komitee unter der Leitung Friedrich Hillegeist am 22. Februar 1938 vom Organisationsleiter der Vaterländischen Front Dr. Hansch die Zusage bei Schuschnigg vorzusprechen. Leider kam es zu diesem Gespräch nicht, da Schuschnigg an diesem Tag eine Rede vor dem Bundesrat hielt. Hillegeist spielte in den letzten Tagen des unabhängigen Österreichs eine herausragende Rolle, da er zugleich den Kontakt zwischen der Illegalen Bundesleitung der Freien Gewerkschaften Österreichs und den Vertrauensmännern hielt. Leider verzögerte sich das Gespräch mit dem Bundeskanzler und man verlor wichtige Zeit.

²⁰⁹ Friedrich Hillegeist, Mein Leben im Wandel der Zeit (Wien 1974) 70.

²¹⁰ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 137.

²¹¹ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 121f.

Neben Wien kam es aber auch in Graz zu verstärkten Kontakten zwischen dem Regime und der Linksopposition. Besonders in Graz versuchten die Nationalsozialisten Fuß zu fassen und forderten ihre Mitglieder zum „Marsch nach Wien“ auf. Dementsprechend wurde die steirische Landeshauptstadt vom österreichischen Bundesheer eingekreist und bewacht. Selbst die linken Organisationen in Graz suchten eine Kooperation mit dem dort stationierten Heer. Der ehemalige Schutzbund Stabschef Major Eifler trat zu diesem Zwecke sogar in Kontakt mit dem Offizier des Bundesheeres General Zehner und dem Wiener Bürgermeister Schmitz. Man wollte, dass die Arbeiter auf Seiten der Exekutive gegen die „braune Gefahr“ kämpften. Trotzdem kam es weiterhin zu keinen direkten Gesprächen der Illegalen mit dem Bundeskanzler. Stattdessen wurden am 1. März 1938 weitere Verhandlungen mit Johann Staud geführt.

Einen entscheidenden Schritt, damit das Arbeiterkomitee bei Schuschnigg vorsprechen konnte, leistete der Vorsitzende der Sudetendeutschen Christlichen Gewerkschaften Hans Schütz. Er kam Anfang März nach Wien und begutachtete die politische Lage des Landes. Er pflegte einerseits eine sehr gute Beziehung zu Staud, hatte aber auch einige gute Kontakte zu den Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei. In den nächsten drei Tagen vom 1.-3. März traf er sich sowohl mit den Mitgliedern der EG, als auch mit 40 Vertrauensleuten aus Wiener Betrieben. Nach seinen Gesprächen mit den unterschiedlichen Arbeitervertretern ersuchte er Schuschnigg, dass das Arbeiterkomitee bei ihm vorsprechen dürfe.²¹²

So kam es am Abend des 3. März 1938 wirklich zu einem Gespräch zwischen dem Arbeiterkomitee unter der Leitung Friedrich Hillegeists und dem Bundeskanzler. Insgesamt waren auf Seiten des Komitees 20 Leute vertreten, 14 davon waren Vertrauensleute größerer Betriebe Wiens. Friedrich Hillegeist leitete das Komitee. Das Treffen war *„das offene Auftreten einer Arbeiterdelegation aus den Betrieben mit einem freien Mandat und nicht über die offizielle Gewerkschaft gesteuert.“*²¹³ Nach dem Friedrich Hillegeist die einzelnen Vertreter der Kommission vorstellte, begann er mit seiner Rede. Er bedauerte, dass dieses Treffen erst so spät zustande gekommen sei und erklärte die Situation. Nachdem er den Kanzler fragte, ob dieser nun bereit sei sich die Forderungen anzuhören, willigte Schuschnigg ein. Nun sprachen nacheinander die Mitglieder des Komitees vor. Alle forderten unter anderem freie Gewerkschaftswahlen und die Zulassung der Gewerkschaftspresen. Zugleich

²¹² Ludwig Reichhold, Geschichte der christlichen Gewerkschaften Österreichs (Wien 1987) 561.

²¹³ Walter Göhring, Brigitte Pellar, Anpassung und Widerstand. Arbeiterkammer und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat (Wien 2001) 166.

standen auch alle Mitglieder hinter einem unabhängigen, selbstständigen Österreich, das mit allen Mitteln verteidigt werden musste, wenn man gewisse Forderungen erfülle. Schuschnigg erklärte sich bereit auf die einzelnen Punkte einzugehen und übergab die Verhandlungen bezüglich politischer Fragen an Minister Rott und Staatssekretär Watzek und die gewerkschaftlichen Fragen leitete der Kanzler an Staud weiter. Außerdem bekamen die illegalen Arbeiterorganisationen die Erlaubnis, legal eine Konferenz abzuhalten.

So kam es, dass am 7. März 1938 eine Vertrauensmännerkonferenz im Arbeiterheim Floridsdorf abgehalten wurde. An dieser Versammlung nahmen 350 Arbeitnehmervvertreter teil. Nach stundenlangen Debatten kam man zu dem Entschluss, den Kampf um die Unabhängigkeit Österreichs zu unterstützen, jedoch mussten im Gegenzug gewisse Mindestrechte der Arbeiterschaft zugesichert werden. Mit dieser Grundeinstellung gingen nun die Verhandlungen zwischen den illegalen Arbeiterorganisationen und dem Regime über die Bühne. Zugleich starteten in einigen Betrieben Proteste gegen die Nationalsozialisten. In Wien gingen die Menschen mit roten Nelken auf die Straße. Es kam zu Kundgebungen gegen Hitler. Auf der anderen Seite gab es aber in einigen Städten auch Marschumzüge der Nationalsozialisten. Allgemein war die Situation in Österreich äußerst angespannt. Trotz der prekären Lage Österreichs zogen sich die Verhandlungen zwischen dem Regime und den Illegalen in die Länge. Laut Hillegeist gingen die *„Verhandlungen mit Rott, Watzek und Staud nur sehr langsam vorwärts.“*²¹⁴ Nichtsdestotrotz rief Schuschnigg am 9. März 1938 eine Volksbefragung für den 13. März 1938 bezüglich eines unabhängigen, selbstständigen Österreichs ins Leben.

Nun ging es in den Verhandlungen verstärkt darum, unter welchen Voraussetzungen die ehemaligen Freien Gewerkschaften der Wahl positiv zustimmten. Bald zeichnete sich zwischen Minister Rott, Friedrich Hillegeist und Karl Hans Sailer eine positive Einigung ab. Dabei sollte die SAG (Soziale Arbeitsgemeinschaft) zu einem politischen Sammelbecken der Linksopposition unter der Führung Sailers und dessen Stellvertreter Ferdinand Strasser dem damaligen Vizebürgermeister von St. Pölten ausgebaut werden. Strasser sollte im dritten Reich ein grausames Schicksal erleiden. Er wurde von den Nationalsozialisten 1942 hingerichtet. Daneben verhandelte Alois Köhler, Betriebsobmann von Siemens- Schuckert Floridsdorf, mit Hofrat Weiser, um ein freies Demonstrationsrecht für die Linken. Bei Weiser stieß er damit jedoch auf taube Ohren, da nach dessen Ansicht auch die Nationalsozialisten nicht

²¹⁴ Hillegeist, Mein Leben im Wandel der Zeit, 75.

demonstrieren durften. Daneben zogen sich die Verhandlungen mit Staud in die Länge, der nach wie vor keine freien Gewerkschaftswahlen zulassen wollte. Erst am 11. März stellte die Einheitsgewerkschaft mögliche freie Wahlen im Gewerkschaftsbund in Aussicht.

In den letzten zwei Tagen vor dem Anschluss Österreichs an Deutschland tagte die Illegale Bundesleitung der Freien Gewerkschaften im Cafe Meteor im dritten Bezirk in der Fasangasse. Trotz der zähen Verhandlungen mit Staud, kam man zu dem Entschluss, die ausgerufene Wahl Schuschniggs zu unterstützen. Daneben gaben auch die Revolutionären Sozialisten und Kommunisten die Parole aus mit „Ja“ für Österreich zu stimmen. Damit standen sowohl alle politischen, wie auch gewerkschaftlichen illegalen Organisationen geschlossen hinter der Wahl Schuschniggs. Obwohl die Nationalsozialisten früher des Öfteren eine Abstimmung über den Verbleib Österreichs forderten, kam diese Wahl nun für Hitler völlig Ungelegen.

Hitler übte sofort Druck auf den österreichischen Kanzler aus und forderte ihn zum Rücktritt auf. Am 11. März um 19:50 Uhr hält Schuschnigg seine letzte Rede und demissioniert. Er übergab die Regierung dem Nationalsozialisten Arthur Seyß- Inquart. Am nächsten Tag dem 12. März 1938 marschierten deutsche Truppen in Österreich ein.

4.6.)Resümee

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass direkte Kontakte zwischen den illegalen Gewerkschaften und der EG in den Jahren zwischen 1933 und 1938 äußerst selten der Fall waren. Nur am Anfang des Ständestaates sowie beim Untergang dessen mehrten sich die direkten Verhandlungen zwischen den beiden unterschiedlichen politischen Lagern. Trotzdem kam es auch in der Zeit zwischen 1934 und 1938 zu so manchen Annäherungsversuchen, jedoch beschränkten sich diese zumeist auf den Versuch. Otto Leichter resümiert diese gewerkschaftlichen Kontakte, wie folgt und ortet auch gleich den Grund des Scheiterns der direkten gewerkschaftlichen Verhandlungen.

„Es ist kennzeichnend, daß sowohl beim Durchbruch als auch beim Untergang des österreichischen Faschismus versucht wurde, einen Kontakt zwischen der Regierung und den Freien Gewerkschaften herzustellen. Tatsache ist, daß 1934 wie 1938 dieselbe grundlegende Forderung von den Freien Gewerkschaften erhoben wurde, nämlich die Selbstbestimmung der Arbeiter und Angestellten in ihren Organisationen, und dies in beiden Fällen, zuerst mit dem Hochmut der „siegreichen“ Heimwehr und zuletzt vom Bundeskanzler Schuschnigg und seinen von ihm zu Verhandlungen mit den freien Gewerkschaftern beauftragten Regierungsfunktionären und von den Vertretern des offiziellen „Gewerkschaftsbundes“ mit Angst und Zagen abgelehnt wurde.“²¹⁵

Mit der Niederschlagung der Februarkämpfe 1934 und dem damit verbundenen Verbot der Freien Gewerkschaften begannen bereits erste Verhandlungen zwischen ehemaligen freien und christlichen Gewerkschaftern. Zu diesem Zeitpunkt waren sich selbst die Mitglieder der christlichen Arbeiterbewegung noch nicht sicher, wie Dollfuß die Gewerkschaftsfrage im Ständestaat lösen würde. Zeitgleich wurde das sozialdemokratische Siebenerkomitee gegründet, das als Kontaktstelle zum Regime diente. Das SK legte eine sehr zögerliche Taktik an den Tag und man wankte zwischen Abneigung und Beteiligung in einer möglichen Regierungsgewerkschaft. Schlussendlich entschied man sich dennoch für den Gang in die Illegalität. Dies hing aber auch zum Teil mit der Politik der christlichen Arbeiterbewegung zusammen, da man versuchte, die „Linke“ eher zu bekehren, als ihnen eine eigene unabhängige, selbstständige gewerkschaftliche Vertretung zuzusichern. Leopold Kunschak formulierte die Taktik der christlichen Arbeiterbewegung folgendermaßen.

²¹⁵ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 21f.

*„Was wir brauchen gegenüber der großen Masse der Arbeiter und Angestellten, die wohl heimat-, aber nicht ideenlos geworden ist, das ist, daß wir sie überzeugen davon, daß sie bisher eine Irrlehre nachlebten und daß an Stelle dieser Irrlehre eine ehrliche, berufsständische Ordnung und der Aufbau des Staates nach berufsständischen Grundsätzen tritt, daß sie diesen neuen Glauben ohne Mißtrauen und ohne Vorbehalt in sich aufnehmen und zu dem Entschluß gebracht werden, beim Neuaufbau der Gesellschaft mitzuarbeiten.“*²¹⁶

Die gewerkschaftlichen Kontakte rund um das Jahr 1934 standen unter keinem guten Stern. Die Verhandlungen zwischen den beiden Gewerkschaftslagern blieben zumeist ohne nennenswerte Erfolge. Nachdem die Errichtung der Einheitsgewerkschaft beschlossene Sache war, verloren sich die Kontakte zwischen den illegalen und den christlichen Gewerkschaftern. Trotz mancher Annäherungsversuche gestaltete sich eine Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre als unmöglich.

Erst als die drohende Gefahr für Österreich aus Deutschland erkennbar war, begannen wiederum intensive direkte Verhandlungen zwischen den illegalen Gewerkschaften und der EG. Bezeichnenderweise musste eine gewerkschaftliche Verbindung durch den christlich sozialen Parlamentarier Drexel hergestellt werden, da die christliche Arbeiterbewegung keine Kontakte zu den illegalen Freien Gewerkschaften pflegten. Zwar sah man auf beiden Seiten ein, dass es schleunigst zu einer Kooperation kommen musste, jedoch verliefen die ersten Verhandlungen in der Praxis äußerst schleppend und zäh. Bis zur Vorsprache der Illegalen beim Bundeskanzler verstrich wertvolle Zeit. In weiterer Folge bremsen abermals die christlichen Gewerkschafter die Verhandlungen, da man einen Machtverlust im Gewerkschaftsbund fürchtete, wenn man den illegalen Gewerkschaften freie Wahlen zugestand.

Nichtsdestotrotz gaben die illegalen linken Organisationen ihr „Ja- Wort“ zu Schuschniggs bevorstehender Wahl. Man wollte unter allen Umständen ein freies, unabhängiges Österreich bewahren. Dies wurde auch dem Bundeskanzler Schuschnigg, als das Arbeiterkomitee bei ihm vor sprach, mitgeteilt.

²¹⁶ Leopold Kunschak, Neue Verfassung und Lebensraum der Arbeiterschaft. In: „Österreichische Arbeiter-Zeitung“ Nr. 41 (13. Oktober 1934) 1.

„Herr Bundeskanzler! Uns trennen die offenen Gräben des Februar 1934, aber wir wohnen im gleichen Haus und dieses Haus brennt. Wenn wir den Brand heute gemeinsam löschen, werden wir uns morgen darüber unterhalten, wie es eingerichtet werden soll. Vor uns liegt eine ungeheure Gefahr, wenn es uns nicht gelingt, Einhalt zu gebieten. Denn wenn das Haus Österreich zerstört ist, dann ist alles zu Ende.“²¹⁷

Dennoch blieben alle Bemühungen, eine vernünftige Zusammenarbeit zu finden, unbelohnt. Somit nahm die Geschichte Österreichs mit dem 11. und 12. März 1938 eine dramatische Wende und es öffnete sich eines der dunkelsten Kapitel der österreichischen Geschichte.

Man sollte keinesfalls die Kontakte der illegalen Gewerkschaften und der Einheitsgewerkschaft überbewerten und daraus schließen, dass das Verhältnis der beiden Organisationen positiv gewesen sei. Es war wohl eher das Gegenteil der Fall. Die Gespräche der beiden Gewerkschaften standen zumeist unter gewissen machtpolitischen Aspekten. Dennoch gab es auch immer wieder einzelne Personen aus beiden Lagern, die eine gemeinsame Kooperation forderten und suchten, mit weiser Voraussicht auf das Jahr 1938.

²¹⁷ Leichter, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund, 122.

Endresümee

Nachdem nun beide Zugänge zur Genüge betrachtet wurden, soll in einem letzten Schritt eine Zusammenfassung der Arbeit erfolgen. Dabei werden die zwei Schwerpunkte - die Analyse der gewerkschaftlichen Medien und die Betrachtung der direkten Kontakte zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften - vereint. Vorerst werden die wichtigsten Punkte nochmals resümeeartig zusammengefasst. Außerdem soll ein Ausblick gegeben werden, in welche Richtung die Arbeit thematische Vertiefungen vertragen könnte. Schlussendlich werde ich auch meine eigene Meinung verstärkt einfließen lassen.

Bei den Zeitungen und Flugblättern der Christlichen und der ehemaligen Freien Gewerkschaften kann ein ziemlich eindeutiges Resümee gezogen werden. Die illegalen Zeitungen kritisierten den Gewerkschaftsbund und forderten auf Widerstand gegen jegliche regimetreue Organisationen zu leisten. Durch die unterschiedlichsten Artikel, versuchten die Illegalen auf die Missetaten der EG aufmerksam zu machen. Man bezichtigte die Einheitsgewerkschaft, die Interessen der Arbeiterschaft nicht würdig und wirkungsvoll vertreten zu können. Diese Anschuldigungen kamen nicht von ungefähr, sie hatten durchaus ihre Berechtigung. Der Gewerkschaftsbund war in seinen Rechten und Freiheiten natürlich sehr eingeschränkt. Dementsprechend oft fanden sich solche Kritikpunkte in den illegalen Zeitungen und Flugblättern wieder. Allgemein kann man sagen, dass die EG in den illegalen Gewerkschaftsmedien äußerst negativ dargestellt wurde. Eine Ausnahme stellte dabei die Zeitung „Wochenschau“ dar, welche später in „Der Strom“ umbenannt wurde. „Der Strom“ durfte noch bis Anfang 1935 legal publizieren. Deshalb sparte die Zeitung, Kritik am vorherrschenden System zu üben. Dennoch fanden sich sogar in diesem Blatt manchmal ein paar versteckte Seitenhiebe gegen das Regime. Alle anderen behandelten Zeitungen der illegalen Gewerkschaften „Der Freie Arbeiter“, „Der Freie Angestellte“, „Der Vertrauensmann“ und „Die Gewerkschaft“ nahmen sich kein Blatt vor den Mund und kritisierten die EG, wo es nur ging. Die Flugblätter standen dem um nichts nach.

Auf der anderen Seite ließen die christ- gewerkschaftlichen Zeitungen die Proteste der Linksopposition kalt. In den Pressen der christlichen Arbeiterbewegung fanden die illegalen Gewerkschaften nur äußerst selten Erwähnung. Wenn die Illegalen einmal in Artikeln auftauchten, dann wurden sie stets belächelt und nicht ernst genommen. Zumeist wurden die Illegalen als Störenfriede und Scharlatane abgetan. Auf Kritik der illegalen Gewerkschaften

wurde in den christ- gewerkschaftlichen Pressen keinesfalls Stellung bezogen. Vielmehr versuchten die legalen Zeitungen die EG und das Regime zu rechtfertigen. Oft fand man in den christ- gewerkschaftlichen Blättern Artikel, in denen auf die Erfolge des Gewerkschaftsbundes verwiesen wurde. Alles in allem stellte sich das Verhältnis zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften in den jeweiligen Medien äußerst schlecht dar. Beide Seiten kritisierten jeweils den Anderen, wobei die Kritik der illegalen Gewerkschaften gegenüber der EG wesentlich radikaler ausfiel. Aber auch die legalen Zeitungen ließen kein gutes Haar an den illegalen Gewerkschaften und deren Taten, wenn sie einmal Erwähnung in den Blättern fanden. Somit lässt sich vorerst ein sehr verfeindetes Verhältnis zwischen den beiden Gewerkschaftsgruppen feststellen. Allgemein sollte man jedoch den Inhalt der Zeitungen und Flugblätter mit Vorbehalt betrachten und analysieren. Trotz der negativen Berichterstattungen des jeweiligen gewerkschaftlichen Gegenübers, gab es dennoch direkte Kontakte.

Daher musste auf alle Fälle ein zweiter Schwerpunkt gelegt werden, um kein einseitiges Bild zu erhalten. Die direkten Verhandlungen zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften waren auf den Anfang und das Ende des Austrofaschismus beschränkt. In der Zeit dazwischen gab es zwar einige Annäherungsversuche, jedoch ohne nennenswerte Erfolge. Die Kontakte im Jahr 1934 standen unter sehr pragmatischen Gründen. Die christlichen Gewerkschafter wollten Mitglieder der ehemaligen Freien Gewerkschaften in eine Regierungsgewerkschaft lotsen. Auf der anderen Seite war besonders das Siebenerkomitee uneinig, ob man weiterhin einen gewissen Machtfaktor beibehalten oder in die Illegalität abwandern sollte. Dass es schließlich zur Gründung der Einheitsgewerkschaft unter der Leitung der christlichen Gewerkschafter kam, lag weder an den christlichen noch an den freien Gewerkschaftern. Vielmehr wollten Dollfuß und einige Mitglieder der Regierung diesen Entscheid herbeiführen. Damit waren aber zugleich alle direkten Kontakte zwischen den christlichen und freien Gewerkschaftern erloschen.

Erst durch die drohende Gefahr aus Deutschland begannen die Spitzenfunktionäre der EG und der illegalen Gewerkschaften direkte Verhandlungen wieder aufzunehmen. Besonders die Illegale Bundesleitung der Freien Gewerkschaften Österreichs forderte immer wieder ein selbstständiges, unabhängiges Österreich. Diesem Aufruf schlossen sich die christlichen Gewerkschafter zögerlich an. Leider gingen die direkten Verhandlungen zwischen der EG, dem Regime und den Illegalen nur äußerst schleppend voran. Viel zu spät wurden den

illegalen Gewerkschaften gewisse Zusicherungen versprochen. Dies lag besonders an Staud, der das christ- gewerkschaftliche Machtmonopol in der Einheitsgewerkschaft keinesfalls aufgeben wollte. Es kam nur ein einziges Mal zu direkten Gesprächen zwischen Schuschnigg und den Illegalen. Trotzdem unterstützten die illegalen Gewerkschaften und andere illegale Arbeiterorganisationen die Wahl Schuschniggs für ein freies Österreich. Dies war leider so ziemlich die einzige Kooperation, die zwischen dem christlichen und linken Lager einwandfrei klappte. Leider sollte es zu dieser alles entscheidenden Wahl nicht mehr kommen. Ironischerweise waren die Spitzenfunktionäre des linken und christlichen Lagers danach stärker vereint, als ihnen lieb war.

Grundsätzlich war das Verhältnis zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften äußerst schlecht. Beide Seiten misstrauten dem jeweiligen Anderen. Besonders in den Zeitungen war dieses schlechte Verhältnis fast durchgehend bemerkbar. Die Gründe dafür sollen nun auf den folgenden Seiten genauer beleuchtet werden.

Während die Freien Gewerkschaften vor den Februarereignissen den Ton in der österreichischen Gewerkschaftslandschaft angaben und die Christlichen und Unabhängigen Gewerkschaften eher belächelten. Drehte sich der Spieß nach den Februarereignissen um. Die Christlichen Gewerkschaften erhielten ein Machtmonopol, das sie unter normalen demokratischen Umständen wahrscheinlich niemals erreicht hätten. Dementsprechend zaghaft ging Staud mit den illegalen Gewerkschaften in diverse Verhandlungen. 1934 wollte er die ehemaligen freien Gewerkschafter in die EG integrieren. Im Jahr 1938 hatte er Angst, die EG würde wieder in die Machtsphäre der Linken geraten. Durch diese Einstellung wundert es nicht, dass die ehemaligen Freien Gewerkschaften die Einheitsgewerkschaft als ihren Feind betrachteten. Zuerst löste das Regime die FG auf. In einem nächsten Schritt konfiszierte es die vorhandenen Gewerkschaftsgelder und übergab sie den christlichen Gewerkschaftern. Die illegalen Zeitungen verwiesen des Öfteren darauf, dass die christlichen Gewerkschafter das Geld der FG veruntreut hätten. Rein durch die Ereignisse rund um den Februar und März 1934 war eine erfolgreiche Kooperation zwischen dem linken und dem christlichen Lager undenkbar. Das Verhältnis zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften war dadurch schon grundlegend vergiftet.

Des Weiteren muss man festhalten, dass es schon in der ersten Republik größere Probleme beim Überbrücken von politischen Einstellungen gab. Sozialdemokraten, Christlich Soziale

und Nationale gerieten bei Regierungsbildungen sowie beim Abhandeln politischer Alltagsthemen immer wieder in heftigen Streit. Zwar streiten Politiker heute sicherlich noch genauso viel, aber dennoch ist es mit der damaligen Lage keinesfalls vergleichbar. Die österreichische Demokratie steckte noch in ihren Kinderschuhen und oftmals spielten Ideologien bei den Parteien eine größere Rolle, als die demokratische Kooperation mit anderen Parteien. Diese Grundhaltung schwappte zum Teil auf die jeweiligen politisch beeinflussten Gewerkschaften über. Daher verwundert es auch nicht, dass das Verhältnis zwischen den illegalen Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsbund nicht sonderlich gut war.

Die christlichen Gewerkschafter fürchteten das rechte Lager mehr als das Linke. Durch die Ermordung Dollfuß rückte der Nationalsozialismus wesentlich stärker in den Fokus des Ständestaates. Trotzdem wurden auch die illegalen Gewerkschaften als Feinde deklariert. Sie waren nicht die erklärten „Hauptfeinde“ des Staates, vielmehr waren sie direkte Konkurrenten der christlichen Gewerkschafter. Immerhin buhlten beide Arbeiterinteressenorganisationen um die Gunst der Arbeiter. *„Jene war der Konkurrent um die Gunst der Arbeiterschaft, ein Konkurrent, von dem man sich mit aller Schärfe abgrenzen zu hatte, der aber grundsätzlich bereits besiegt war und dessen Aufwertung die Politik der Bekehrung erschweren musste.“*²¹⁸ Die einen warben in der Illegalität um Mitglieder, die anderen mit allen Mitteln in der Öffentlichkeit.

Ein weiterer Grund, der zum schlechten Verhältnis der beiden gewerkschaftlichen Lager beigetragen hatte, war sicherlich die Politik der Einheitsgewerkschaft. Die EG konnte keinesfalls eine legitime Gewerkschaft bilden, da sie weder demokratisch gewählt wurde, noch die Rechte der Arbeiter wirklich vertreten konnte. Die ehemaligen freien Gewerkschafter kritisierten immer wieder, dass sich die Lage der österreichischen Arbeiter stetig verschlechtere. Natürlich versuchte die EG die Arbeiterschaft, so gut es ging, zu unterstützen. Dieses Unterfangen konnte man ihr nicht abstreiten. Dennoch waren die gesetzlichen Grenzen und das Betätigungsfeld des Gewerkschaftsbundes sehr eng abgesteckt. Noch dazu handelten die christlichen Gewerkschafter stets systemkonform und standen hinter den ständestaatlichen Prinzipien. Dies machte eine gewerkschaftliche Kooperation nicht gerade leichter.

Einige Menschen wie Ernst Karl Winter versuchten eine Annäherung zwischen den beiden Gewerkschaften herbeizuführen. Sein Scheitern war aber geradezu bezeichnend für das

²¹⁸ Anton Pelinka, *Stand oder Klasse?* (Wien 1972) 148.

Verhältnis zwischen den beiden gewerkschaftlichen Lagern. Während ihm die Linksoption nicht traute, verweigerten die eigenen Leute dem Politiker oftmals die Treue. Beide Seiten misstrauten Winter und seinen Ideen, somit waren jegliche Kooperationsversuche von vornherein schon schier unmöglich. Winter war sicherlich eine Ausnahmeerscheinung in seinem Tun und Handeln. Es gab aber auch Funktionäre oder Politiker (Renner), die eine gewerkschaftliche Kooperation zumindest forderten.

Ein weiteres Problem, das sich dabei auftat, war die Tatsache, dass man auch Angst haben musste, von den eigenen Leuten verpöfien zu werden, wenn man mit dem „Feind“ verhandelte. Es kam dazu, dass zwar einige Funktionäre durchaus eine gewerkschaftliche Zusammenarbeit befürworteten, aber niemals in die Tat umsetzten. Falls christliche Gewerkschafter dennoch in direkte Verhandlungen mit den Illegalen traten, so tat sich eine neue Hürde auf. Sie konnten den Illegalen niemals echte Zugeständnisse machen. Dies war einzig und allein Aufgabe des Bundeskanzlers. Deshalb suchten die illegalen Gewerkschaften im Februar 1938 auch das direkte Gespräch mit Schuschnigg. Die EG war schier ungeeignet, denn sie konnte nicht mehr bieten als ein mögliches „Vielleicht“.

All diese Gründe, warum das Verhältnis zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften äußerst schlecht war, haben ihre Berechtigung. Trotzdem kann man das gewerkschaftliche Verhältnis nicht nur auf diese negative Art und Weise skizzieren. Vereinzelt gab es immer wieder kleine Lichtblicke, die oftmals in der Geschichte der Gewerkschaften im Ständestaat unter den Teppich gekehrt wurden.

Es war nicht selbstverständlich, dass die EG und die illegalen Gewerkschaften überhaupt direkte Verhandlungen führten. Trotz einer Vielzahl an Differenzen, gab es auf beiden Seiten Bestrebungen, eine gemeinsame, gewerkschaftliche Kooperation herbeizuführen. Das dies nie klappte, lag an den mannigfaltigen Gründen, auf die zum Teil schon eingegangen wurde. Obwohl die direkten Kontakte zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften nach 1934 für einige Jahre erloschen, waren sie 1938 sicherlich ein entscheidender Faktor dafür, das Regime mit den Illegalen zu versöhnen. Gerade die Politiker wie Renner forderten eine Versöhnung des Regimes mit den Illegalen über den Weg der Gewerkschaften. Somit hatte das Verhältnis zwischen den illegalen Gewerkschaften und der Einheitsgewerkschaft durchaus etwas „Gutes“ an sich. Keine andere staatliche Institution verhandelte so viel mit den Illegalen wie der Gewerkschaftsbund. Die Gründe dafür seien einmal bei Seite geschoben. Es bestand

ein breites Spannungsverhältnis zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften, von totaler Abneigung und geringem Vertrauen bis hin zu möglicher Kooperation. Beide Seiten legten auch immer ein gewisses Machtkalkül an den Tag, dass für die direkten Verhandlungen in den Jahren 1934, wie auch 1937/ 38 sicherlich nicht gerade von Vorteil war.

Dieses Spannungsverhältnis konnte auch anhand der beiden Zugänge, die in dieser Arbeit beschritten wurden, festgemacht werden. Auf der einen Seite vermittelten die Medien der beiden gewerkschaftlichen Lager ein eindeutig verfeindetes Bild. Nur ganz selten schlug man versöhnlichere Töne einer möglichen Zusammenarbeit an, wie zum Beispiel in der „Österreichischen Arbeiter- Zeitung“. Zumeist jedoch wurde das jeweilige gewerkschaftliche Gegenüber entweder total ignoriert und belächelt oder kritisiert und verhöhnt. Zugleich belegt der zweite Schwerpunkt der Arbeit, dass es trotz heftiger Unstimmigkeiten zu einigen direkten Kontakten zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften gekommen war.

Die Ergebnisse der zwei unterschiedlichen Zugänge schließen sich aber keinesfalls aus. Oftmals wurde und wird bis heute in den Medien ein überzeichnetes Bild dargestellt. Man musste die Leserschaft mit teils überspitzten Formulierungen auf Kurs halten. Die Zeitungen und Flugblätter hatten eine gewisse propagandistische Wirkung auf die Arbeiterschaft - nicht vergleichbar mit der Propagandapolitik der Nationalsozialisten. Trotzdem versuchten die Zeitungen die jeweils andere Gewerkschaft zu kritisieren. Man war in den Medien stets bemüht, die andere Gewerkschaft bloßzustellen oder fast schon provokant zu ignorieren. Heutige Medien stehen den Damaligen in dieser Art und Weise des Journalismus um nichts nach. Zumeist folgten die Zeitungen der offiziellen Politik der jeweiligen Gewerkschaften.

Was sich aber hinter den Kulissen abspielte, stand auf einem anderen Blatt geschrieben. Trotz der, zum Teil übertriebenen Berichterstattungen der einzelnen Zeitungen, gab es zu gewissen Zeiten durchaus rege Kontakte zwischen beiden Gewerkschaften. Jedoch ließen die Medien diese direkten gewerkschaftlichen Verhandlungen links liegen. Während beispielsweise Anfang 1938 einige Kontakte zwischen Regime und den Illegalen zustande gekommen waren, um einer möglichen nationalsozialistischen Gefahr vorzubeugen, lässt sich in demselben Zeitraum in den Medien keine Verbesserung des gewerkschaftlichen Verhältnisses erkennen. Nur bei der von Schuschnigg initiierten Wahl für ein unabhängiges, selbstständiges, freies Österreich zogen alle Zeitungen an einem Strang. Es kam zu Inseraten und Artikel, mit dem Aufruf, bei der kommenden Wahl mit „Ja für Österreich“ zustimmen.

Wieder einmal gelangt man zur wenig überraschenden Erkenntnis, dass das Verhältnis zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften keineswegs gut war, sondern zumeist äußerst distanziert blieb. Die historischen Ereignisse, die Politik und die Ideologien waren einfach zu tief ins Bewusstsein der beiden Gewerkschaftsrichtungen verankert, als dass eine nützliche wirksame Kooperation entstehen hätte können. Man kann festhalten, dass *„die Frage einer Zusammenarbeit mit den Revolutionären Sozialisten oder mit den (illegalen) Freien Gewerkschaften innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung niemals ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Zu schmerzhaft waren die Februarereignisse gewesen, zu provokativ die Gewerkschafts- und Kammerfunktionen, die die Christliche Arbeiterbewegung von der Diktatur angenommen hatte.“*²¹⁹

Doch kann diese monokausale Antwort nicht genügen, denn es kam zumindest zu einigen Annäherungsversuchen und sogar direkten Verhandlungen. Die „Beziehung“ zwischen dem Gewerkschaftsbund und den Illegalen im Ständestaat diente als Basis für mögliche Kooperationen zwischen Regime und der gesamten Linksopposition. Gerade erst durch das legale und illegale Gewerkschaftsmilieu konnten zum Beispiel direkte Gespräche zwischen der Linksopposition und Schuschnigg überhaupt stattfinden. Dass die Verhandlungen scheiterten, lag aber zum Teil wiederum an der Einheitsgewerkschaft. Somit kommt man zu folgender Schlussfolgerung: Das Verhältnis zwischen der EG und den illegalen Gewerkschaften förderte teilweise das Zustandekommen von Verhandlungen zwischen Regime und Illegalen, zugleich wirkte es aber auch äußerst hemmend auf den Verlauf der Verhandlungen. Das Verhältnis zwischen den legalen und den illegalen Gewerkschaften stand immer unter einer gewissen Spannung.

Als Historiker sollte der Gebrauch des Konjunktivs vermieden werden, aber gerade bei dieser Thematik ist es ein sehr interessantes Gedankenspiel. Was wäre gewesen, wenn doch noch eine Einigung zwischen der Linksopposition und dem Regime zustande gekommen wäre und man gemeinsam den Kampf gegen die Nationalsozialisten geführt hätte? Eine weitere Frage, die auch immer wieder auftaucht, ist die Frage nach der Schuld. Wer war Schuld am Scheitern der Kooperation zwischen den illegalen Gewerkschaften und der Einheitsgewerkschaft?

Bezüglich der Schuldfrage, muss man stark differenzieren. Gerade im Jahr 1934 und in den folgenden Jahren gingen von beiden Gewerkschaftsseiten gewisse entgegengesetzte

²¹⁹ Pelinka, Stand oder Klasse?, 150.

Bestrebungen aus. Es wäre falsch, nur die Einheitsgewerkschaft der alleinigen Schuld zu bezichtigen, eine mögliche Kooperation verhindert zu haben. Für die wichtigen Verhandlungen 1938 wirkten aber gerade Staud und die EG- Mitglieder äußerst hemmend für einen positiven Abschluss der Konferenzen. Während sich in politischen Fragen ein Ergebnis abzeichnete, wurde in Fragen rund um mögliche Gewerkschaftswahlen stark auf die Bremse gedrückt. Dennoch gingen auch noch von anderen Personen der VF Versuche aus, eine Zusammenarbeit zwischen dem Regime und den Illegalen zu verhindern. Nebenbei vergisst man oft, dass die Einheitsgewerkschaft sogar staatsintern mit starkem Gegenwind zu kämpfen hatte. Dies sei aber nur kurz am Rande erwähnt.

Aus Gründen der Vorgaben zur Arbeit konnten nur zwei Schwerpunkte zum Thema gesetzt werden. So wäre besonders eine thematische Vertiefung von Nöten, in der auf die unteren Schichten der Mitglieder der EG, sowie der illegalen Gewerkschaften eingegangen würde. Vielleicht pflegten einige Gewerkschaftsmitglieder Kontakte mit der jeweiligen anderen Gewerkschaft? Dieser Ansatz wäre durchaus interessant und möglicherweise erlangt man ein komplett anderes Ergebnis, als es bei den Spitzenfunktionären der Fall war. Aus heutiger Sicht ist aber eine genauere Feststellung, ob die unteren „Etagen“ der EG und der illegalen Gewerkschaften ebenfalls direkte Kontakte pflegten, wahrscheinlich äußerst schwer zu rekonstruieren.

Sicherlich zu kurz geraten ist die Betrachtung und der Vergleich der Zeitungen. Auf beiden Gewerkschaftsseiten gab es wesentlich mehr Zeitschriften, die vielleicht zu einem genaueren Ergebnis beigetragen hätten. Vor allem die legalen, wie auch illegalen Fachbeilagen wurden in der Arbeit nur am Rande erwähnt. Außerdem wäre die genauere Skizzierung des Verhältnisses zwischen den freien und den christlichen Gewerkschaftern in der ersten Republik von Nöten gewesen, um eine längere gewerkschaftliche Entwicklung im Blick zu haben.

Zusammenfassend sollte man meines Erachtens das Verhältnis zwischen der Einheitsgewerkschaft und den illegalen Gewerkschaften keinesfalls in „schwarz und weiß“ kategorisieren. Es ist wohl zweifellos bestätigt worden, dass dieses Verhältnis nicht durch Wohlklang bestimmt war. Dennoch muss man einen differenzierten Blick auf dieses gewerkschaftliche Verhältnis werfen, ansonsten erhält man ein verfälschtes Bild. Ich denke gerade durch die zwei gewählten Zugänge konnte aber eine gute Skizzierung des gewerkschaftlichen Verhältnisses dargestellt werden.

Eine Auseinandersetzung mit der durchaus nicht einfachen Materie der Gewerkschaften im Ständestaat hat seine Reize, da ich dadurch ein völlig neues Bild über die Zeit des Ständestaates erhalten habe. Zu Beginn meiner Studienzeit dachte ich, dass die Widerstandsorganisationen gegen den Austrofaschismus niemals mit dem Regime Verhandlungen, geschweige denn Kontakte pflegten. Umso überraschender war für mich die Erkenntnis, dass dem nicht so war. Vieles rund um den Widerstand im Ständestaat ist wissenschaftlich schon sehr gut erschlossen. Gerade aber die Herangehensweise, nämlich mögliche Gemeinsamkeiten und Kooperationen zwischen Opposition und Regime zu suchen um das gewerkschaftliche Verhältnis zu skizzieren, haben seinen Reiz. Ich will dabei aber keinesfalls Gefahr laufen, den Widerstand gegen den Austrofaschismus zu verunglimpfen. Dies ist sicherlich nicht meine Absicht. Dennoch bin ich der Auffassung, dass auch der von mir gewählte Zugang durchaus seine Berechtigung und Richtigkeit besitzt.

Bibliografie

Überblickswerke:

Irmgard *Bärenthaler*, Die Vaterländische Front- Geschichte und Organisation (Wien 1971).

Günter *Bischof* (Hrsg.), The Dollfuss-Schuschnigg era in Austria (New Brunswick / NJ 2003).

Gerhard *Botz*, Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938 (München 1983).

Ernst *Bruckmüller*, Sozialgeschichte Österreichs (Wien 1985).

Ulrich *Eichstädt*, Von Dollfuß zu Hitler. Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933 – 1938 (Wiesbaden 1955).

Ernst *Hanisch*, Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich. 1918 – 1938 (Wien / Salzburg 1977).

Lucian O. *Meysels*, Der Austro-Faschismus (Wien 1992).

Otto *Naderer*, Der bewaffnete Aufstand (Graz 2004).

Stephan *Neuhäuser* (Hrsg.), „Wir werden ganze Arbeit leisten ...“ (Norderstedt 2004).

Arnold *Reisberg*, Februar 1934. Hintergrund und Folgen (Wien 1974).

Klaus – Jörg *Siegfried*, Klerikalfaschismus (Frankfurt am Main 1979).

Georg Hans *Schmit*, Die Rolle der Christlichen Arbeiterbewegung im politischen und sozialen System des austrofaschistischen Ständestaates (Dipl.- Arbeit. Wien 2009).

Emmerich *Talos* (Hrsg.), Wolfgang *Neugebauer*, „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934 - 1938 (Wien 1984).

Themenspezifische Werke:

Werner *Anzenberger*, Martin F. *Polaschek*, Widerstand für eine Demokratie (Graz 2004).

Joseph *Buttinger*, Am Beispiel Österreichs (Köln 1953).

Walter *Göhring*, Brigitte *Pellar*, Anpassung und Widerstand. Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat (Wien 2001).

Walter *Göhring*, Die Gelben Gewerkschaften Österreichs in der Zwischenkriegszeit (Wien 1998).

Walter *Göhring*, Um Freiheit und Mitbestimmung. 1892 – 1992. Die österreichischen Angestellten und ihre Gewerkschaften (Wien 1992).

Franz *Grössl*, Die christlichen Gewerkschaften in Österreich (Wien 1975).

Franz *Hemala*, Geschichte der Gewerkschaften (Wien 1922).

Friedrich *Hillegeist*, Mein Leben im Wandel der Zeiten (Wien 1974).

Josef *Hindels*, Österreichs Gewerkschaften im Widerstand 1934- 1945 (Wien 1976).

Gustav *Hofmann*, Hans *Schmitz*, Der Gewerkschaftsbund der Österreichischen Arbeiter und Angestellten und die Kammern für Arbeiter und Angestellte (Wien / Leipzig 1936).

Everhard *Holtmann*, Zwischen Unterdrückung und Befreiung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933- 1938 (Wien 1978).

Fritz *Klenner*, Die österreichischen Gewerkschaften. Eine Monographie (Wien 1967).

Fritz *Klenner*, Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheits- und Gegenwartsprobleme Bd. 2 (Wien 1953).

Fritz *Klenner*, Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Entstehung, Entwicklung, Zukunft (Wien 1987).

Christl *Kluwick- Muckenhuber*, Johann Staud. Ein Leben für die Arbeiterschaft (Wien 1969).

Ernst *Lakenbacher*, Die österreichischen Angestelltengewerkschaften (Wien 1967).

Otto *Leichter*, Österreichs Freie Gewerkschaften im Untergrund (Wien 1963).

Otto *Leichter*, Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934 – 1938 (Wien 1968).

Manfred *Marschalek*, Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945 (Wien 1990).

Gregor *Meidlinger*, Auszug aus der Dissertation über die Gewerkschaftsfrage (Wien 1936).

Franz *Olah*, Erinnerungen (Wien 1995).

Paul *Pasteur*, Unter dem Kruckenkreuz. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Österreich 1934 – 1938 (Innsbruck 2008).

Anton *Pelinka*, Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933-1938 (Wien 1972).

Peter *Pelinka*, Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934 – 1938 (Wien 1981).

Ludwig *Reichhold*, Geschichte der christlichen Gewerkschaften Österreichs (Wien 1987).

Ludwig *Reichhold*, Opposition gegen den autoritären Staat. Christlicher Antifaschismus 1934-1938 (Wien 1964).

Reinhard *Schurawitzki*, Die Illegalen Freien Gewerkschaften in Österreich 1934 – 1938 (Diss. Wien 1976).

Leopold *Simperl*, Illegale Publikationen der freien Gewerkschaften im Austrofaschismus 1934 – 1938 (Diss. Wien 1979).

Karl Heinz *Thill*, Die Gewerkschaften in der Ersten Republik und im Ständestaat (Wien 1963).

Ulrike *Weber-Felber*, Wege aus der Krise: Freie Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik in der Ersten Republik (Wien 1990).

Franz *West*, Die Linke im Ständestaat. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934 - 1938 (Wien 1978).

Ernst Karl *Winter*, Karl Hans *Heinz* (Hrsg.), E. K. Winter. Ein Katholik zwischen Österreichs Fronten 1933-1938 (Wien 1984).

Manfred *Wondra*, Zur Politik der illegalen Gewerkschaften im Ständestaat 1934 – 1938 (Diss. Wien 1982).

Aufsätze:

Otto *Leichter*, Der Versuch einer berufsständischen Gewerkschaft. In: International Review of Social History IV. (Leiden 1939) 281-356.

Anton *Pelinka*, Die Einheitsgewerkschaft. In: Heinz *Arnberger* (Hrsg.), Rudolf *Ardelt*, „Anschluss“ 1938 (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien 1988) 37-40.

Reinhard *Schurawitzki*, Die Freien Gewerkschaften: Illegal für Österreich. In: Heinz *Arnberger* (Hrsg.), Rudolf *Ardelt*, „Anschluss“ 1938 (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Wien 1988) 69-76.

Zeitungen der illegalen Gewerkschaften:

„Wochenschau“ / „Der Strom“

„Der Freie Arbeiter“

„Der Freie Angestellte“

„Der Vertrauensmann“

„Die Gewerkschaft“

Zeitungen der christlichen Arbeiterbewegung:

„Der Gewerkschafter“

„Neue Ordnung“

„Österreichische Arbeiter- Zeitung“

Flugblätter:

DÖW- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
A-1010 Wien, Wipplingerstr. 6-8 (Altes Rathaus)

(Akt 4033/69).

(Akt 4028 b/ 116).

(Akt 4028 b/ 116).

(Akt 4024/ 17).

(Akt 4033/41- 45).

(Akt 4024/12).

(Akt 4033/10).

Anhang

Zusammenfassung :

Die Diplomarbeit beschäftigt sich mit den Gewerkschaften zur Zeit des österreichischen Ständestaates. Nach den Februarkämpfen (12. - 15. Februar 1934) wurden vom Regime jegliche Arbeiterinteressenorganisation verboten. Dies betraf natürlich auch die bis zu diesem Zeitpunkt mächtigste und stärkste Gewerkschaft des Landes, nämlich die Freien Gewerkschaften Österreichs. Die FG setzte sich zum Großteil aus sozialdemokratischen und einigen kommunistischen Funktionären zusammen. Viele Mitglieder der ehemaligen Freien Gewerkschaften gingen in die Illegalität. Kurze Zeit nach den Februarkämpfen gründeten sich erste illegale Gewerkschaften in Österreich. Die sozialdemokratischen Funktionäre riefen das so genannte „Siebenerkomitee“ (SK) ins Leben, das vorerst eine sehr zurückhaltende Position zum Regime einnahm. Man war zum Teil sogar darauf bedacht am Ständestaat mitzuwirken. Erst mit fortlaufender Zeit boykottierte das SK jegliche staatliche Institutionen. Im Gegensatz dazu stand die von Kommunisten gegründete illegale Organisation „Wiederaufbaukommission“ (WAK), die bereits zu Beginn ihrer Untergrundtätigkeit aktiv am Widerstand beteiligt war. Zugleich verfolgte die kommunistische Organisation die Taktik des trojanischen Pferdes – man wollte zu einem gewissen Grad das System infiltrieren, was auch gelang. Eine ähnliche Taktik wie die WAK verfolgte die illegale Organisation der „Freien Angestelltengewerkschaft Österreichs“ (FRAGÖ). Diese drei illegalen Gewerkschaften schlossen sich im Juli 1935 zur „Bundesleitung der Illegalen Freien Gewerkschaften Österreichs“ zusammen.

Während die linksgerichteten Gewerkschaften in der Illegalität verharrten, gründete das Regime den „Gewerkschaftsbund der Arbeiter und Angestellten“ - auch Einheitsgewerkschaft genannt. Die EG wurde zum Großteil von ehemaligen christlichen und unabhängigen Gewerkschaftern kontrolliert. Mit der Zeit erhielten die christlichen Gewerkschafter die Oberhand in der staatlichen Gewerkschaft. Wie man sich wahrscheinlich vorstellen kann, standen sich die illegalen Gewerkschaften und die Einheitsgewerkschaft nicht sonderlich nahe. Trotzdem soll in der Diplomarbeit das gewerkschaftliche Verhältnis zwischen den illegalen Gewerkschaften und dem staatlichen Gewerkschaftsbund dargestellt werden.

Dabei werden zwei unterschiedliche Zugänge gelegt. Zuerst erfolgt eine genauere Betrachtung der verschiedenen gewerkschaftlichen Zeitungen. Es wird der Versuch unternommen in den Zeitungen das jeweilige gewerkschaftliche Gegenüber herauszufiltern. Gerade in den Medien kann man das Verhältnis zwischen den illegalen Gewerkschaften und der Einheitsgewerkschaft äußerst gut feststellen. Jedoch ist diese eine wissenschaftliche Ausrichtung zu wenig, um das gewerkschaftliche Verhältnis im Ständestaat ausreichend skizzieren zu können. Daher ist ein zweiter Zugang von Nöten, bei dem auf die direkten Kontakte und Verhandlungen zwischen den beiden Gewerkschaften verwiesen wird. Zum Schluss der Arbeit werden die zwei Zugänge vereint.

Die Zeitungen und Flugblätter stellten ihr jeweiliges gewerkschaftliches Gegenüber äußerst schlecht dar. Sowohl die illegalen als auch die christ – gewerkschaftlichen Medien ließen kein gutes Haar an der anderen Gewerkschaft. Bei den illegalen Zeitungen wurde die EG fast durchwegs negativ erwähnt und kritisiert. Umgekehrt schrieben die Pressen der christlichen Gewerkschafter wesentlich seltener über die illegalen Organisationen. Der Schwerpunkt der Zeitungen bestand im Rechtfertigen des bestehenden Systems. Wenn aber die illegalen Gewerkschaften Erwähnung fanden, wurden sie stets verharmlost und belächelt. Trotz dieses sehr verfeindeten Verhältnisses, das ohne Zweifel in den Medien nachgewiesen werden konnte, kam es dennoch zu einigen direkten Verhandlungen.

Man sollte diese direkten Kontakte keineswegs überbewerten, da stets ein gewisses Machtkahlkühl hinter den Verhandlungen steckte. Trotzdem versuchten ein paar Funktionäre beider Seiten immer wieder einen Konsens herbeizuführen. Besonders im Jahr 1938 als die Gefahr aus Deutschland schon spürbar wurde, intensivierten sich die Verhandlungen. Einerseits konnte erst über den Weg des legalen und illegalen Gewerkschaftsmilieus Kontakte zu der Regierung hergestellt werden. Andererseits wirkte sich das Verhältnis der beiden Gewerkschaften äußerst hemmend auf die direkten Verhandlungen aus. Die Gründe für dieses eher schlechte Verhältnis zwischen den illegalen Gewerkschaften und der Einheitsgewerkschaft waren sehr verschieden. Die Ereignisse im Februar 1934 und unterschiedliche Ideologien waren zumeist unüberwindbare Hürden, die eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Regime und der Linksopposition verhinderten. Dennoch zeigt der zweite Zugang auf, dass es zu einigen direkten Verhandlungen sowie Annäherungsversuchen kam.

Man darf das Verhältnis zwischen den illegalen Gewerkschaften und der Einheitsgewerkschaft nicht nur auf diese eine negative Art und Weise skizzieren, wie es bei den Medien der Fall war. Dies würde der Geschichte rund um die Gewerkschaften im Ständestaat nicht gerecht werden. Gerade durch die zwei Zugänge bekommt man einen etwas differenzierteren Blick auf das gewerkschaftliche Verhältnis. Dies ist zugleich der Sinn und Zweck dieser Arbeit.

Lebenslauf:

Ich Auer Christoph wurde am 06.11.1986 in Eisenstadt geboren. Meine Volksschulzeit verbrachte ich in Breitenbrunn am Neusiedlersee von 1993 – 1997. Danach besuchte ich das Gymnasium der Diözese Eisenstadt (Wolfgarten) von 1997 – 2005 und schloss mit der Matura ab. Nach einem 6 - monatigen Bundesheeraufenthalt, begann ich am 1. Oktober 2006 mit dem Diplomstudium der Geschichte an der Universität Wien. Von Anfang an kristallisierten sich zwei Schwerpunkte in meinem Studium heraus, die österreichische und die osteuropäische Geschichte. Dabei spezialisierte ich mich bei den beiden Schwerpunkten auf die Zeitgeschichte. Daneben versuchte ich im Laufe meines Studiums einen großen thematischen Überblick verschiedener Epochen sowie Ländern zu gewinnen. Dementsprechend besuchte ich diverse Vorlesungen, Kurse und Seminare aus anderen wissenschaftlichen Bereichen, welche nicht direkt von der österreichischen oder der osteuropäische Geschichte handelten. Gerade im Geschichtestudium ist es unablässig sowohl einen Überblick zu erhalten als auch gewisse thematische Vertiefungen vorzunehmen, um Zusammenhänge besser zu erkennen. Es war mir stets ein Anliegen einen gesamtgeschichtlichen Überblick zu erlangen und zugleich gewisse Schwerpunkte zu setzen. Diese Balance ist mir durchaus geglückt.